

DIE WÄHRUNGSUMSTELLUNG IN ELSASS-LOTHRINGEN
(1870/71 und 1918/19), IN ÖSTERREICH (1938) UND
IM SUDETENLAND (1938)

Dissertation

vorgelegt der

Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät

der

Johannes Gutenberg-Universität

in Mainz

zur Erlangung des Grades eines Doktors

der Staatswissenschaften

(Dr. rer. pol.)

von

Diplom-Volkswirt WOLFGANG HYNITZSCH

aus Mainz

1959

1960

DIE WÄHRUNGSUMSTELLUNG IN ELSASS-LOTHRINGEN
(1870/71 und 1918/19), IN ÖSTERREICH (1938) UND
IM SUDETENLAND (1938)

Dissertation

vorgelegt der

Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät

der

Johannes Gutenberg-Universität

in Mainz

zur Erlangung des Grades eines Doktors

der Staatswissenschaften

(Dr. rer. pol.)

von

Diplom-Volkswirt WOLFGANG HYNITZSCH

aus Mainz

1959



Erster Berichterstatter: Professor Dr. Dr. Robert Nöll von der Nahmer

Zweiter Berichterstatter: Professor Dr. Antonio Montaner

Tag der mündlichen Prüfung: 16. Dezember 1959

Datum des Diploms

-1. FEB. 1960

MEINER FRAU

INHALTSVERZEICHNIS

Seite

I. ZUR EINFÜHRUNG

1. Begriff der Währungsumstellung	1
2. Das zentrale Problem jeder Währungsumstellung	2
3. Die Behandlung der Währungsumstellung im wissenschaftlichen Schrifttum	3
4. Zur Methode der vorliegenden Untersuchung	4
5. Unzulänglichkeit der Materialien	6

II. DIE WÄHRUNGSUMSTELLUNG IN ELSASS-LOTHRINGEN 1870 - 1875

1. Das Geldwesen in Deutschland und in Frankreich vor Ausbruch des Krieges	7
2. Der Taler als gesetzliches Zahlungsmittel neben dem Franken	9
3. Der kriegsbedingte Geld- und Kreditmangel	13
4. Maßnahmen zur Linderung des Geldmangels	16
5. Die Gründung von Zweigstellen der Preußischen Bank	18
6. Der wirtschaftliche Aufschwung	20
7. Die "Austreibung" der Frankennoten	22
8. Das Überhandnehmen der silbernen Fünffrankenstücke	24
9. Der Einfluß der Kriegskontributionszahlungen auf den Münzumschlag	25
10. Der Einfluß der Wechselkursschwankungen auf den Münzumschlag	26
11. Der gesetzliche Abschluß der Währungsumstellung	30
12. Zusammenfassende Würdigung	32

III. DIE WÄHRUNGSUMSTELLUNG IN ELSASS-LOTHRINGEN 1918 - 1922

1. Die Außerkurssetzung des deutschen Geldes	35
2. Die Festsetzung des Umtauschkurses	36
3. Der Umtausch des außer Kurs gesetzten Geldes	37
4. Die Valorisation der Bankguthaben	40
5. Die Umstellung der Schuldverhältnisse	43
6. Der gesetzliche Abschluß der Valorisation	45
7. Die Preisangleichung	47
8. Der Anschluß an den französischen Markt	48
9. Die Gründe für das Mißlingen der Valorisation	49

IV. DIE WÄHRUNGSUMSTELLUNG IN ÖSTERREICH 1938/39

1. Kapitalflucht und Stückgeldhortung	52
2. Der Militärkurs der Reichsmark	52
3. Die Festsetzung des Umstellungsverhältnisses	54
4. Die Einführung der Reichsmarkwährung	57
5. Die Liquidation der Österreichischen Nationalbank	59
6. Der Umtausch von Gold und Devisen	61
7. Die Regelung der Schuldverhältnisse	63
8. Die Umstellung des betrieblichen Rechnungswesens	66
9. Die Eingliederung der österreichischen Banken	68
10. Die Geldversorgung nach der Währungsumstellung	69
11. Die Folgen der Währungsumstellung für die Außenwirtschaft	72
12. Preisstop und punktuelle Maßnahmen zur Preissenkung	74
13. Die Anpassung der Produktionsbedingungen	77
14. Die Preisangleichung	79

V. DIE WÄHRUNGSUMSTELLUNG IM SUDETENLAND 1938/39	
1. Die währungspolitischen Folgen der Sudetenkrise	81
2. Der Militärkurs der Reichsmark im Sudetenland	82
3. Die Einführung der Reichsmarkwährung im Sudetenland . .	83
4. Die Verwendung des umgetauschten tschechoslowakischen Stückgeldes	85
5. Die Umstellung der Schuldverhältnisse	87
6. Die Übernahme der sudetendeutschen Banken	89
7. Die Gründe für die Wahl des Umrechnungsverhältnisses . .	90
8. Die Regelung der Wirtschaftsbeziehungen zum übrigen Reich	92
9. Die Regelung des Waren- und Zahlungsverkehrs mit der Tschechoslowakei	94
10. Die Preisanpassung	95
VI. DIE SCHWIERIGKEITEN BEI DER BESTIMMUNG DES "RICHTI- GEN" WÄHRUNGSUMSTELLUNGSVERHÄLTNISSES	
1. Gibt es eine Tauschwertparität der Währungen?	98
2. Die Auswirkungen des Umstellungsverhältnisses auf die ein- zelnen Wirtschaftssubjekte	103
3. Inwieweit erfüllt der Wechselkurs die an das Umrechnungsver- hältnis zu stellenden Anforderungen?	104
4. Nach welchen Gesichtspunkten soll das Währungsumstellungs- verhältnis gewählt werden, wenn der Wechselkurs nicht ge- eignet ist, als solches zu dienen?	109
LITERATURVERZEICHNIS	118

I. ZUR EINFÜHRUNG

1. Begriff der Währungsumstellung

Die Währung ist das durch die staatliche Rechtsordnung festgelegte Geldsystem (1). Wird in einem Gebiet, das in eine andere Volkswirtschaft eingliedert werden soll, die seitherige Währung durch diejenige der übernehmenden Volkswirtschaft ersetzt, so bezeichnet man diesen Vorgang heute allgemein als Währungsumstellung. Dieser Begriff, der seit der Eingliederung der sudetendeutschen Gebiete in das Deutsche Reich im Schrifttum auftaucht (2), umschließt alle Maßnahmen, um die Währung der übernehmenden Volkswirtschaft im einzugliedernden Gebiet einzuführen. Er ist damit umfassender als die bis dahin gebräuchlichen Bezeichnungen, die jeweils nur auf einen Teilvorgang der Währungsumstellung zielten, wie z. B. Außerkurssetzung der Frankenwährung, Einführung der Reichsmarkwährung, Geldumtausch, Valorisation usw. Im ausländischen Schrifttum findet sich dagegen bis heute noch kein einheitlicher und ähnlich umfassender Begriff wie der der Währungsumstellung.

Nicht verwechselt werden darf die Währungsumstellung mit der sog. Währungsreform. Zwar wird auch bei dieser häufig die bestehende Währungseinheit durch eine neue ersetzt. Jedoch sind die Probleme in beiden Fällen größtenteils voneinander grundverschieden. Denn bei der Währungsumstellung wird eine nationale Währung durch eine andere nationale Währung abgelöst, während bei der Währungsreform lediglich eine Änderung innerhalb des in einem Staate bestehenden Währungssystems erfolgt.

Der Währungsumstellung geht vielfach eine Zeit voraus, während der im einzugliedernden Gebiet sowohl die seither gültigen Zahlungsmittel als auch die-

-
- (1) Über den Währungsbegriff in der Literatur vgl. Egner, Erich, Versuch einer autonomen Lehre der Währungspolitik, Leipzig 1928, S. 26 ff.
 - (2) Vgl. Verwaltungsbericht der Deutschen Reichsbank für das Jahr 1938, Berlin 1939, S. 10 f., sowie die Überschriften der auf S. 128 angeführten Zeitschriftenaufsätze.

jenigen der übernehmenden Volkswirtschaft gesetzliche Zahlungsmittel darstellen. Dient diese Art Doppelwährung lediglich dazu, die für den Geldumtausch benötigte Zeit zu überbrücken, so ist sie nur ein Teil der Währungsumstellung selbst. Wird dagegen im Verlauf der militärischen Besetzung eines Landes dem Geld, über das die einrückende Truppe verfügt, gesetzliche Zahlkraft verliehen, um den Soldaten und den Intendanturen Einkäufe zu ermöglichen, so können die Zielsetzungen bei der Bestimmung des Umrechnungsverhältnisses sowie die Auswirkungen, namentlich auch infolge einer Verstärkung des Geldstromes, ganz andere sein als bei einer Währungsumstellung. Mein verehrter Lehrer, Professor Dr. Dr. Nöll von der Nahmer, unterscheidet deshalb zu Recht streng zwischen dieser von ihm als "Währungsgleichschaltung" bezeichneten Maßnahme und der Währungsumstellung, auch wenn in praxi aus solch einer Währungsgleichschaltung schließlich doch noch eine Währungsumstellung wird, wie es in der Geschichte vielfach der Fall war (1).

2. Das zentrale Problem jeder Währungsumstellung

Bei jeder Währungsumstellung muß der Staat als Hüter der Rechtsordnung das Verhältnis festsetzen, zu dem die seitherige und die künftige Währungseinheit umzurechnen sind. "Das neue Zahlungsmittel hat also stets einen rekurrenten Anschluß an das alte: nur durch diesen Anschluß wird das neue Zahlungsmittel brauchbar für den Verkehr, weil im Augenblick der Änderung stets Vorsorge zu treffen ist, daß die alten Schulden nicht untergehen, sondern getilgt werden können." (2)

Die vielfältigen Probleme jeder Währungsumstellung gipfeln damit in der Frage nach dem volkswirtschaftlich richtigen Umrechnungsverhältnis. Welche Voraussetzungen muß dieses erfüllen, und welches Gewicht ist den zum Teil miteinander konkurrierenden Voraussetzungen im einzelnen beizulegen? Kann man mit Hilfe des Umrechnungsverhältnisses den Tauschwert der beiden Währungen oder gar die Kaufkraft in den zu verschmelzenden Gebieten einander angleichen? Läßt sich die Preisanpassung erleichtern oder sollte diese vollkommen dem Wett-

(1) Vgl. Nöll v. d. Nahmer, Robert, Das Geld, S. 180 u. 183 f. Das Buch wurde nicht veröffentlicht, da der fertige Satz zweimal, 1943 und 1944, infolge Zerstörung der Druckereien durch Luftangriffe vernichtet wurde. Zitiert wird hier nach einem geretteten Umbruchsexemplar.

(2) Knapp, Georg Friedrich, Staatliche Theorie des Geldes, 4. Aufl., München und Leipzig 1923, S. 12.

bewerbsmechanismus überlassen bleiben? Könnte mit Hilfe verschiedener Umrechnungssätze eine Bevölkerungsgruppe gegenüber einer anderen bevorzugt werden? Wäre es nicht am zweckmäßigsten, für die Umstellung den bestehenden Wechselkurs beizubehalten, um die sich aus einer Währungsauf- oder Währungsabwertung ergebenden Schwierigkeiten zu vermeiden? Welche Bedeutung soll der Grundsatz der finanz- und währungspolitischen Stabilität bei der Wahl des Umrechnungsverhältnisses haben? Ist es nicht am zweckmäßigsten, ein rundes Umrechnungsverhältnis zu wählen, wenn andere Ziele nur ungenügend erreicht werden können? Inwieweit müssen im übrigen psychologische und politische Auswirkungen in Betracht gezogen werden? So ergibt sich eine Fülle von Fragen, die noch beträchtlich erweitert werden könnte. Diese Fragen zu beantworten, ist um so schwieriger, als die neuzuschaffende Volkswirtschaft niemals die Summe der zu verschmelzenden Teile, sondern ein neuartiges Ganzes ist, das seinerseits noch lange tiefgreifenden organischen Wandlungen unterliegt.

3. Die Behandlung der Währungsumstellung im wissenschaftlichen Schrifttum

Wie wenig zugänglich der angedeutete Problemkreis in seiner Gesamtheit für abstrakt theoretische Untersuchungen ist, geht nicht zuletzt daraus hervor, daß solche im vorliegenden Schrifttum völlig fehlen. Eigenartigerweise sind aber auch die vielen historischen Währungsumstellungen nur sehr sporadisch nach volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten hin untersucht worden. Das hat verschiedene Gründe (1):

Die zahlreichen Gebietsänderungen bis zum 20. Jahrhundert vollzogen sich unter der Herrschaft der Metallwährung. Entsprechend der metallistischen Auffassung wurden die Münzparitäten ohne weiteres als der geeignete Umrechnungssatz anerkannt. Zudem waren die Umstellungsschwierigkeiten in den gegenüber der Gegenwart erst gering entwickelten Volkswirtschaften längst nicht so bedeutend wie heute.

Doch selbst anlässlich der Gebietsabtretungen auf Grund der Pariser Vorortverträge von 1919/20 wurde die volkswirtschaftliche Seite der damaligen Währungsumstellungen kaum erkannt. Gemäß der zu dieser Zeit herrschenden nominalistischen Geldlehre Knapps, die den Tauschwert des Geldes und die Fülle der damit zusammenhängenden Probleme vernachlässigte, befaßte sich das Schrifttum vorwiegend mit den juristischen Fragen der betreffenden Währungsumstellungen,

(1) Vgl. hierzu Nöll v.d. Nahmer, a.a.O., S.180 a.

zumal die infolge der Gebietsabtretungen entstehenden Eingliederungsschwierigkeiten durch die sich überall ausbreitenden Inflationen und Wechselkursverzerrungen kaum noch als solche erkennbar waren.

Ähnlich mangelhaft, wenn auch aus ganz anderen Gründen, ist die Darstellung der Währungsumstellungen anlässlich der Gebietseingliederungen Deutschlands in den Jahren 1938/39. Da die nationalsozialistischen Machthaber selbst Tatsachenmaterial und Statistiken geheim hielten, die kaum zur Kritik ihrer Maßnahmen geeignet gewesen wären, waren die in den wissenschaftlichen Zeitschriften veröffentlichten Aufsätze über die Währungsumstellungen in Österreich und im Sudetenland größtenteils nicht viel mehr als eine Wiederholung der Meldungen des Deutschen Nachrichtenbüros sowie der einschlägigen Gesetze und Verordnungen. Als Nöll v. d. Nahmer bei der Volkswirtschaftlichen Abteilung der Reichsbank um nähere Auskunft nachsuchte, teilte ihm diese mit, daß die amtlichen Unterlagen auch für die wissenschaftliche Forschung noch nicht zugänglich seien (1).

4. Zur Methode der vorliegenden Untersuchung

Auf die grundsätzlichen Ansichten über die Vor- und Nachteile der induktiven und der deduktiven Methode in der Nationalökonomie einzugehen, erübrigt sich. Trotz der Fülle darüber angestellter Untersuchungen scheint hier eine Verständigung ausgeschlossen. In Übereinstimmung mit meinem verehrten Lehrer bin ich persönlich jedenfalls der Überzeugung, daß eine wissenschaftlichen Ansprüchen genügende Untersuchung der Währungsumstellung aufbauen soll auf einer Analyse dessen, was sich in den letzten Jahrzehnten anlässlich von Währungsumstellungen ereignete.

In der vorliegenden Arbeit sind vier historische Währungsumstellungen in ihrem Verlauf dargestellt worden. Für die Auswahl waren folgende Gesichtspunkte maßgebend:

Die Währungsumstellungen nach 1945 scheinen uns für wissenschaftliche Zwecke nur bedingt verwertbar zu sein. Das wirtschaftliche Leben verlief während der vorangegangenen Kriegsjahre in dermaßen anomalen Bahnen, daß diese Zeit kaum als Ausgangs- und Vergleichsbasis dienen kann. Im übrigen wurden auch die Währungsumstellungen sehr stark von den anderen Ereignissen überschattet, so daß nur wenig aufschlußreiches Material vorliegt, das überdies vielfach nur schwer zugänglich ist.

(1) Vgl. hierzu Nöll v. d. Nahmer, a. a. O., S. 180 a.

Umfangreiches Material findet sich hingegen über die Umstellung von der Franken- auf die Deutsche-Mark-Währung im Saargebiet 1959. Gerade diese Währungsumstellung dürfte, wenn erst einmal ihre Auswirkungen voll überschaubar sein werden, eine wertvolle Fundgrube für die nationalökonomische Forschung bilden. Die Praxis sieht in ihr sogar schon einen Test für die allerdings weit- aus schwierige Aufgabe der Währungsangleichung im Falle der Wiedervereinigung Deutschlands. Auf eine Behandlung dieser Währungsumstellung wurde verzichtet, weil sie angesichts der hier zu Gebote stehenden Materialfülle einer gesonderten Untersuchung vorbehalten bleiben sollte.

Für die Auswahl der in dieser Arbeit behandelten Währungsumstellungen war einmal maßgebend, daß es sich um verhältnismäßig große Eingliederungsgebiete handelte, deren wirtschaftliche Struktur zudem sehr verschieden von derjenigen der übernehmenden Volkswirtschaft war. In solchen Fällen werden die mit der Währungsumstellung zusammenhängenden Schwierigkeiten am besten sichtbar. Wir entschieden uns im einzelnen für die Währungsumstellungen in Elsaß-Lothringen anläßlich seiner Eingliederung in das Deutsche Reich und seiner Rückgliederung an Frankreich, da hier zwei Währungsumstellungen in ein und demselben Gebiet untersucht werden konnten und sich die erste unter der Herrschaft der Metallwährung vollzog. Des weiteren wählten wir die Währungsumstellungen anläßlich der Eingliederung Österreichs und des Sudetenlandes, weil sich an ihnen besonders gut die Probleme der Preisangleichung und die zentralverwaltungswirtschaftlichen Maßnahmen in ihren vielfältigen Auswirkungen studieren lassen. Außerdem ist der Fall Österreich ein Beispiel für die Währungsumstellung in einem Gebiet, das als geschlossene Volkswirtschaft übernommen werden konnte, während die übrigen Gebiete von ihren seitherigen Volkswirtschaften getrennt werden mußten. Die Beschränkung auf diese Fälle ergibt sich zwangsläufig durch den einer Dissertation nun einmal gezogenen Rahmen.

Wenn es auch nicht Aufgabe dieser Arbeit ist, bereits theoretische Schlußfolgerungen zu ziehen, so hatte doch der Verfasser das Bedürfnis, wenigstens kurz auf einige besonders markante theoretische Gesichtspunkte einzugehen, die sich auf Grund der vorhergehenden Tatsachenschilderung ergaben. Deshalb wurde in einem Schlußkapitel an Hand der vorliegenden theoretischen Erkenntnisse und statistischen Methoden zu der Frage Stellung genommen, wie das "richtige" Währungsumstellungsverhältnis nach Ansicht des Verfassers ermittelt werden sollte.

5. Unzulänglichkeit der Materialien

Wir haben das weitverstreute Material über die genannten Währungsreformen zusammengesucht und kombiniert. Aber nicht immer gelang es, eine streng pragmatische Darstellung der Ereignisse zu geben. Auf viele Fragen, die sich bei der Bearbeitung aufdrängten, gibt die Überlieferung keine Antwort mehr. Wie bereits gesagt, fehlen einschlägige Abhandlungen aus der damaligen Zeit fast vollkommen, da teils die Probleme als solche nicht erkannt wurden, teils das Tatsachenmaterial nicht freigegeben oder gar nicht erst gesammelt wurde. So führte z. B. in der Zeit von 1870 ff. noch nicht einmal die Stadt Straßburg eine Preisstatistik (1), geschweige denn die ehemaligen Departements von Elsaß-Lothringen. Infolge der Geheimhaltung durch die nationalsozialistischen Machthaber finden sich z. B. selbst im Archiv der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich in Basel keinerlei Unterlagen oder Aufzeichnungen über die Währungsumstellungen der Jahre 1938/39, die uns hätten weiterführen können, obwohl dieses Institut schon wegen des Goldbesitzes der Tschecho-Slowakischen Nationalbank größtes Interesse an diesen Vorgängen hatte (2).

Als besonders nachteilig erwies sich aber, daß die Aktenbestände der ehemaligen Reichsbehörden, soweit sie nicht überhaupt vernichtet sind, sich zum größten Teil in Gewahrsam der sowjetischen Besatzungszone oder des Auslandes befinden. Im Bundesarchiv in Koblenz ist kein einschlägiges Aktenmaterial vorhanden. Das Schicksal der Akten der ehemaligen Reichsbank ist sogar völlig unbekannt (3). Auch im Archiv der Deutschen Bundesbank gibt es keinerlei Unterlagen über die genannten Währungsumstellungen (4).

-
- (1) In den Archives Administratives de Ville de Strasbourg, die ich daraufhin nach etwaigen Anhaltspunkten durchsuchte, fanden sich kontinuierliche Aufzeichnungen nur über den nicht sonderlich repräsentativen Brotpreis: Faszikel: CF. Droits de Place, Marchés, etc., Mercuriales/Marktpreise, No. 5 und 6.
 - (2) Ich habe die BIZ in Basel selbst aufgesucht und dort großzügige Unterstützung gefunden.
 - (3) Antwortschreiben vom 8.10.1957 (Az.: 999) auf meine Anfrage beim Bundesarchiv in Koblenz.
 - (4) Persönliche Nachfrage in der Bibliothek der Volkswirtschaftlichen Abteilung der Deutschen Bundesbank.

II. DIE WÄHRUNGSUMSTELLUNG IN ELSASS-LOTHRINGEN 1870 - 1875

1. Das Geldwesen in Deutschland (1) und in Frankreich (2) vor Ausbruch des Krieges

Noch herrschte im Gebiet des 1871 errichteten Deutschen Reiches kein einheitliches Geldwesen. Allein die gültigen Münzen gehörten 7 Systemen an und unterschieden sich dementsprechend nach Feingehalt, Stückelung und Nennwert. Außerdem liefen zahlreiche ausländische und bereits verrufene deutsche Stücke um. Hinzu kamen dann noch etwa 140 Papiergeldzeichen, die teils von den 31 landesherrlich konzessionierten Zettelbanken, und zwar nach untereinander erheblich abweichenden Statuten emittiert wurden, teils von 21 der deutschen Einzelstaaten im Laufe der Zeit ausgegeben worden waren.

Zwar hatten angesichts dieses Währungswirrwarrs die Mitglieder des Norddeutschen Bundes es der Bundesgesetzgebung überlassen, das Geld- und Bankwesen zu ordnen (3). Doch wollte man die Geldreform möglichst zusammen mit den süddeutschen Staaten durchführen. Diese aber zögerten noch, ihre Währungssouveränität in dem erforderlichen Umfang aufzugeben.

Andererseits standen die Währungen der einzelnen Zollvereinsstaaten nicht beziehungslos nebeneinander, sondern beruhten auf konventionellen Bindungen, die letztmalig im Wiener Münzvertrag vom 24. Januar 1857 (4) niedergelegt worden waren. Danach galt Silber als das alleinige Währungsmetall. Praktisch war es frei ausprägbar, denn die Münzstätten kauften die ihnen angebotenen Barren, auch ohne gesetzlich dazu verpflichtet zu sein, unbeschränkt und zu

-
- (1) Vgl. hierzu Helfferich, Karl, Die Reform des deutschen Geldwesens nach der Gründung des Reiches, Leipzig 1898. Bd. I: Geschichte der deutschen Geldreform, S. 4 - 62. Bd. II: Beiträge zur Geschichte der deutschen Geldreform, S. 73 - 136.
 - (2) Vgl. hierzu Gutmann, Franz, Das französische Geldwesen im Kriege (1870 - 1878), Straßburg 1913, S. 1 - 100.
 - (3) Art. 4 der Verfassung des Norddeutschen Bundes, Publikandum vom 26. Juli 1867, Bundesgesetzblatt des Norddeutschen Bundes, S. 1.
 - (4) Veröffentlicht in: Gesetzsammlung für die Königlichen Preußischen Staaten, 1857, S. 312.

einem Preis an, der in etwa dem Ausmünzungswert abzüglich der Prägekosten entsprach. Aus einem Zollpfund (500 g) Feinsilber mußten sie entweder 30 Taler oder 52,5 Gulden schlagen, so daß nach der Metallparität 4 Taler immer gleich 7 Gulden waren. Stückelung und rechnerische Unterteilung der Währungseinheit richteten sich nach dem jeweiligen Münzsystem. So zählte der norddeutsche Taler in Preußen 30 Silbergroschen zu 12 Pfennig, in Sachsen 30 Neugroschen zu 10 Pfennig und in Mecklenburg 48 Schilling zu 12 Pfennig. Der süddeutsche Gulden betrug einheitlich 60 Kreuzer. Die einfachen und doppelten Vereinstaler stellten das übergeordnete gesetzliche Zahlungsmittel aller Zollvereinsstaaten dar. Scheidemünzen durften nur in bestimmtem Feingehalt und in beschränktem Umfang ausgegeben werden. Papiergeld sollte keinen gesetzlichen Kurs genießen und jederzeit gegen Kurantgeld einlösbar sein. Da Staatskassen und Banken fremdes Papiergeld nicht in Zahlung nahmen, erlitten insbesondere die niedrig gestückelten, verschmutzten und zerrissenen "wilden Scheine" meist ein Disagio. Nur die Noten der Preußischen Bank genossen überall Vertrauen und konnten dadurch etwa zwei Drittel des gesamten deutschen Notenumlaufs stellen.

Im Gegensatz zu Deutschland besaß Frankreich bereits seit langem eine einheitliche Währung. Sie beruhte auf dem Münzgesetz vom 7. Germinal des Jahres XI (28. März 1803). Währungseinheit war der nach dem rechnerisch einfachen Dezimalsystem in 100 Centimes unterteilte Franc. Sowohl Gold als auch Silber waren in der gesetzlichen Relation von 1 : 15,5 frei ausprägbar. Ein Kilogramm des 9/10 feinen Münzgutes ergab 200 silberne oder 3100 goldene Kurantfranken. Indem aber Silber seit 1857 ein geringes Agio erzielt hatte, das 1870 gerade verschwand, liefen hauptsächlich goldene Kurantmünzen um. Lediglich die Silbermünzen zu 2 Francs und darunter waren ausreichend vorhanden, denn sie wurden nur noch 835/1000 fein ausgebracht, um die kleinen Stücke im Umlauf zu halten. Die Kurantfranken, d. h. sämtliche Goldmünzen und das silberne Fünffrankenstück, waren das gesetzliche Zahlungsmittel aller Mitgliedsstaaten der Lateinischen Münzunion (1). Staatspapiergeld gab es damals in Frankreich nicht. Das Recht zur Notenenmission besaß seit 1848 allein die Banque

-
- (1) Convention entre la Belgique, la France, l'Italie et la Suisse pour la création d'une Union monétaire; signée à Paris, le 23 décembre 1865, Nouveau Recueil Général de Traités, Continuation du Grand Recueil de G. Fr. de Martens par Charles Samwer et Jules Hopf, Tome XX, Gotttingue 1875, p. 688 - 694.

de France, die zwar eine private Aktiengesellschaft war, aber strenger staatlicher Aufsicht und Einflußnahme unterlag. Ihre Noten, deren kleinste noch auf den Betrag von 50 Francs lautete, genossen keinen gesetzlichen Kurs und waren jederzeit gegen Kurantgeld einlösbar. Der Notenumlauf betrug 1375 Mill. Francs und war zu 1311 Mill. Francs durch Gold und Silber gedeckt (1).

2. Der Taler als gesetzliches Zahlungsmittel neben dem Franken

Wenige Wochen nach Ausbruch des Deutsch-Französischen Krieges (19. Juli 1870) drangen drei Armeen, in deren Verband die Truppen des Norddeutschen Bundes und Kontingente der süddeutschen Staaten standen, im Elsaß und in Lothringen ein. Versorgt wurden die zunächst rd. 500 000 Mann mit Nachschubgütern aus Deutschland und mit den Beständen der erbeuteten Magazine. Wo dies infolge des schnellen Vormarsches nicht möglich war, requirierte die Truppe Verpflegung und Transportmittel (2).

In der Etappe aber bezahlten die Intendanturen schon vielfach die benötigten Güter, und zwar vorwiegend mit französischen Münzen, die sie in Süddeutschland aufgekauft hatten (3). Der einzelne Soldat dagegen verfügte nur über deutsches Geld, das von der Bevölkerung, obwohl sie dazu gesetzlich nicht verpflichtet war, allgemein in Zahlung genommen wurde. Die einrückenden Generäle hatten lediglich "das Verhältniß der preußischen Thalerwährung zur französischen Frankenwährung" (4) festgesetzt, wie dies der preußische König und Bundesfeld-

-
- (1) Vgl. Sée, Henri, Französische Wirtschaftsgeschichte, 2. Bd., Jena 1936, S. 305.
- (2) Vgl. Gall, Rolf, Garantie und Wahrung der Grundrechte während der Besetzung Frankreichs 1870 - 1873, Diss., Rechts- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät, Tübingen 1950 (Maschinenschrift), S. 53 und 66.
- (3) Vgl. Say, Léon, Die Zahlung der Kriegsentschädigung und die von ihr verursachten Bewegungen auf dem Geld- und Wertpapiermarkt, als Anhang übersetzt in: Gieseke, Ludwig, Die Abnahme der französischen Kriegsentschädigung 1870/71 in Straßburg i. E., Berlin 1906, S. 61 f.
- (4) Löning, Edgar, Die Verwaltung des General-Gouvernements im Elsaß, Straßburg 1874, S. 167.

herr in seiner Proklamation an das französische Volk vom 11. August 1870 angekündigt hatte: "Les généraux commandants des différents corps ... fixeront la différence du cours entre les valeurs allemandes et françaises, afin de faciliter les transactions individuelles entre les troupes et les habitants" (1). Im übrigen waren die Ortskommandanten bestrebt, die Soldaten vor Preissteigerungen und Übervorteilungen zu schützen. So verlangten sie meist sofort nach dem Einmarsch vom zuständigen Bürgermeister eine Liste mit den derzeitigen Preisen der wichtigsten Verbrauchsgüter und drohten mit Requisition, wenn zu diesen Preisen nicht genügend Güter angeboten wurden. Auch mußten die Besitzer von Gaststätten und Hotels die von ihnen geforderten Preise aushängen (2).

Die geschilderten Verhältnisse änderten sich grundlegend, als mit den militärischen Erfolgen die Gewißheit wuchs, daß Elsaß und Lothringen in dem kommenden Frieden an Deutschland fallen würden. Mit Befehl vom 4. November 1870 untersagte der Generalgouverneur im Elsaß jegliche Requisition, und die Truppe mußte ihren Bedarf auf dem freien Markt decken (3). Doch nahm nun die einheimische Bevölkerung das deutsche Geld nicht immer zum festgesetzten Kurs in Zahlung. Der Generalgouverneur im Elsaß erließ deshalb am 8. November 1870 die folgende Verordnung (4):

"Zur Beseitigung entstandener Zweifel verordne ich für den Bereich des General-Gouvernements im Elsaß und in Deutsch-Lothringen wie folgt:

Art. 1: In allen Zahlungen muß der preußische Thaler zu 3 Fr. 75 C. und der französische Franken zu⁸ Silbergroschen angenommen werden. Danach entsprechen 4 Thaler = 7 Gulden rheinisch = 15 Fr. = 6 Gulden österreichisch.

Art. 2: Diese Verordnung tritt mit dem heutigen Tage in Kraft."

(1) Das Staatsarchiv, Sammlung der officiellen Actenstücke zur Geschichte der Gegenwart, hrsg. von Ludwig Karl Aegidi und Alfred Klauhold, 19. Bd., Hamburg 1870, S. 175.

(2) Vgl. Schnéegans, A., *La guerre en Alsace*, Strasbourg. Paris-Neuchatel (Suisse) (1871), p. 300, 418; Gall, a.a.O., S. 53.

(3) Vgl. Gall, a.a.O., S. 53.

(4) Straßburger Zeitung, Nr. 29 v. 9.11.1870, Nr. 91. Verordnungen des Generalgouverneurs erhielten durch Veröffentlichung in den Amtlichen Nachrichten, die seit dem 19. Oktober 1870 in der Straßburger Zeitung erschienen, verbindliche Kraft.

Zwar war damit nur den "Silbermünzen der Thalerwährung gesetzliche Zahlungskraft verliehen worden" (1). Doch die Bevölkerung nahm nunmehr auch die anderen deutschen Münzen sowie das preußische Papiergeld allgemein in Zahlung. Das Papiergeld der süddeutschen Staaten dagegen wies sie hartnäckig zurück, zumal sich "jüdische Händler ein Geschäft daraus gemacht hatten, 35-Gulden-scheine einzuführen und dieselben für 35 Thaler an den Mann zu bringen, (so daß) die Bauern schließlich ... nur noch preußische 'Thalerbilder' nahmen" (2). Die Abneigung gegen das nichtpreußische Papiergeld wurzelte nach allem so tief, daß es verschiedenen süddeutschen Notenbanken selbst dann nicht gelang, ihren Noten in Elsaß-Lothringen ein neues Umlaufsgebiet zu erschließen, als sie eigens hierzu in Straßburg Banknoteneinlöschungskassen unterhielten (3).

Der Taler war zum festgesetzten Kurs etwa 1,25 % besser bewertet, als es seiner Metallparität von 3,70370 Francs entsprach (4). Mit dieser geringfügigen Überbewertung des Talers sollte jedoch nicht der Franken aus dem elsaß-lothringischen Geldumlauf vertrieben, sondern lediglich die Umrechnung erleichtert werden. Denn zum Kurs von 3,75 brauchte man die Frankenpreise

(1) Helfferich, a.a.O., Bd.I, S.235 (Anm.).

(2) Mitscher, Georg, Elsaß-Lothringen unter deutscher Verwaltung, Berlin 1874, S. 118.

(3) Vgl. v.Lumm, Karl, Die Entwicklung des Bankwesens in Elsaß-Lothringen seit der Annexion, Jena 1891, in: Staatswissenschaftliche Studien, hrsg. von Ludwig Elster, 3. Bd., Heft 7, S. 63.

Über die Tätigkeit der Banknoteneinlöschungskassen vgl. die Anzeige der Bank für Süddeutschland in Darmstadt, in: Niederrheinischer Kurier, Straßburg, Nr. 101 v. 30.4.1871.

(4) 1 kg Silber (fein)	=	60	Taler
1 kg " (900/1000)	=	200	Francs
1 kg " (fein)	=	222,22	"
1 Taler	=	3,70370	"

nur mit 8 zu multiplizieren, um den entsprechenden Groschenbetrag zu ermitteln (1).

In Elsaß-Lothringen mit seinen 1,5 Mill. Einwohnern lebten 1871 außer der 32 000 Mann starken Besatzung noch 45 000 Deutsche, die ins Land geholt worden waren, weil etwa zwei Drittel aller einheimischen Beamten es abgelehnt hatten, unter den **'Preußen'** zu dienen (2). Da aber die Besatzungstruppe und die Zivilverwaltung mit Frankengeld ausgestattet wurde, das aus den Steuereinnahmen Elsaß-Lothringens und aus der Kriegskontribution stammte, flossen zunächst nur verhältnismäßig wenig deutsche Zahlungsmittel ein (3).

-
- (1) Der Kurs 1 Taler = 3,75 Francs wurde auf Grund der Konvention von Ferrières vom 11. März 1871 auch im übrigen Frankreich angewandt. Aber es waren dort nur die öffentlichen Kassen verpflichtet, das von der Besatzungstruppe angebotene deutsche Geld in Zahlung zu nehmen und auf Verlangen umzutauschen. (Vgl. Gutmann, a.a.O., S. 200) In Anlehnung an diese Tatsache wurde dann im Friedensvertrag bestimmt, daß die im Rahmen der Kriegskontribution gezahlten deutschen Münzen zum selben Verhältnis auf die 5. Md. Francs angerechnet werden sollten. (Art. 7 des Friedensvertrages vom 10. Mai 1871, RGBL. S. 223)
 - (2) Vgl. Das Elsaß von 1870 - 1932, hrsg. von J. Rossé u.a., II. Bd.: Geschichte der politischen Parteien und der Wirtschaft, Colmar (1936), S. 23, IV. Bd.: Karten, **Graphiken**, Tabellen, Dokumente, Sach- und Namenregister, Colmar 1938, S. 43 und 46.
 - (3) Zu Preissteigerungen scheint es trotz der zusätzlichen deutschen Nachfrage und der geschwächten Produktionskraft des von seinen Bezugsmärkten abgeschnürten Landes nicht gekommen zu sein. Leider liegen kontinuierliche Aufzeichnungen nur für den Brotpreis vor. Bei Ausbruch des Krieges kostete in Straßburg 1 kg Weißbrot 41 cts und 1 kg Schwarzbrot 31 cts. Während des Aufmarsches der französischen Armee und der Belagerung Straßburgs stieg der Preis auf 43 bzw. 32 cts. Danach fiel er wieder auf 41 bzw. 31 cts und hielt sich dann seit März 1871 ziemlich konstant auf 42 bzw. 32 cts. (Archives Administratives de Ville de Strasbourg, Faszikel: CF. Droits de Place, Marchés, etc., Mercuriales/Marktpreise, No. 5, 6).

3. Der kriegsbedingte Geld- und Kreditmangel

Gleich nach der Besetzung Straßburgs war auf Befehl des Generalgouverneurs die dortige Succursale der Banque de France geschlossen worden. Dadurch verloren die zahlreichen, aber meist nur kleinen Kreditbanken den Rückhalt bei der Zentralbank und diskontierten nicht mehr die Wechsel, über die Handel und Gewerbe in großem Umfang verfügten. "Der Kaufmann wie der Fabrikant blieb im wesentlichen auf die baaren Gelder angewiesen, die er beim Ausbruch des Krieges zufällig in seiner Kasse gehabt hatte, und entbehrte der gewohnten Hülfe, wenn dieselben zur Erfüllung seiner Verbindlichkeiten, zur Bezahlung der Fabrikarbeiter oder zur Bestreitung der vielen extraordinairren Ausgaben, welche der Krieg mit sich brachte, nicht ausreichten." (1)

Und dabei konnte die Bevölkerung nicht einmal auf ihre Ersparnisse zurückgreifen. Nach französischem Recht hatten die Sparkassen nämlich alle Einlagen an die Staatsdepositenkassen abführen müssen, die ihrerseits verpflichtet waren, die Gelder (mit damals 4%) zu verzinsen und die notwendigen Rückzahlungsbeiträge bereitzustellen. Die Sparkasseneinlagen von insgesamt 25 Mill. Francs waren jedoch seit der deutschen Besetzung nicht mehr verfügbar, so daß die Sparkassen ihre Schalter schließen mußten. (2)

Außerdem hatten die zurückweichenden Franzosen aus den Departementalkassen etwa 15 Mill. Francs mitgenommen, die den Gemeinden und öffentlichen Anstalten gehörten. Diese Mittel fehlten den Gläubigern um so mehr, als die Kriegsschäden wenigstens notdürftig behoben werden mußten, aber gerade in dieser Zeit kaum Einnahmen eingingen. (3)

-
- (1) Denkschrift zur Verordnung vom 10. Juni d.J., betreffend die Errichtung von Bank-Comtoiren, Comanditen und Agenturen im Elsaß und in Lothringen durch die Preussische Bank, in: Anlagen zu den Stenographischen Berichten über die Verhandlungen des Hauses der Abgeordneten während der 2. Session der 11. Legislaturperiode 1871-1872, 1. Bd., Berlin 1872, Aktenstück Nr. 5, S. 34.
 - (2) Vgl. Übersicht über die Gesetzgebung sowie die Einrichtung und den Gang der Verwaltung in Elsaß-Lothringen für 1871/1872, in: Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Deutschen Reichstages, 1. Legislaturperiode, III. Session 1872, 3. Bd., Anlagen zu den Verhandlungen des Reichstages, Berlin 1872, Aktenstück Nr. 14, S. 123.
 - (3) Vgl. Übersicht 1871/72, a.a.O., S. 119.

Geldverknappend wirkte sich im übrigen auch das französische Wechselmatorium vom 13. August 1870 aus, das zwar ursprünglich nur einen Monat galt, dann aber immer weiter verlängert wurde (1). Indem jedoch diese Verlängerungen in Elsaß-Lothringen nicht mehr in Kraft traten, mußte der einheimische Kaufmann seinen Wechselverpflichtungen fristgerecht nachkommen, sein Wechselschuldner in Frankreich dagegen, wohin ja der größte Teil der elsaß-lothringischen Erzeugnisse gegangen war, konnte die Zahlung zunächst verweigern (2).

Eine Tatsache verdient besonders hervorgehoben zu werden, und zwar nicht nur, weil sie den Geldmangel weiter verschärfte, sondern auch als Zeugnis für die Rechtsauffassung der damaligen Zeit. Als nämlich der Generalgouverneur die Straßburger Succursale der Banque de France schloß und ihre Beamten unter Hausarrest stellte, da war er davon ausgegangen, daß die Bank von Frankreich - ähnlich der Preußischen Bank - ein reines Staatsinstitut sei. "War diese Ansicht der Regierung eine unrichtige, so konnte andererseits die entgegengesetzte Behauptung, daß die Bank ein bloßes Privatinstitut sei und von der occupierenden Staatsautorität in jeder Beziehung als ein solches behandelt werden müsse, nicht maßgebend sein. Es mußte vielmehr anerkannt werden, daß allerdings die Bank ein Privatinstitut sei, dessen Vermögen den unbedingten Schutz des Privatvermögens zu genießen habe (3), das aber seit dem Gesetz vom 22. April 1806 in eine unmittelbare Abhängigkeit von dem Staate getreten sei und durch die von ihm ernannten Beamten verwaltet werde. Infolgedessen mußten alle polizeilichen und Aufsichtsrechte, welche der französische Staat der Bank gegenüber besaß, von der deutschen Regierung der occupierten Gebiete ausgeübt werden. Sobald die Regierung den Irrtum ihrer anfänglichen Auffassung erkannt hatte, nahm sie der Bank gegenüber ihre richtige Stellung ein." (4)

(1) Loi du 13 août 1870 relative aux échéances des effets de commerce (Journal officiel de l'Empire Français, 2^{me} année, No. 222, 14 août 1870, p. 1417).

Journal officiel de la République Française, 2^{me} année, No. 250, 11.9.1870, p. 1549.

(2) Vgl. v. Lumm, a. a. O., S. 33.

(3) Vom Verfasser gesperrt.

(4) Löning, a. a. O., S. 168.

Am 4. November 1870 verfügte der Zivilkommissar die Liquidation der Succursale in Straßburg und nach der Besetzung von Metz und Mülhausen auch die der dort gelegenen. Zu diesem Zweck nahmen die Zweigstellen ihre Tätigkeit in beschränktem Umfang wieder auf (1). Vor allem galt es, das Wechselportefeuille zu liquidieren, das in Straßburg etwa 17,5 Mill., in Mülhausen 2 Mill. und in Metz 4 Mill. Francs betrug (2).

Wegen des bestehenden Geldmangels konnte die Liquidation nur äußerst schonend betrieben werden. So gestattete die Succursale i. L. den Schuldnern, die verfallenen Wechsel zu 10 % in bar und zu 90 % in bankfähigen Wechseln einzulösen (3). Soweit es die Abwicklung erlaubte, ließ der deutsche Kommissar, der die Liquidation überwachte, sogar neue Diskontgeschäfte zu. Ferner räumte die Bank der Stadt Straßburg noch einen sechsmonatigen Kredit in Höhe von 1 Mill. Francs ein, zu dessen Sicherung sie französische Staatsanleihen erhielt (4).

4. Maßnahmen zur Linderung des Geldmangels

Um insbesondere die Not der ärmeren Sparer zu lindern, gewährte die deutsche Verwaltung den elsaß-lothringischen Sparkassen Vorschüsse auf die Guthaben beim französischen Tresor. Dadurch konnten die Sparkassen seit Dezember 1870 Einlagen unter 50 Francs ganz auszahlen und auf die übrigen Abschlagszahlungen leisten (5). Die Vorschüsse erreichten bis Ende 1871 einen Gesamtbetrag von 4,2 Mill. Francs (6).

(1) Vgl. Bekanntmachung der Verwaltung der Succursale in Liquidation, in: Straßburger Zeitung, Nr. 26 v. 5.11.1870, Nr. 84.

(2) Vgl. Übersicht 1871/72, a.a.O., S. 120.

(3) Bekanntmachung des Kommissars für die Liquidation der Succursale, in: Straßburger Zeitung, Nr. 45 v. 22.2.1871, Nr. 308.

(4) Vgl. Ermächtigung des Generalgouverneurs, in: Straßburger Zeitung, Nr. 39 v. 15.2.1871, Nr. 294.

(5) Vgl. Bekanntmachung der Verwaltung der Sparkasse Straßburg, in: Straßburger Zeitung, Nr. 45 v. 27.11.1870, Nr. 134.

(6) Vgl. Übersicht 1871/72, a.a.O., S. 123.

Im März 1871 sanktionierte die Militärregierung dann endlich die im Wechselverkehr bereits geschaffenen Tatsachen. Die Laufzeit der vom 13. August bis 12. November 1870 fällig gewesenen Wechsel wurde um sieben Monate verlängert, und der Termin für die vom 13. November 1870 bis 12. April 1871 fälligen Wechsel wurde auf den entsprechenden Monatstag zwischen dem 13. Juni und dem 12. Juli 1871 festgesetzt. In der Verlängerungsperiode mußte der Wechselbetrag mit 6 % verzinst werden (1).

Kurz vor der staatsrechtlichen Vereinigung Elsaß-Lothringens mit dem Deutschen Reich (2) griff die Reichsregierung selbst ein. Bismarck gab darüber am 25. Mai 1871 im Reichstag folgende aufschlußreiche Darstellung: (3) "Es hat mir ... dringend am Herzen gelegen, diesem Lande die Geldquellen, die ihm augenblicklich fehlen, wieder zu eröffnen; ich weiß nicht, ob Ihnen bekannt ist, daß noch heute bei Straßburg die Ruinen, der Schutt liegt, eben wie er nach dem Bombardement gelegen hat, daß aus Mangel an Mitteln, welche die Grundlage der amtlichen Anordnungen sind, aus Mangel an amtlichen Initiativen, welche dort leitend und fördernd eingreifen könnten, noch heute kein Stein aufgebaut ist; es stand zu befürchten, daß, wenn es so bleibe, den ganzen Sommer hindurch die Leute nicht unter Dach kommen, da ihnen Betriebskapital fehlt, und daß sie beim Eintritte des Winters sich in einer ähnlichen Lage befinden würden. Ich habe deshalb mein Augenmerk darauf gerichtet, aus den französischen Kriegskontributionen eine erhebliche Zahlung noch früher flüssig zu machen, als es bei dem Frieden bedungen war; ich habe dies dadurch erreicht, daß ich mich anheischig machte, einen Theil der ersten Zahlung in französischen Banknoten anzunehmen, welche in Elsaß und Lothringen und Frankreich vollständig pari stehen und als Zahlungsmittel für uns jeden Tag verwertbar sind. Ich habe dies aber nur unter der Bedingung sofortiger Zahlung gethan, weil wir jetzt den Cours der Banknoten kennen, für die Zukunft ist das für uns eine unbekannte Größe. Mit Rücksicht auf die

-
- (1) Verordnung des Generalgouverneurs vom 20. März 1871, in: Straßburger Zeitung, Nr. 68 v. 21.3.1871, Nr. 355.
 - (2) Gesetz betreffend die Vereinigung von Elsaß und Lothringen mit dem Deutschen Reiche vom 9. Juni 1871, RGBI. S. 212.
 - (3) Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Deutschen Reichstages, I. Legislatur-Periode, I. Session 1871, 2. Bd., Berlin 1871, S. 923.

Bedürfnisse unserer Truppen in Frankreich, aber auch im Elsaß, habe ich stipuliert, daß heute über acht Tage die erste Rate von 40 Mill. Francs, sei es in Mülhausen, Straßburg oder Metz ausgezahlt werde, um sie dort zur Disposition zu haben; acht Tage später wieder 40 Mill. und am 15. Juni 45 Mill., zusammen 125 Mill. Francs, die, soweit wir sie in Frankreich brauchen werden, in Rheims oder sonst wo bei unseren Truppen einzuzahlen sind, soweit wir sie aber im Elsaß verwerthen können, in Mülhausen oder Straßburg zahlbar sind. ... Wir sind dadurch in die vorteilhafte Lage gekommen, für alle diejenigen Bedürfnisse, die wir in französischen Banknoten decken können, sofort die Zahlungsmittel in der Hand zu haben."

So einfach, wie Bismarck sich die Aktion vorgestellt hatte, verlief diese dann allerdings nicht. Obwohl in der Übereinkunft vom 21. Mai 1871 (RGBl. S. 243) ausdrücklich bestimmt worden war, daß der größtmögliche Teil der 120 Mill. Francs in Noten zum Nennwert von 100, 50 und 20 Francs gezahlt werden sollte, lautete nur etwa ein Siebentel auf die verlangten kleinen Scheine. Allein 86 Mill. Francs bestanden aus 1000-Francs-Noten! Die französischen Kommissare versuchten, dies mit den schlechten Transportverbindungen nach Paris zu entschuldigen. Wie dem auch immer gewesen sein mag; die großen Scheine eigneten sich dermaßen schlecht für den vorgesehenen Zweck, daß die elsäß-lothringische Landeskasse nur etwa 35 Mill. Francs verwerten konnte. Sie leistete damit vorwiegend Vorauszahlungen auf die Forderungen, die nach dem gerade in dieser Zeit verabschiedeten Gesetz betreffend den Ersatz von Kriegsschäden und Kriegsleistungen vom 14. Juni 1871 (RGBl. S. 247) gestellt werden konnten (1). Den Rest erhielt die Seehandlung zum Vertrieb. Diese verkaufte 79 Mill. an die Diskonto-Gesellschaft in Berlin, 4 Mill. an die Bank Dreyfus-Heidels in Frankfurt und 2 Mill. Francs an verschiedene Straßburger Bankhäuser (2).

(1) Vgl. Bismarck in der 47. Sitzung des Deutschen Reichstages am 2. Juni 1871, in: Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Deutschen Reichstages, I. Legislatur-Periode, I. Session 1871, 2. Bd., Berlin 1871, S. 992.

(2) Vgl. Gieseke, Ludwig, Die Abnahme der französischen Kriegsentschädigung 1870/71 in Straßburg i. E., Berlin 1906, S. 10 f.

5. Die Gründung von Zweigstellen der Preußischen Bank

Die Crux lag aber an anderer Stelle. "Ein Ersatz mußte für die Banque de France geschaffen werden, und zwar sehr bald, wenn nicht die bestehende Kreditlosigkeit den völligen Stillstand zahlreicher Fabriken, die Entlassung einer nach Hunderttausenden zählenden Arbeiterbevölkerung und den völligen Zusammenbruch vieler Geschäftshäuser herbeiführen sollte." (1)

Infolge dieser Notlage und der im Lande herrschenden Autonomiebestrebungen hatten sich schon einige elsäß-lothringische Bankiers zusammengeschlossen, um eine lokale Notenbank zu gründen (2). Auch forderte die Straßburger Handelskammer noch im Mai 1871 die Gründung "d'une banque provinciale alsacienne-lorraine autonome, qui aurait la faculté d'émettre des banknotes en francs et que serait constituée sur le modèle des statuts projetés de la Banque de Wurtemberg." (3) Aber diese Forderungen widersprachen nicht nur dem Ziel der Reichsregierung, das deutsche Geldwesen endlich zu vereinheitlichen und zu zentralisieren. Die Verwirklichung solcher Pläne hätte auch viel zu lange gedauert und zudem die Umstellung der elsäß-lothringischen Wirtschaft vom französischen auf den deutschen Markt außerordentlich erschwert. (4)

Ebenso verwarf man die ursprüngliche Absicht, zwischenzeitlich eine Darlehnskasse zu errichten, wie dies nach dem Gesetz betreffend die Gründung öffentlicher Darlehnskassen vom 21. Juli 1870 (Bundesgesetzblatt des Norddeutschen Bundes, S. 499) ohne weiteres möglich gewesen wäre. Denn es "ließ sich ein wesentlicher Nutzen nicht erwarten, weil dieselben nur Lombardgeschäfte machen durften, die Hauptnoth in Elsaß und in Lothringen aber darin bestand, daß man sich auf Wechsel kein Geld beschaffen konnte". (5)

(1) v. Lumm, a.a.O., S. 37.

(2) Projet de statuts de la Banque d'Alsace et Lorraine rédigé conformément aux prescriptions de la loi du 24 juillet 1867, qui régit les sociétés anonymes. Strasbourg 1871..

(3) Zitiert nach v. Lumm, a.a.O., S. 38.

(4) Vgl. Denkschrift zur VO v. 10.6.1871, a.a.O., S. 35.

(5) Ebenda.

Unter den gegebenen Umständen schien nur die Preußische Bank geeignet, die Succursalen der Banque de France in Elsaß-Lothringen zu ersetzen. So war auch schon im Winter 1870/71 im preußischen Abgeordnetenhaus ange-regt worden, ein Gesetz einzubringen, das es der Preußischen Bank gestat-te, in Elsaß-Lothringen Zweigstellen zu errichten. "Leider ist dieser Gedan-ke nicht zur Ausführung gekommen, obgleich er sich hätte sehr leicht aus-führen lassen und auf keinerlei Schwierigkeiten gestoßen wäre. Vielleicht hat man damals, wo der Friede noch nicht abgeschlossen war, wo man also formell Elsaß und Lothringen noch nicht im Besitz hatte, sich gescheut, die-sen Weg zu betreten." (1)

Mittlerweile jedoch war der Landtag wieder auseinandergegangen. In Anbe-tracht des vorliegenden Notstandes und der Tatsache, daß mit dem baldigen Zusammentreten des Landtages nicht gerechnet werden konnte, erhielt die Preußische Bank auf Grund der Kgl. Verordnung vom 10. Juni 1871 (Gesetz-sammlung für die Preußischen Staaten, S. 229) die Ermächtigung, sich in Elsaß-Lothringen niederzulassen (2). Eingeführt wurde sie daselbst durch das Gesetz betreffend den Betrieb von Bankgeschäften in Elsaß-Lothringen durch

-
- (1) v. Miquel in der 47. Sitzung des Deutschen Reichstages am 2. Juni 1871, in: Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Deutschen Reichstages, I. Legislatur-Periode, I. Session 1871, 2. Bd., Berlin 1871, S. 993.
- (2) Als die Regierung am 29. November 1871 um die nachträgliche Geneh-migung des Abgeordnetenhauses ersuchte, wurde sie mit der Begründung verweigert, daß kein Notstand nach Art. 63 der preußischen Verfassung vom 31. Januar 1850 bestanden habe und die Niederlassungsermächti-gung nach Art. 103 nur durch ein Gesetz erteilt werden könne. Um aber in der Sache selbst die als notwendig erkannte Abhilfe zu schaffen, wur-de die Ermächtigung durch das Gesetz betreffend die Allerhöchste Ver-ordnung vom 10. Juni 1871 und die Ausdehnung der Geschäfte der Preu-Bischen Bank auf das Deutsche Reichsland Elsaß und Lothringen vom 26. Februar 1872 (Ges. Samml. f. d. Kgl. Preuß. Staaten, S. 181) rückwir-kend legalisiert. (Vgl. Bericht der vereinigten Kommissionen für Han-del und Gewerbe betreffend die Verordnung vom 10. Juni 1871, in: An-lagen zu den Stenographischen Berichten über die Verhandlungen des Hauses der Abgeordneten während der 2. Session der 11. Legislatur-Perio-de 1871 - 1872, 2. Bd., Aktenstück Nr. 104, S. 656).

die Preußische Bank vom 4. Juli 1871 (Gesetzblatt für Elsaß-Lothringen, S. 3). Und schon am 26. Juli nahmen die Straßburger und die Mülhausener Bank-Kommandite ihre Tätigkeit in den Gebäuden der Banque de France auf; diejenige in Metz folgte am 21. August.

Waren auch die einzelnen Geschäftszweige der Preußischen Bank dieselben wie die der Banque de France, so wies doch die praktische Handhabung manche Unterschiede auf. Wo dies für die elsaß-lothringische Kundschaft eine Erschwerung bedeutet hätte, paßten sich die Zweigstellen der Preußischen Bank nach Möglichkeit der französischen Regelung an, zumal im Handels- und Wechselrecht noch die Bestimmungen des Code de Commerce galten. So diskontierte die Preußische Bank die zahlreich umlaufenden lettres de change, billets à ordre und die mandats non acceptables nach den bei der Banque de France gültigen Anforderungen. Ebenso lombardierte sie, da deutsche Wertpapiere kaum vorhanden waren, auch bestimmte französische bis zu einer festgesetzten Höchstgrenze. Da noch Frankenwährung herrschte, mußten die Zweigstellen die französischen Kurantmünzen unbeschränkt und zum festgesetzten Kurs in Zahlung nehmen. Dagegen waren sie durch § 3 des Einführungsgesetzes vom 4. Juli 1871 ausdrücklich davon entbunden worden, andere als ihre eigenen Noten anzunehmen. (1)

Die Succursalen der Banque de France konnten sich nunmehr ganz der Liquidation widmen. Sie wickelten diese selbständig ab, noch ehe die im Schlußprotokoll zur Frankfurter Zusatzkonvention vom 11. Dezember 1871 (RGBl., 1872, S. 7) gestellte dreimonatige Frist verstrichen war. Dabei kam es weder zu störenden Einflüssen auf die elsaß-lothringischen Kreditverhältnisse noch zu Verlusten für die Banque de France. (2)

6. Der wirtschaftliche Aufschwung

Seit Ende 1871 besserten sich die wirtschaftlichen Verhältnisse in Elsaß-Lothringen zusehends. Der Kredit der Preußischen Bank wurde in einem Ausmaß in Anspruch genommen wie später niemals wieder (3). Die Sparkassen erhielten von Frankreich ihre Einlagen zurückerstattet und konnten wieder unbeschränkt Abhebungen zulassen. Aus der französischen Kriegskontribution erhielt Elsaß-Lothrin-

(1) Vgl. v. Lumm, a. a. O., S. 42 ff.

(2) Vgl. Übersicht 1871/72, a. a. O., S. 120.

(3) Vgl. v. Lumm, a. a. O., S. 71 ff.

gen etwa 500 Mill. Francs, die vor allem zur Errichtung militärischer Anlagen, öffentlicher Gebäude und zum Ausbau des Eisenbahnnetzes verwandt wurden (1).

Und dabei erfreuten sich Handel und Gewerbe nicht nur der Absatzbelebung auf dem Binnenmarkt. Die elsäß-lothringischen Güter genossen während einer fast zweijährigen Übergangszeit sowohl in Deutschland wie in Frankreich Zollbefreiung oder zumindest Zollermäßigungen (2). Zudem begünstigte der durch den gewonnenen Krieg ausgelöste Wirtschaftsaufschwung die Umstellung der elsäß-lothringischen Wirtschaft auf den deutschen Markt. "Aber nur mit schwerem Herzen entschloß sich der oberelsäßische Fabrikant, der lothringische Producent, sich in Deutschland ein neues Absatzgebiet zu erobern; es war mehr als die Macht alter Gewohnheit, mehr als eine bloße vis inertiae, die ihm den Übergang auch moralisch erschwerte." (3)

Einen besonders beachtlichen Aufschwung erlebte das elsäß-lothringische Bankwesen. Die zahlreichen kleinen Institute schlossen sich unter ausländischer Beteiligung zu mächtigen Regionalbanken zusammen, um so dem Wettbewerb der Preußischen Bank, die ja in viel stärkerem Maße als die Banque de France mit dem Publikum direkt verkehrte, gewachsen zu sein. Vor der Konkurrenz deutscher Geschäftsbanken blieben sie verschont, da diese infolge der ablehnen-

(1) Zur Verwendung der Kriegskontribution vgl. Wagner, Adolph, Das Reichsfinanzwesen, in: Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtspflege des Deutschen Reichs, hrsg. von Franz v. Holtzendorff, 3. Jg., Leipzig 1874, S. 60 - 252.

(2) Ab 1. Januar 1872 bildete Elsaß-Lothringen mit dem übrigen Deutschland ein einheitliches Zoll- und Handelsgebiet (Gesetz betreffend die Einführung des Artikels 33 der Reichsverfassung in Elsaß-Lothringen vom 17. Juli 1871, RGBl. S. 325). Das Vereinszollgesetz, der Vereinszolltarif und das Zollkartell traten durch das Gesetz betreffend die Einführung der deutschen Zoll- und Steuergesetzgebung vom 17. Juli 1871 (Ges. Bl. f. Els.-Lothr. S. 37) in Kraft. Die Zollbefreiung gegenüber Frankreich betrug für elsäß-lothringische Güter bis zum 1. Januar 1872 100 %, bis zum 1. Juli 1872 75 % und bis zum 1. Januar 1873 50 % (Art. 5 der Friedens-Präliminarien vom 26. Februar 1871, RGBl. S. 215; Art. 9 des Friedensvertrages vom 10. Mai 1871, RGBl. S. 223; Zusätzliche Übereinkunft zum Friedensvertrag vom 12. Oktober 1871, RGBl. S. 363).

(3) v. Lumm, a. a. O., S. 67 f.

den Haltung der einheimischen Bevölkerung nicht Fuß fassen konnten. Große Gewinne zogen die elsaß-lothringischen Banken aus dem Nebeneinander von Franken- und Talerwährung sowie aus den ansehnlichen Wechselkursschwankungen, denen die beiden Währungen infolge der Kriegskontributionszahlungen ausgesetzt waren. (1)

7. Die "Austreibung" der Frankennoten

Die Noten der Banque de France hatten gleich bei Ausbruch des Krieges Zwangskurs erhalten (2), d. h. sie mußten von jedermann zum Nennwert in Zahlung genommen werden und waren nicht mehr gegen Kurantgeld einlösbar. Gleichzeitig war ihre niedrigste Stückelung auf 25 und wenig später auf 20 Francs herabgesetzt worden. (3)

In Elsaß-Lothringen bestanden nun hinsichtlich der Frage, ob der Zwangskurs auch hier gelte, unterschiedliche Auffassungen. Die Handelsgerichte bejahten sie, weil sich der größte Teil Elsaß-Lothringens bei Erlaß des Dekretes noch in Händen Frankreichs befunden habe. Die deutsche Verwaltung dagegen stellte sich auf den Standpunkt: "das Gesetz gehöre vermöge seiner besonderen staatsrechtlichen Natur zu denjenigen, welche - wie z. B. die Verfassungsgesetze - unmittelbar durch die Thatsache der Lostrennung dieser Provinzen von Frankreich hinfällig geworden seien; so habe z. B. die Bestimmung, daß die Banque de France von der baren Einlösung ihrer Noten entbunden sei, eigentlich nur innerhalb der französischen Grenzen einen Sinn, sie würde bedeutungslos für ein nicht mehr zu Frankreich gehöriges Gebiet." (4) Die öffentlichen Kassen verweigerten also auf der einen Seite die Annahme des französischen Papiergeldes, scheuten sich aber nicht, der Bevölkerung die Frankennoten aufzudrängen, die sie mit der ersten Rate der Kriegsentschädigung erhalten hatten. (5)

(1) Vgl. hierzu v. Lumm, a. a. O., S. 116 - 184.

(2) Loi du 12 août 1870 relative au cours légal des billets de la Banque de France (Journal officiel de l'Empire français, 2^{me} année, No. 221, 13. 8. 1870, p. 1411).

(3) Vgl. Gutmann, a. a. O., S. 101 - 192.

(4) v. Lumm, a. a. O., S. 64.

(5) Vgl. Gutmann, a. a. O., S. 213.

Die Unsicherheit über die bestehende Rechtslage mußte sich insbesondere für die Zweigstellen der Preußischen Bank nachteilig auswirken. Diese waren zwar durch das Einführungsgesetz ausdrücklich davon entbunden worden, andere als ihre eigenen Noten in Zahlung zu nehmen. Aber wie hätten sie angesichts der Handelsgerichtsentscheidungen den Wechselschuldner davon überzeugen sollen, daß sein auf Franken abgegebenes Wechselversprechen sich durch das Indossament an die Preußische Bank so verändert habe, daß er nur noch mit den bei ihr zugelassenen Geldsorten zahlen könne? Die meisten Schuldner ließen, von ihrem Recht überzeugt, die Wechsel getrost zu Protest gehen. Den Schaden hatte der Diskontant, der nach langem hin und her die Protestkosten übernehmen mußte, weil der Schuldner in gutem Glauben gehandelt hatte. Die Diskontanten lernten aus dem Schaden und gaben künftig keine Wechsel mehr an die Zweigstellen der Preußischen Bank. Das war um so eher möglich, als die neuerstandenen elsäß-lothringischen Großbanken bald genügend liquide Mittel besaßen, um die Wechsel allein zu diskontieren. Neben der geschäftlichen Einbuße hatten die Zweigstellen, und damit die ganze deutsche Verwaltung, noch den Groll zu tragen, der sich ob dieser kostspieligen und unerfreulichen Wechselproteste beim Publikum anhäufte. (1)

Durch das Gesetz betreffend die Aufhebung des gesetzlichen Kurses der Noten der Bank von Frankreich vom 28. September 1871 (Ges. Bl. f. Els.-Lothr. S. 345) wurden dann wenigstens einheitliche Rechtsverhältnisse geschaffen. Soweit der Zwangskurs für Frankennoten in Elsaß-Lothringen Geltung erlangt hatte, trat er am 14. Oktober 1871, dem Tage der Verkündung des Gesetzes, außer Kraft.

Bald darauf wurden in Paris wegen des Mangels an kleinen Münzen sogenannte bons de monnaie im Nennwert von 1, 2 und 5 Francs ausgegeben (2). Um zu verhindern, daß diese Scheine auch nach Elsaß-Lothringen eindrangten, erging das Gesetz betreffend das Verbot der Zahlungsleistung mittelst außerdeutschen Papiergeldes, außerdeutscher Banknoten und ähnlicher Werthzeichen vom 7. Januar 1872 (Ges. Bl. f. Els.-Lothr. S. 59).

Von dem Verbot ausdrücklich ausgenommen blieben die französischen Noten zu 50 Francs und darüber. Damit sollte vor allem den noch fortdauernden Wirtschaftsbeziehungen zwischen Elsaß-Lothringen und Frankreich Rechnung getragen werden. Außerdem wollte sich die deutsche Verwaltung, die noch

(1) Vgl. v. Lumm, a. a. O., S. 64 f.

(2) Vgl. Gutmann, a. a. O., S. 412 ff.

viele dieser Scheine besaß, die Möglichkeit offenhalten, diese im eigenen Lande auszugeben (1).

Da jedoch auch die gültig gebliebenen Frankennoten weder von der Preussischen Bank noch von den öffentlichen Kassen in Zahlung genommen wurden, erlitten sie nach der Aufhebung des Zwangskurses ein geringes Disagio. Die Banken kauften sowohl die außer Kurs gesetzten wie die noch gültigen Frankennoten auf, um damit die Einzahlungen auf die von ihnen in großem Umfang gezeichneten französischen Staats- und Kommunalanleihen zu leisten, da hierfür das französische Papiergeld zum Nennwert angenommen wurde. Insbesondere die elsaß-lothringische Beteiligung an der zweiten französischen Staatsanleihe (August 1872 - Januar 1873) war mit fast 88 Mill. Francs dermaßen hoch (2), daß danach im Reichsland überhaupt kein französisches Papiergeld mehr umlief (3).

8. Das Überhandnehmen der silbernen Fünffrankenstücke

Während die Goldmünzen in Frankreich schon bald nach Beginn des Krieges aus dem Zahlungsverkehr verschwunden waren, hatten sie sich in Elsaß-Lothringen noch längere Zeit gehalten (4). Da die Verkehrsverhältnisse zu ungünstig waren, hatte sich die Arbitrage nicht gelohnt, obwohl der Franc in Elsaß-Lothringen zum Zwangskurs 1,25 % unter der Metallparität lag und in Paris wegen der gestiegenen Sterlinkurse zeitweilig ein Aufgeld von 2 % erzielte (5). Außerdem aber verhinderte der im Lande herrschende Geldmangel, daß die Bevölkerung das Goldgeld hortete. Seit September 1871 jedoch mangelte es im Zahlungsverkehr an Goldstücken. An ihre Stelle traten mehr und mehr die voluminösen silbernen Fünffrankenstücke, die schließlich nach dem Verschwinden der Frankennoten nahezu das einzige Zahlungsmittel darstellten.

Dadurch wurde der Geschäftsverkehr erheblich beeinträchtigt. Ein Beutel Silbergeld im Wert von 10 000 Francs wog etwas über einen Zentner. "Bei Einzahlung oder Abhebung größerer Summen mußte .. in der Regel Führwerk be-

(1) Vgl. v. Lumm, a.a.O., S. 66 (Anm.).

(2) Vgl. Gutmann, a.a.O., S. 248.

(3) Vgl. v. Lumm, a.a.O., S. 67.

(4) Vgl. v. Lumm, a.a.O., S. 62.

(5) Zur Höhe der Metallprämien im einzelnen vgl. Gutmann, a.a.O., S. 170 ff. und S. 473 ff.

nutzt werden; ein Umstand, der das Publikum sehr belästigte, aber namentlich in Straßburg - bei der damaligen riesenhaften Tätigkeit in öffentlichen und Privat-Bauten - ein Füllhorn für die Droschkenkutscher war; standen doch nicht selten gleichzeitig bis zu 10 Droschken vor dem Kassenlokale." (1)

Die Ursachen für diesen verhängnisvollen Silbersegen waren äußerst mannigfaltig. Letztlich standen sie aber alle im Zusammenhang zur französischen Kriegskontribution.

9. Der Einfluß der Kriegskontributionszahlungen auf den Münzumschlag

Frankreich leistete im Rahmen der Kriegskontribution 285 206 500 Francs in silbernen Fünffrankenstücken, die ausnahmslos in Straßburg ausgeliefert wurden. Da für Silber in der künftigen deutschen Währung kaum noch Raum war und unnütze Transportkosten vermieden werden sollten, entschloß sich die Reichsregierung, die Fünffrankenstücke möglichst in Elsaß-Lothringen wieder auszugeben. So beglich die Reichskasse in der Zeit von August 1871 bis Ende 1872 die Forderungen aus Kriegsschäden und Kriegsleistungen von insgesamt 31 Mill. Francs in Fünffrankenstücken (2).

Auch die Landeskasse durfte ihre binnenländischen Ausgaben nur in Frankensilber leisten, während sie die stark angewachsene Abrechnungsschuld gegenüber dem Reich (3) mit den von ihr eingenommenen Goldmünzen und deutschen Zahlungsmitteln tilgen mußte. Außerdem horteten die Banken das knapp werdende Gold, das ihnen dann die Reichskasse 1873 gegen 13,3 Mill. Francs wieder abkaufte, und zwar - wie konnte es anders sein - mit Fünffrankenstücken (4).

Schließlich fand die Reichskasse noch einen weiteren Weg, um sich des Silbergeldes zu entledigen. Sie räumte der neugegründeten Aktiengesellschaft für Boden- und Kommunalkredit in Straßburg ein Darlehen von 31 Mill. Francs

(1) Gieseke, a. a. O., S. 26.

(2) Vgl. ebenda, S. 10 ff.

(3) Neben den Einnahmen aus Zöllen und Verbrauchsteuern hatte Elsaß-Lothringen 1872 noch 1 787 512 Taler als Beitrag zu den Garnisionskosten für 1871 zu zahlen. Vgl. Ges. Bl. f. Els.-Lothr., 1872, S. 126.

(4) Vgl. Gieseke, a. a. O., S. 10 ff.

ein und zahlte dieses im Frühjahr 1873 mit 10 Mill. und im nächsten Jahr mit 21 Mill. Francs in Fünffrankenstücken aus. Das Darlehen mußte bis März 1876 in deutschem Geld zurückerstattet werden (1).

Damit waren etwa 75 Mill. Francs aus dem Straßburger Silberhort in den elsäß-lothringischen Geldumlauf geflossen. Hinzu kamen dann noch die 14,3 Mill. Francs, die Hessen, Baden und Württemberg als Anteil an der Kriegsentschädigung erhalten hatten. Die betreffenden Regierungen bezahlten nämlich mit den "Fünffrankenthalern" ihre Beamten. Diese wiederum konnten die Münzen nur schwer absetzen und verkauften sie deshalb gegen ein Disagio an die Banken. Die Banken schließlich tauschten die Fünffrankenstücke in Elsaß-Lothringen ein, da sie dort ja Zwangskurs besaßen.(2)

Als es dann der Reichsregierung nicht mehr möglich war, das Frankensilber in Elsaß-Lothringen unterzubringen, verkaufte sie die restlichen "Fünffrankenthaler" an verschiedene belgische und französische Banken (3).

10. Der Einfluß der Wechselkursschwankungen auf den Münzumlauf

Doch mit der Auflösung des Straßburger Silberhorts war der Silberzustrom nicht beendet. Mittlerweile hatten sich neue Quellen aufgetan, und das waren - entgegen allen herkömmlichen Vorstellungen von einer Notenbank - die Zweigstellen der Preußischen Bank in Elsaß-Lothringen. Die Ursache hierfür stand ebenfalls im Zusammenhang mit der Frankreich auferlegten Kriegskontribution, und zwar diesmal mit den durch ihre Aufbringung verursachten Wechselkursschwankungen.

Zu Beginn der ersten Aufbringungsperiode (1. Juli 1871 - 6. März 1872) hatte das französische Schatzamt dermaßen überstürzt Talerwechsel angekauft, daß deren Kurse plötzlich stark anzogen (4). Wechsel auf Berlin, die im Juni 1871 noch mit 369 (Francs je 100 Taler) notiert worden waren, erzielten im August

(1) Vgl. Gieseke, a.a.O., S. 10 ff.

(2) Vgl. hierzu Gutmann, a.a.O., S. 272 f.; Helfferich, Bd. II, a.a.O., S. 392; v. Lumm, a.a.O., S. 62.

(3) Vgl. Gieseke, a.a.O., S. 10 ff.

(4) Vgl. hierzu Say, a.a.O., S. 71, und Gutmann, a.a.O., S. 346 und 376 f.

378, im September 380, im Oktober 383, im November 378 und im Dezember 379 (1). Sie lagen damit während dieser Zeit erheblich über der Metallparität, nach der 100 Taler nur etwa 370 Francs zählten. Die übliche Metallarbitrage war jedoch gerade damals kaum möglich, da die Berliner Münze bereits seit Juli 1871 kein Silber mehr ankauft (2) und mit der Goldprägung noch nicht begonnen hatte.

Noch aber stand der Arbitrage ein anderer Weg offen, und der führte über die Zweigstellen der Preußischen Bank in Elsaß-Lothringen, denn diese nahmen ja die französischen Kurantmünzen zum festgesetzten Kurs in Zahlung. Wenn auch die Frankenmünzen in Frankreich zunächst sehr knapp waren, da sie von den öffentlichen Kassen zur Zahlung der Kriegskontribution einbehalten wurden, so liefen sie doch nicht nur in Elsaß-Lothringen, sondern auch in Belgien, Luxemburg, der Schweiz und sogar in Süddeutschland zahlreich um. Der Arbitrageur boten sich nun verschiedene Möglichkeiten. So zahlte z. B. ein Arbitrageur in Straßburg bei der Preußischen Bank 30 000 Francs in silbernen Fünffrankensteinen ein und ließ diese auf einen Geschäftsfreund in Berlin anweisen. Über diesen Betrag, der nach Abzug von $1/3 \text{ } ^0/_{00}$ Provision 7 997 Taler ausmachte, stellte er einen Wechsel aus, den der Geschäftsfreund akzeptierte. Konnte der Arbitrageur diesen Wechsel nun in Paris zum Kurs von 383 verkaufen, so betrug sein Bruttogewinn 629 Francs, wovon dann nur noch die Wechselsteuer und die Porti abgingen. Ebenso schufen belgische, Luxemburgische, schweizerische und süddeutsche Banken die hoch im Kurs stehenden Talerwechsel, indem sie durch preußische Geschäftsfreunde auf sich trassieren ließen, diese Wechsel in Elsaß-Lothringen domizilierten und bei Verfall mit Fünffrankensteinen bezahlten.(3)

Zwar versuchte die Preußische Bank sich dadurch zu schützen, daß sie Arbitragewechsel vom Ankauf ausschloß. Jedoch war sie in den geschilderten Fällen meist gar nicht in der Lage, diese von den Handelswechseln zu unterscheiden. Ihre Tresore füllten sich mit "Fünffrankenthalern". Die damit zusammenhängenden Transport- und Unterbringungskosten waren erheblich. Zudem sank Sil-

(1) Vgl. die ausführliche Darstellung über die Gestaltung der Pariser Wechselkurse bei Gutmann, a. a. O., S. 474 ff.

(2) Vgl. Helfferich, a. a. O., Bd. II, S. 419.

(3) Vgl. v. Lumm, a. a. O., S. 60 f.

ber, für das sich in der kommenden deutschen Währung keine Verwendung mehr fand, ständig im Kurs. Es gab nur ein Mittel, um die Verluste möglichst niedrig zu halten. Die Zweigstellen mußten auf die Ausgabe eigener Noten verzichten und dafür dem Publikum - im buchstäblichen Sinne des Wortes - mit gleicher Münze heimzahlen.(1)

Aber selbst Anfang 1873, als sich die Wechselkurse bereits normalisiert hatten, hielt der Silberzustrom noch an, weil infolge der erhöhten Silberproduktion, der nachlassenden indischen Silbernachfrage sowie der Demonetisierung des Silbers in Deutschland und Skandinavien der Londoner Silberpreis stark sank (2). Solange nämlich die belgischen und französischen Münzstätten das Silber noch unbeschränkt zum festgesetzten Preis ankauften, ließ die Arbitrage das entwertete Metall in großen Mengen ausprägen und überschwemmte mit den so gewonnenen "Fünffrankenthalern" die Länder der Frankenwährung, wozu ja das Reichsland noch immer gehörte (3).

Seit Oktober 1873 bahnte sich dann allerdings eine Entwicklung an, die aus dem Überfluß an Silbermünzen einen ebenso nachteiligen Mangel entstehen ließ. Nun stiegen nämlich im Verlauf der sogenannten Valutakrise die Wechselkurse auf Paris über den in Elsaß-Lothringen gültigen Zwangskurs von 80 (Taler für 300 Francs) hinaus. Sie erreichten im Juni 1874 einen Stand von 81 und näherten sich in der Folgezeit einem Kurs von 82 (4). Auch diesmal konnte die gewohnte Metallarbitrage nicht voll zum Zuge kommen, denn einerseits mangelte es im deutschen Zahlungsmittelumlauf noch zu sehr an Goldmünzen (5), und andererseits war die Silberprägung in Frankreich und Belgien seit Ende 1873 stark eingeschränkt worden (6). Die Arbitrage griff deshalb auf das in Elsaß-Lothringen so reichlich vorhandene und darüber hinaus auch noch zu niedrig bewertete Frankensilber zurück. Insbesondere die

(1) Vgl. v. Lumm, a.a.O., S. 61 f.

(2) Vgl. hierzu Helfferich, a.a.O., Bd. II, S. 14 ff.

(3) Vgl. hierzu Gutmann, a.a.O., S. 442 ff.

(4) Zur Entwicklung der Berliner Wechselkurse auf Paris vgl. Helfferich, Bd. II, a.a.O., S. 443.

(5) Vgl. Helfferich, a.a.O., Bd. I, S. 377 f., und Bd. II, S. 431.

(6) Vgl. Gutmann, a.a.O., S. 445 ff.

deutschen Banken, die sich bei der Subskription der französischen Milliardenanleihen meist in Frankenwechseln verschuldet hatten, weil sie auf Grund des günstigen Standes der deutschen Valuta hofften, diese dann vorteilhaft einlösen zu können, kauften die Fünffrankenstücke in großem Umfang auf. Auch das Reich bediente sich ihrer, als es im September 1874 einen Betrag von 800 000 Francs für die elsaß-lothringischen Bahnen an die französische Ostbahngesellschaft zahlte (1).

Infolge des anhaltend hohen Standes der französischen Valuta verschwanden die silbernen Fünffrankenstücke bis Ende 1874 fast völlig aus dem elsaß-lothringischen Geldumlauf. Es herrschte ein empfindlicher Mangel an Stücken in kleinem Nennwert, zumal auch die Silberscheidemünzen mit ausgeführt worden waren. Nur die kupfernen Centimesstücke liefen noch im gewohnten Umfang um. Die Noten der Preussischen Bank boten wegen ihrer verhältnismäßig hohen Stückelung keinen Ersatz. Insbesondere die Lohnzahlung bereitete große Schwierigkeiten, so daß ein Fabrikant in der Zeitung schrieb, "er sehe kein anderes Mittel mehr, als seine Arbeiter mit Briefmarken zu bezahlen"(2). Auch kam es "nicht selten vor, daß in Geschäftshäusern auf eingezahlte Banknoten und Goldstücke nicht herausgegeben werden konnte und daß deren Inhaber und Personal Vorübergehende um Wechslung ... angingen (3) ".

Die Reichsregierung schickte auf Grund dieser "Münzcalamität" zwar 8 Mill. Mark in goldenen 10- und 20-Markstücken, aber nur 420 000 Mark in Silber nach Elsaß-Lothringen (4), denn die Prägung der neuen Reichssilbermünzen war noch nicht in genügendem Umfang angelaufen (5). Andererseits wollte man nicht mehr größere Mengen der alten Landesmünzen nach Elsaß-Lothringen senden, da diese sich der noch bestehenden Frankenrechnung so schlecht anpaßten, daß ihre Benutzung oft nur mit Verlust möglich war. So wurde

(1) Vgl. Gutmann, a.a.O., S. 506 f.

(2) Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Deutschen Reichstages, 2. Legislatur-Periode, 2. Session 1874/75, 1. Bd., Berlin 1875, S. 73 rm.

(3) Gieseke, a.a.O., S. 39f.

(4) Vgl. Stenographische Berichte 1874/75, a.a.O., 1. Bd., S. 76.

(5) Vgl. Helfferich, Bd. II, a.a.O., S. 386.

z.B. das 1/6 Talerstück anstatt zu 62,5 im allgemeinen nur zu 60 Centimes angenommen.(1)

Aber auch sonst bereitete die fortbestehende Frankenwährung manche Schwierigkeit. Während Buch, Wechsel, Rechnung und Preise auf Franken lauteten, mußte vorwiegend in Mark, Taler und Gulden gezahlt werden. Der Geschäftsverkehr wurde durch die umständliche Umrechnung erheblich erschwert. Besonders die Bauern klagten darüber, daß sie durch die fortwährende Verwandlung der Sous in Pfennige auf eine harte Probe gestellt würden und ihre Rechenkünste den Überredungskünsten der Städter meist unterlegen seien.

11. Der gesetzliche Abschluß der Währungsumstellung

Der Abschluß der bereits weitgehend vollzogenen Währungsumstellung ging Hand in Hand mit der deutschen Geldreform, für die der staatsrechtliche Zusammenschluß und die Kriegskontributionszahlungen den Weg bereitet hatten.

Das Gesetz betreffend die Ausprägung von Reichs-Goldmünzen vom 4. Dezember 1871 (RGBl. S. 404) sowie das Münzgesetz vom 9. Juli 1873 (RGBl. S. 233) mußten durch das Gesetz wegen Einführung der Reichsmünzgesetze in Elsaß-Lothringen vom 15. November 1874 (RGBl. S. 131) gesondert auf das Reichsland ausgedehnt werden, weil dort bei Erlaß dieser Gesetze die Reichsverfassung noch nicht gültig war. Die schon längst im Reichsland umlaufenden Münzen der Markwährung erhielten nun auch hier gesetzliche Zahlkraft. Ihr Kurs wurde mit Rücksicht auf die vorangegangene Tarifierung des Francs zum Taler mit 1 Franc = 0,80 Mark festgesetzt und lag dadurch wieder etwas über der Metallparität, nach der 1 Franc = 0,81 Mark zählte (2).

Die Frankenmünzen wurden im Gegensatz zu den übrigen deutschen Landesmünzen nicht eingezogen, weil dies "auf alle Münzen französischen Gepräges (hätte) ausgedehnt werden (müssen), ohne daß eine Beschränkung auf die im Lande zu einer bestimmten Zeit kursirenden durchzuführen (gewesen) wäre" (3). Aber

(1) Vgl. Motive zum Gesetz wegen Einführung der Reichs-Münzgesetze in Elsaß-Lothringen, in: Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Deutschen Reichstages, 2. Legislatur-Periode, 2. Session 1874/75, 3. Bd., Berlin 1875, Aktenstück Nr. 16, S. 630.

(2) Vgl. Motive zum Gesetz wegen Einführung der Reichs-Münzgesetze in Elsaß-Lothringen, a. a. O., S. 630.

(3) Ebenda.

es wurde bereits die unbefristete Außerkurssetzung der Frankenmünzen für den Zeitpunkt in Aussicht gestellt, da diese im Zahlungsverkehr entbehrlich sein würden. Mit dieser Maßnahme wollte die Reichsregierung die Besitzer von Frankenmünzen veranlassen, diese beizeiten im Ausland abzusetzen (1).

Am 31. Dezember 1874 erging die Verordnung betreffend die Einführung der Reichsmarkrechnung (Ges. Bl. f. Els.-Lothr., 1875, S. 8). Danach sollte die Markrechnung zum 1. Januar 1875 "für den Verkehr bei den öffentlichen Kassen und für den allgemeinen Verkehr" eingeführt werden. Aber trotzdem benutzten noch jahrzehntelang viele Elsaß-Lothringer in Wechsel, Buch und Rechnung den Franken als Recheneinheit. "Weil die Arbeitgeber die Lohnberechnung vielfach in französischer statt in Reichswährung aufstell(t)en" (2), mußte § 115 der Gewerbeordnung noch im Jahre 1890 dahingehend ergänzt werden, daß die Löhne in Reichswährung "zu berechnen" sind. Die Privatbanken gingen sogar erst um die Jahrhundertwende dazu über, ihr Rechnungswesen auf Mark umzustellen, zumal die de facto fortbestehende Frankenrechnung für sie von einigem Vorteil war. Da nämlich die Reichsbank vom 1. Januar 1876 an keine in Elsaß-Lothringen auf Frankenwährung ausgestellte Wechsel diskontieren durfte, wurden solche Wechsel an die Privatbanken gegeben.(3)

Die französischen Silber- und Bronzemünzen wurden mit der Bekanntmachung vom 21. September 1875 (Ges. Bl. f. Els.-Lothr. S. 181) zum 1. Oktober 1875 außer Kurs gesetzt. Für die Goldmünzen war dies nicht erforderlich, da die wenigen vorhandenen Stücke von der Preußischen Bank zurückgehalten worden waren.

-
- (1) Vgl. Motive zum Gesetz wegen Einführung der Reichs-Münzgesetze in Elsaß-Lothringen, a. a. O., S. 630.

Demgegenüber hatte die Mülhausener Handelskammer angeregt, "die Substituierung am besten auf natürliche Weise durch den reichlichen Zufluß der neuen Münzen zu bewirken. Es würden somit unfehlbar die anderen Münzen allmählig aus Elsaß-Lothringen verdrängt werden, und mit Meidung der Krise, welche eine plötzliche Außerkurssetzung hervorrufen würde, nach und nach verschwinden." Kurze Bemerkungen über die Vorlage des neuen Münzgesetzes (Mülhausen 1873), S. 4.

- (2) Entwurf eines Gesetzes betreffend Abänderung der Gewerbeordnung (6. Mai 1890). Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Reichstages, 8. Legislaturperiode, I. Session 1890/91, 1. Anlagenband, Aktenstück Nr. 4, S. 17.
- (3) Vgl. v. Lumm, a. a. O., S. 81 f.

Gemäß Art. 18 des Münzgesetzes wurde das deutsche Papiergeld bis zum 1. Januar 1876 von den Ausgabeinstituten eingezogen. Die neuen Noten, die auf mindestens 100 Mark lauten mußten, wurden in Übereinstimmung mit dem Bankgesetz vom 14. März 1875 (RGBl. S. 177) ausgegeben. Die Bundesstaaten erhielten auf Grund des Gesetzes betreffend die Ausgabe von Reichskassenscheinen vom 30. April 1874 (RGBl. S. 40) Staatspapiergeld in Abschnitten zu 5, 20 und 50 Mark. Dieses wurde jedoch nicht nach Maßgabe des von den Regierungen eingezogenen Papiergeldes verteilt, sondern mit 3 Mark je Kopf der Bevölkerung. Elsaß-Lothringen, das keine Kassenscheine ausgegeben hatte, erhielt dadurch von der Reichskasse einen Zuschuß in Höhe von 4,5 Mill. Mark.

Vom 1. Januar 1876 an übernahm die Preußische Bank gemäß Titel II und IV des Bankgesetzes im gesamten Reichsgebiet die Aufgaben einer Reichsbank. Die Preußische Bankkommandite in Straßburg wurde zur Reichsbankhauptstelle erhoben, und diejenigen in Mülhausen und Metz wurden in Reichsbankstellen umgewandelt.

Die elsaß-lothringischen Banken fügten sich jedoch nur sehr langsam in das deutsche Bankwesen ein. Sie fühlten sich "als kleine Kreditinstitute eines autonomen Staates, welche die wesentlichen Elemente für das elsässische Home-Rule abgeben und die wirtschaftliche und politische Schlagkraft des Landes erhöhen sollten" (1). Erst um die Jahrhundertwende erzwang der aufkommende Wettbewerb mit deutschen Banken und dem neuentstandenen Genossenschaftswesen auch von ihnen die Anpassung an die im Reich üblichen Usancen, wozu nicht zuletzt die Verwendung der deutschen Sprache und Recheneinheit gehörte.

12. Zusammenfassende Würdigung

Oberflächlich betrachtet, könnte es den Anschein haben, als ob sich die Währungsumstellung in Elsaß-Lothringen auf Grund der herrschenden Metallwährung weitgehend automatisch abgewickelt hätte. Was aber waren die eigentlichen Ursachen dieses scheinbaren Automatismus?

Zunächst hatten die einrückenden Generäle und später der Generalgouverneur auf dem Verordnungswege eine weitgehende Währungsgleichschaltung erreichen können, d. h. der überwiegende Teil des deutschen Geldes wurde trotz der fort-

(1) Das Elsaß, Bd. II, a. a. O., S. 325.

bestehenden Frankenwährung von der einheimischen Bevölkerung zum festgesetzten Umrechnungsverhältnis in Zahlung genommen. Die Annahme des deutschen Geldes, von dem ja nur die Silbermünzen der Talerwährung gesetzliche Zahlkraft genossen, wurde im übrigen dadurch begünstigt, daß die Besatzungstruppe zunächst mit Requisition drohen konnte, daß später das deutsche Geld jederzeit von den öffentlichen Kassen und der Preußischen Bank zum festgesetzten Kurs in Zahlung genommen wurde und daß als Umrechnungsverhältnis die Münzparität gewählt worden war. Allerdings dürfte damals auf Grund der herrschenden metallistischen Geldauffassung der Gedanke auch sehr fern gelegen haben, die eigene Währung im Verhältnis zur Metallparität überzubewerten, um die Kaufkraft der deutschen Soldaten zu erhöhen. Außerdem hätte sich in diesem Fall die Arbitrage sofort des im Lande umlaufenden Frankengeldes bemächtigt, und zwar vornehmlich mittels großer Scheine, so daß der Zahlungsverkehr erheblich beeinträchtigt worden wäre.

Obleich auch bei Metallwährung die Verhältnisse der partiellen Preisniveaus zweier Länder durchaus nicht der Münzparität entsprechen (1), waren doch die daraus entstehenden Anpassungsschwierigkeiten damals bei weitem nicht so groß wie bei den noch zu behandelnden Währungsumstellungen. Einmal dauerte es verhältnismäßig lange, bis sich die wirtschaftlichen Austauschbeziehungen zwischen Elsaß-Lothringen und dem Deutschen Reich wieder normalisierten, geschweige denn auf Grund der Eingliederung entsprechend intensivierten. Zudem war die Produktion in beiden Gebieten noch längst nicht so differenziert.

Der Zustrom deutscher Zahlungsmittel nach Elsaß-Lothringen war zunächst verhältnismäßig gering (2) und kompensierte nicht einmal den durch die Kriegseignisse hervorgerufenen Geld- und Kreditmangel. Indem dann die Reichsregierung die mit der Vorauszahlung auf die Kriegskontribution erhaltenen Frankennoten in Elsaß-Lothringen in Umlauf setzte, kreditierte sie Frankreich diesen Betrag güterwirtschaftlich bis zu dem Zeitpunkt, da die Frankennoten wieder zu Zahlungen in Frankreich verwandt wurden.

(1) Vgl. hierzu die theoretischen Ausführungen auf S. 105.

(2) Als Anhaltspunkt dafür, wie gering die Ausgaben damaliger Heere waren, möge folgende Überlieferung dienen. Nach Kriegsende kaufte die französische Regierung das von den deutschen Soldaten in Frankreich ausgegebene deutsche Geld auf, um damit Kriegsentschädigungszahlungen zu leisten. Sie erlöste nur einen Gegenwert von 1 Mio. Francs! Berücksichtigt werden muß dabei allerdings, daß auch die Banken das im Kurs steigende deutsche Geld zurückhielten. (Vgl. Gutmann, a. a. O., S. 273 ff.)

Auch der sich scheinbar so automatisch vollziehende Umtausch des Frankengeldes war in Wirklichkeit mehr durch die besonderen Verhältnisse als durch die Metallwährung an sich verursacht worden. Sobald nämlich der Wechselkurs der Frankenwährung über dem Kurs des französischen Geldes in Elsaß-Lothringen lag, bedienten sich namentlich die Banken zur Bezahlung ihrer in Frankreich fälligen Verpflichtungen des in Elsaß-Lothringen umlaufenden Frankengeldes. Betroffen wurden hiervon zunächst die französischen Noten mit geringerem Nennwert als 50 Francs, nachdem diese in Elsaß-Lothringen außer Kurs gesetzt worden waren. Ihnen folgten bald auch die übrigen Frankennoten, da diese von den öffentlichen Kassen und der Preußischen Bank nicht angenommen wurden und deshalb nach Aufhebung des Zwangskurses ein Disagio erlitten, während sie in Frankreich parstanden. Schließlich wurden auch noch auf demselben Weg die französischen Münzen ausgeführt. Denn einerseits lag ihr festgesetzter Kurs in Elsaß-Lothringen sowieso schon etwas unter der Metallparität und andererseits stiegen, wie geschildert, die Wechselkurse auf Paris während der deutschen Valutakrise auf Grund der besonderen Verhältnisse sogar erheblich über den Metallausfuhrpunkt hinaus. Der ganze Prozeß wurde im übrigen noch dadurch außerordentlich beschleunigt, daß die elsaß-lothringischen und auch die deutschen Banken in großem Umfang französische Kriegsanleihen gezeichnet hatten, die sie mit dem "billigen", in Elsaß-Lothringen umlaufenden Frankengeld bezahlten, so daß dieses im wortwörtlichen Sinn bald ausverkauft war. Den Vorteil davon hatten vor allem die elsaß-lothringischen Banken, die auf Grund dieses "automatischen" Geldumtauschs ihre größten Gewinne erzielten (1).

(1) Vgl. v. Lumm, a.a.O., S. 179 ff.

III. DIE WÄHRUNGSUMSTELLUNG IN ELSASS-LOTHRINGEN 1918-1922

1. Die Außerkurssetzung des deutschen Geldes

Elsaß-Lothringen mußte auf Grund des Waffenstillstandsvertrages vom 11. November 1918 unverzüglich von den deutschen Truppen geräumt werden. Die französische Armee begann mit der Inbesitznahme des Landes am 17. November und schloß diese am 22. November mit dem feierlichen Einzug in Straßburg ab (1).

Schon während dieser Zeit litt der Zahlungsverkehr zwischen den einrückenden Soldaten und der einheimischen Bevölkerung erheblich unter der raschen Entwertung der deutschen Valuta. Die Mark, die noch am Waffenstillstandstag an der Genfer Börse mit 0,81 ffr notiert worden war, sank innerhalb einer Woche auf 0,74 ffr. Die französischen Soldaten aber wollten sie nur zu 0,60 ffr in Zahlung nehmen, um sich vor den noch drohenden Kursverlusten zu schützen. Demgegenüber verlangte die einheimische Bevölkerung, daß ihr die Mark mit einem Franken vergütet werde.(2)

Die sich daraus ergebenden Unstimmigkeiten trübten das Einvernehmen der Elsaß-Lothringer mit den von ihnen als Befreier begrüßten Franzosen. Außerdem wurde es infolge des stetig sinkenden Markkurses immer schwieriger, Elsaß-Lothringen mit den dringend benötigten ausländischen Gütern zu versorgen. Die französische Regierung entschloß sich deshalb trotz Art. 43 der Haager Landkriegsordnung vom 29. Juli 1899, die ohnedies notwendige Währungsumstellung nicht erst nach dem Friedensschluß, sondern noch während der Waffenstillstandsperiode vorzunehmen.(3)

Am 19. November arbeiteten die vereinigten Finanzkommissionen der Kammer und des Senats unter dem Vorsitz des mit den elsass-lothringischen Angelegen-

(1) Vgl. Das Elsaß, I. Bd., a.a.O., S.466 f.

(2) Vgl. ebenda, S.517.

(3) Vgl. Revue juridique d'Alsace et de Lorraine, 1^{re} année, Paris 1920, p. 10 suiv. Über die völkerrechtliche Frage vgl. Baumann, Carl, Die Valorisation in Elsaß-Lothringen und die Versicherungsverträge der schweizerischen Lebensversicherungsgesellschaften, Diss., Zürich 1928, S.46-54.

heiten betrauten Unterstaatssekretärs Jeanneney in aller Eile eine Vorlage aus. Dieser oberflächliche Entwurf, der als *arrêté* du 26 novembre 1918 relatif au régime monétaire de l'Alsace et de la Lorraine (Bulletin officiel d'Alsace et Lorraine, p. 8) vom Präsidenten des Ministerrates und Kriegsminister Clémenteau unterzeichnet wurde, war die Grundlage der Währungsumstellung in Elsaß-Lothringen.

Nach Art. 1 des Erlasses sollten die deutschen Silbermünzen und das deutsche Papiergeld ab 15. Dezember 1918 in Elsaß-Lothringen ihre gesetzliche Zahlkraft verlieren. Da man den vorgesehenen Umtausch auf das im Lande umlaufende deutsche Stückgeld beschränken wollte, wurde die Einfuhr deutscher Zahlungsmittel nach Elsaß-Lothringen ab sofort verboten.

2. Die Festsetzung des Umtauschkurses

Keines der Mitglieder der vereinigten Finanzkommissionen hatte vorgeschlagen, als Umtauschkurs den Tagekurs festzusetzen. Einige Mitglieder meinten, man solle im Verhältnis 1 : 1 umstellen, da dadurch die Bevölkerung Elsaß-Lothringens zufriedengestellt und im übrigen die Umstellung sehr erleichtert werden würde. Die Repräsentanten der beiden Provinzen widersprachen dem jedoch, da "cette mesure se traduirait en réalité par une dépréciation immédiate de 20 % du capital alsacien-lorrain alors que, lors de l'échange des francs contre des marks en 1874, ils n'avaient rien perdu, et que, du 1^{er} janvier 1874 au 1^{er} août 1914, le mark était à peu près resté à la parité du franc; ils ajoutèrent que les transactions commerciales s'effectuaient généralement sur la base de 1 mark = 1 fr. 25, et si, d'autre part, au cours des hostilités, le mark s'était fortement déprécié dans nos rapports avec l'étranger, il n'avait perdu aucune valeur à l'intérieur, car il y jouissait du cours forcé; enfin, si la dépréciation du mark provoquée par la politique allemande nécessitait une réforme monétaire, les charges de cette opération devaient être supportées, non par les Alsaciens-Lorrains, mais bien par l'Allemagne. Ces arguments firent impression sur les membres de la Commission, et celle-ci, à une forte majorité, vota le principe de la réforme monétaire immédiate sur la base de conversion de 1 fr. 25 par mark". (1)

(1) Laroche, Daniel, La valorisation du mark, Thèse, Paris 1923, p. 11 suiv.

3. Der Umtausch des außer Kurs gesetzten Geldes

Der Umtausch des außer Kurs gesetzten Geldes in französische Zahlungsmittel war völlig unter politischem Aspekt geregelt worden. "L'intention primitive semble avoir été de changer les espèces allemandes détenues par les Alsaciens et Lorrains à un cours de faveur en francs. On voulait gagner la population indigène par un don généreux qu'on lui faisait sous la forme d'un cours extrêmement favorable pour ses marcs. ... Le gouvernement, en dehors des considérations fiscales, n'ait pas voulu laisser participer à ce don de joyeuse entrée les Allemands domiciliés dans le pays." (1)

Dementsprechend sollte nur den Elsaß-Lothringern sowie den Angehörigen neutraler und alliierter Staaten, die vor dem 1. August 1914 in Elsaß-Lothringen ansässig waren, das außer Kurs gesetzte deutsche Geld im Verhältnis 1 M = 1,25 ffr umgetauscht oder, wie es allgemein genannt wurde, valorisiert werden. Dieser Kurs entsprach in etwa der theoretischen Parität der Mark, die genau 1,2345 ffr betrug.

Die Berechtigten mußten bis spätestens 6. Dezember beim zuständigen Bürgermeisteramt eine schriftliche Anmeldung mit genauer Angabe des umzutauschenden Betrages sowie einer Erklärung einreichen, daß dieses Geld nicht seit dem 11. November 1918 nach Elsaß-Lothringen eingeführt worden sei. Die über die angemeldete Summe hinausgehenden Beträge sollten nur dann zum Umtausch zugelassen werden, wenn der Besitzer ihre Herkunft und den Grund nachweisen konnte, warum sie nicht in die Anmeldung aufgenommen worden waren. Da indes die Mark noch bis zum 15. Dezember als das gesetzliche Zahlungsmittel galt, mußten sich die Antragsteller mit mehr oder minder vagen Schätzungen helfen. Meist wurde die Umtauschsumme vorsorglich etwas höher angegeben. Auch rechneten schon viele damit, Zahlungsmittel zum Valorisationskurs umtauschen zu können, die den im Lande wohnenden Deutschen gehörten oder die trotz des Verbots aus Deutschland eingeschmuggelt worden waren.

Unklarheit herrschte allerdings zunächst noch darüber, welche natürlichen und juristischen Personen als Elsaß-Lothringer anerkannt werden sollten. Erst nachdem die Anmeldefrist abgelaufen war, erging hierzu die *Décision du Sous-Secrétaire d'Etat à la présidence du Conseil* du 7 décembre 1918 relative à l'application de l'article 4 de l'arrêté du 26 novembre 1918 sur le régime

(1) Wittich, Werner, L'introduction du franc en Alsace et en Lorraine, in: *Revue d'économie politique*, 36 année, Paris 1922, p. 35.

monétaire en Alsace et Lorraine (Bulletin officiel d'Alsace et Lorraine, p.59). Danach galten als Elsässer oder Lothringer alle Personen, die im Zusammenhang mit dem Frankfurter Friedensvertrag von 1871 die französische Staatsangehörigkeit verloren hatten, sowie deren direkte Nachkommen; und zwar diese auch dann, wenn sie aus Mischehen stammten, aber in Elsaß-Lothringen geboren waren und dort wohnten. Es konnten also in einer Familie die Mutter und die Kinder valorisationsberechtigt sein, während der Ernährer wegen seiner deutschen Abstammung lediglich Anspruch auf den Tageskurs hatte. Entbehrte schon eine solche Regelung jeder praktischen Überlegung, so zwang der oberflächlich abgefaßte Wortlaut zu ganz unbeabsichtigten Folgen, wie etwa der, daß ein nach dem 20. Mai 1871 geborener Elsässer oder Lothringer nicht an der Valorisation teilnehmen durfte, wenn am 20. Mai 1871 auch nur ein Elternteil bereits gestorben war (1). Besonders willkürlich unterteilte man die juristischen Personen in Berechtigte und Nichtberechtigte. Es mußte mindestens die Hälfte aller den Führungsgremien einer Gesellschaft angehörenden Mitglieder dem bevorrechtigten Personenkreis angehören, damit die Gesellschaft an der Valorisation teilnehmen konnte. Man verkannte demnach vollkommen, daß letztlich die Besitzer der Kapitalanteile die Bevorzugten oder Benachteiligten waren.

Die Valorisationsanträge mußten von den Bürgermeisterämtern geprüft und bescheinigt werden. Diese jedoch waren einer solchen Aufgabe kaum gewachsen und handhabten sie äußerst großzügig. Allerdings durften die Bürgermeistereien nur Beträge bis zu 10000 M zur Umwechslung zulassen. Höhere Beträge mußten vom Finanzministerium in Straßburg besonders genehmigt werden (2). In einigen Fällen verschärften die kommunalen Behörden eigenmächtig die Umtauschbedingungen, wie z. B. in Erstein, wo Elsässerinnen, die mit Deutschen verheiratet waren, nicht zur Valorisation zugelassen wurden (3).

Die Zahlungsmittel sollten durch die Postanstalten, Stadt- und Gemeindekassen sowie eine Reihe besonders bekanntgegebener Banken umgetauscht werden. Jede dieser Stellen mußte an Hand der genehmigten Anträge feststellen, wie-

-
- (1) Vgl. Braun, S. C., Die Valorisation in Elsaß-Lothringen, Strasbourg (1922), S. 25.
- (2) Vgl. Königs, Paul, Die Umstellung von Mark- in Frankenwährung, Diss., Frankfurt a. M. (1922) (Maschinenschrift), S. 14 f.
- (3) Vgl. Braun, a. a. O., S. 24 (Anm.).

viel Banknoten der einzelnen Nennwerte sie benötigte, und die entsprechenden Beträge telegraphisch beim Schatzamt in Paris anfordern. Dieses schickte dann insgesamt 900 Mill. ffrs ins Land, die am 14. Dezember an die Umtauschstellen ausgehändigt wurden, so daß zum vorgesehenen Zeitpunkt mit dem Umtausch begonnen werden konnte (1).

Der Umtausch beschränkte sich auf das deutsche Papiergeld und die deutschen Silbermünzen. Da das kleinste hierfür bereitgestellte französische Geldzeichen wegen des in Frankreich herrschenden Kleingeldmangels 25 cts betrug, blieben die deutschen Scheidemünzen vorläufig zu ihrem Nennbetrag in Centimes umlaufsfähig. Der auch in Elsaß-Lothringen bestehende Mangel an Münzen in kleinem Nennwert war indessen bald behoben, denn infolge des sinkenden Kurses der deutschen Valuta lohnte es sich, Scheidemünzen von Deutschland nach Elsaß-Lothringen zu schmuggeln und in Elsaß-Lothringen zum Verhältnis 1:1 umzutauschen.(2)

Die 5- und 10-Pfennigstücke, die nicht aus Nickel waren, wurden zum 27. Juli 1919 außer Kurs gesetzt. Sie konnten in der Zeit vom 21. - 27. Juli zum Kurs 100 Pfg = 1 ffr bei den Steuerkassen, Postanstalten, Sparkassen und Gemeindekassen umgetauscht werden.(3) Die 5- und 10-Pfennigstücke aus Nickel verloren erst am 26. Juli 1920 ihre Zahlkraft. Auch sie konnten im Verhältnis 1:1 in Francs eingetauscht werden (4).

Offiziell vom Umtausch ausgeschlossen blieben alle Zahlungsmittel, die in Deutschland nicht mehr umlaufsfähig waren. Trotzdem wechselte die französische Verwaltung sowohl den Berechtigten als auch den Nichtberechtigten die Goldmünzen zum Valorisationskurs um. Durch den scheinbar günstigen Kurs veranlaßt, lieferte die elsaß-lothringische Bevölkerung ihre während des Krieges so zahlreich gehamsterten Goldmünzen nahezu vollständig ab. Auch das in Deutschland bereits außer Kurs gesetzte silberne Zweimarkstück wurde von den Steuerkassen und Postanstalten zum Preis von 1,70 ffr, also dem ungefähren Silberwert, aufgekauft (5).

-
- (1) Zur technischen Abwicklung des Geldumtausches im einzelnen vgl. die ausführliche Darstellung Königs', a. a. O., S. 16 ff.
 - (2) Vgl. Königs, a. a. O., S. 21 f.
 - (3) Arrêté du 10 juillet 1919 concernant le retrait partiel de la monnaie de billon allemande (Bulletin officiel d'Alsace et Lorraine, p. 2044).
 - (4) Arrêté du 12 juillet 1920 portant retrait de la monnaie de nickel allemande (Bulletin officiel d'Alsace et Lorraine, p. 714).
 - (5) Vgl. Königs, S. 23 ff.

Der Geldumtausch, der ursprünglich am 23. Dezember beendet sein sollte, zog sich tatsächlich bis zum 28. Dezember 1919 hin. Aber auch danach forderten noch die zahlreichen Elsaß-Lothringer, die aus Deutschland oder aus Kriegsgefangenschaft in ihre Heimat zurückkehrten, daß ihnen das mitgebrachte deutsche Geld valorisiert werden solle. Nach vielen Beschwerden wurden ihnen in der Zeit vom 15. Oktober bis 16. November 1919 die angemeldeten Beträge bis zu 2000 Mark je Person zum Valorisationskurs umgetauscht. Diese Beschränkung erwies sich als notwendig, denn viele der sogenannten Rückwanderer hatten außerordentlich große Summen eingeführt, um aus der Valorisation einen entsprechenden Gewinn zu schlagen. Nach dem 16. November 1919 hörte jeder bevorzugte Umtausch von Geld an Heimkehrende auf. (1) Da die Anmeldefrist schon im Juli abgelaufen war, wurde die Einfuhr des deutschen Geldes ab Anfang August wieder gestattet (2).

4. Die Valorisation der Bankguthaben

Die Umstellung der Bankguthaben war in den Artikeln 8, 9 und 10 des Erlasses vom 26. November 1918 geregelt worden. Danach mußten die Banken zum 30. November 1918 eine Bilanz ziehen. Die dabei festgestellten Guthaben sollten dem bevorrechtigten Personenkreis ab 15. Dezember 1918 auf Verlangen im Verhältnis 1 M = 1,25 ffr ausbezahlt werden. Um Transaktionen zu verhindern, durch die sich Nichtberechtigte in den Genuß des bevorzugten Umtauschs hätten setzen können, unterlagen alle zwischen dem 11. und 30. November verbuchten Posten der Nachprüfung, wobei die Konteninhaber die Beweislast zu tragen hatten. Die Konten der Deutschen wurden gesperrt, und nur in Ausnahmefällen durften ihnen bis zu 800 M im Monat zum Tageskurs ausbezahlt werden (3).

Die Kontenumstellung bedeutete zunächst eine erhebliche Arbeitsbelastung, von der die Sparkassen besonders stark betroffen waren, da sie nicht den engen Kontakt zur Kundschaft hatten wie die Kleinbanken. So mußte z. B. die Straßburger Sparkasse 14 000 Konten umstellen und sich von jedem einzelnen Inhaber die Legitimationskarte vorlegen lassen (4).

(1) Vgl. Königs, a. a. O., S. 25.

(2) Arrêté du 5 août 1919 autorisant l'importation en Alsace et Lorraine de la monnaie divisionnaire, des billets de Banque et de tous autres instruments monétaires allemands autre que billon (Bulletin officiel d'Alsace et Lorraine, p. 2229).

(3) Vgl. Königs, a. a. O., S. 34.

(4) Vgl. ebenda, S. 32 f.

Wesentlicher jedoch war die Frage, wer den Banken die zur Auszahlung notwendigen Geldbeträge zur Verfügung stellen sollte. Darüber aber enthielt der Valorisationserlaß nichts. Und es scheint, daß die Tragweite der Valorisation den verantwortlichen Stellen überhaupt erst klar wurde, nachdem die Banken am 12. Dezember ihre Bilanzen dem Finanzministerium in Straßburg eingebracht hatten. Nun zeigte sich nämlich, daß die elsaß-lothringischen Banken ihre Aktiva überwiegend in deutschen Werten angelegt hatten und daß sie auf Grund des allgemeinen Verbots, mit Deutschland wirtschaftliche Beziehungen zu unterhalten, diese nicht einmal zum Tageskurs realisieren konnten. Das Schatzamt war von der Höhe der durch die Banken zur Valorisation angemeldeten Summe so überrascht, daß es sich einfach weigerte, die hierfür notwendigen Mittel zur Verfügung zu stellen.(1)

Die Banken kümmerten sich nun gar nicht mehr um die Verpflichtung des Erlasses, die Guthaben der Bevorrechtigten auf Verlangen zum Valorisationskurs auszuzahlen. Verlangte ein Depositengläubiger von seiner Bank Rückzahlung, so räumte ihm diese auf Grund seines Markguthabens einen Frankenkredit ein. Das für die Auszahlung erforderliche Bargeld besorgten sich die Banken durch Selbsthilfe. Sie gründeten ein Syndikat mit 300 000 ffrs Grundkapital. Dieses garantierte die Finanzwechsel der Banken, so daß sie bei der Banque de France diskontiert werden konnten.(2) Infolge der umständlichen Beschaffungsart mußte der Depositengläubiger den Kredit mit 6 bis 7 % verzinsen, während er für sein unverwertbares Markguthaben keinen Zins erhielt (3).

Handel und Gewerbe, die gerade in der wirtschaftlichen Übergangszeit ihrer liquiden Mittel dringend bedurften, litten unter diesen Verhältnissen besonders stark. Aber auch die Banken waren in einer mißlichen Lage. Wußten sie doch nicht, wie hoch sie ihre Aktiva überhaupt noch bewerten konnten. Es war deshalb höchste Zeit, als der neuernannte Hohe Kommissar Millerand, der spätere Ministerpräsident Frankreichs, durch sein energisches Eingreifen die französische Kammer veranlaßte, den einmal eingeschlagenen Weg der Valorisation auch zu Ende zu gehen (4).

(1) Das Elsaß, a. a. O., II. Bd., S. 333.

(2) Vgl. Königs, a. a. O., S. 37 ff.

(3) Vgl. Weil, Bruno, Die Einführung der französischen Währung in Elsaß-Lothringen, Berlin (1921), S. 5.

(4) Vgl. Millerand, Alexandre, Le retour de l'Alsace-Lorraine à la France, Paris 1923, p. 32 suiv.

Und zwar hatte das französische Schatzamt auf Grund des Gesetzes vom 23. April 1919 (1) ein Spezialkonto für den Umtausch des deutschen Geldes zu eröffnen, das sich im Besitz der Elsaß-Lothringer, der heimkehrenden französischen Kriegsgefangenen und der Bewohner der befreiten französischen Gebiete befand. Die Ausgaben, die Frankreich durch den Bargeldumlauf und durch die Valorisation der Bankguthaben hatte, sowie die mit dem Umtausch verbundenen Kosten sollten bis zu einem Gesamtbetrag von 2,25 Md. ffrs auf der Debetseite verbucht werden. Auf der Creditseite sollten diese Beträge als Ersatzforderung gegenüber Deutschland, und zwar zum Kurs 1,25 ffr = 1 M erscheinen.

Der Versailler Friedensvertrag (2) vernichtete dann allerdings das erhoffte ungefähre Gleichgewicht im Spezialkonto. Für die Schuldenregelung zwischen Elsaß-Lothringen und dem Deutschen Reich mußte nämlich nicht wie allgemein der Vorkriegskurs, sondern nach Art. 72 der Durchschnittskurs angewendet werden, der an der Genfer Börse in dem Monat vor dem 11. November 1918 notiert worden war, d. h. also anstelle der Parität von 1,23 ffr je Mark nur 0,8134 ffr. Dadurch wurde die Deutschland zugedachte Belastung der Valorisation zum Teil auf Frankreich abgewälzt.

Die elsaß-lothringischen Banken erhielten nun zinslose Vorauszahlungen in Höhe von 60 % des Betrages, den sie benötigten, um die Guthaben zum Valorisationskurs auszuzahlen. Diese Gelder genügten den Banken, um die seither blockierten Guthaben freizugeben, so daß das wirtschaftliche Leben in Elsaß-Lothringen wieder seinen gewohnten Gang nehmen konnte (3). Die Filialen der deutschen Banken, die inzwischen unter Sequester gestellt worden waren, erhielten allerdings noch keine Vorauszahlungen, so daß die Sequesterverwalter noch nicht in der Lage waren, die Guthaben zum Valorisationskurs auszuzahlen (4).

-
- (1) Loi du 23 avril 1919 portant ouverture d'un compte spécial pour l'échange des monnaies allemandes appartenant à des Alsaciens et Lorrains, des prisonniers de guerre français et des Habitants des régions libérées (Journal officiel de la République Française, p. 4225).
 - (2) Der Text des am 28. Juni 1919 unterzeichneten Friedensvertrages wurde veröffentlicht mit Gesetz über den Friedensschluß zwischen Deutschland und den alliierten und assoziierten Mächten vom 16. Juli 1919. RGBl. S. 687.
 - (3) Vgl. Wittich, a. a. O., S. 514 f.
 - (4) Vgl. Braun, a. a. O., S. 15.

5. Die Umstellung der Schuldverhältnisse

Die Umstellung der Schuldverhältnisse war in Art. 11 des Erlasses vom 26. November 1918 geregelt worden. Danach mußten mit Wirkung vom 1. Dezember 1918 alle auf Mark lautenden Verträge, die Elsaß-Lothringer und Franzosen mit- oder untereinander abgeschlossen hatten, im Verhältnis 1 M = 1,25 ffr auf Franken umgestellt werden.

Ebenso wie bei dem Umtausch des Stückgeldes und der Valorisation der Bankguthaben zeigte sich auch bei der Umstellung der Schuldverhältnisse, wie oberflächlich der Erlaß abgefaßt worden war. Dem Wortlaut nach hätten nämlich alle andern Schulden als Vertragsschulden, wie z.B. Delikt-, Testaments- und Schadenersatzansprüche, ausgeschlossen sein müssen. Die Gerichte entschieden dann allerdings in verschiedenen Fällen gegenteilig (1). Außerdem blieben nach dem Wortlaut des Erlasses die Neutralen und die Alliierten, denen der Umtausch des baren Geldes zum Valorisationskurs gestattet worden war, von der Regelung der Schuldverhältnisse ebenso ausgenommen wie die Deutschen, die man einerseits von der Valorisationsvergünstigung ausschließen wollte, die man aber deshalb andererseits auch nicht verpflichten konnte, ihre Schulden zum Valorisationskurs zu zahlen. So mußte sich Vor- und Nachteil in höchst ungerechter und bunter Reihenfolge mischen, wobei nicht zuletzt auch die Elsaß-Lothringer die Geschädigten waren.

Die Verwaltung zwang dann allerdings unter Berufung auf das Recht des Siegers und den Zweck der Valorisation die Deutschen, ihren Verpflichtungen zum Valorisationskurs nachzukommen. So mußten diese die rückständigen Steuern alle zum Kurs von 1,25 bezahlen, während sie die Steuerrückzahlungen sowie Zinsen und Amortisationen aus den elsäß-lothringischen Kommunal- und Staatsanleihen nur zum Tageskurs vergütet bekamen. Vielfach beglichen die Deutschen auch infolge der unklaren Verhältnisse ihre Mieten, Darlehen, Arzt- und Apothekerrechnungen zum Kurs von 1,25 ffr (2).

In einigen Fällen war die wirtschaftliche Lage der Betroffenen allerdings dermaßen schlecht, daß man sie gar nicht von der Valorisation ausschließen konnte. So entschied z.B. der Straßburger Gemeinderat, daß die Pensionen auch an die Deutschen im Verhältnis 1 M = 1,25 ffr ausbezahlt werden sollten, weil die zum Tageskurs umgerechneten Pensionen nicht zum Leben ausgereicht hätten (3).

(1) Vgl. Braun, a.a.O., S. 19.

(2) Vgl. Weil, a.a.O., S. 19 f.

(3) Vgl. Braun, a.a.O., S. 20 f.

Um die sich aus Art. 11 des Erlasses vom 26. November 1918 für die Elsaß-Lothringer ergebenden Schwierigkeiten wenigstens zu einem Teil zu beheben, erließ Millerand das *arrêté* du 4 avril 1919 relatif aux conditions d'application de l'article 11 de l'arrêté du 26 novembre 1918 relatif au régime monétaire de l'Alsace et de la Lorraine (Bulletin officiel d'Alsace et Lorraine, p. 530). Durch diesen Nachtragserlaß wurde die Umrechnung zum Kurs von 1,25 ffr auf alle Schuldverhältnisse ausgedehnt, die zwischen Alliierten, Neutralen oder Elsaß-Lothringern bestanden, soweit die Alliierten und Neutralen bereits vor dem 1. August 1914 in Elsaß-Lothringen ansässig gewesen waren. Ferner mußten nunmehr alle noch nicht fälligen, aber in Elsaß-Lothringen begründeten Schuldverhältnisse, in denen ein in Elsaß-Lothringen wohnhafter Angehöriger eines ehemaligen Feindstaates gegenüber einem Elsaß-Lothringer, Franzosen, Alliierten oder Neutralen in Mark verpflichtet war, zum Valorisationskurs beglichen werden.

Obwohl der Wortlaut des Erlasses jede Rückwirkung ausschloß, wurden von elsaß-lothringischer Seite fortgesetzt Anstrengung gemacht, um zu beweisen, daß auch die vor dem 15. April 1919 fällig gewordenen Schuldverhältnisse von den Deutschen zum Valorisationskurs in Franken zu bezahlen seien. Die französischen Gerichte entschieden jedoch ausdrücklich, daß eine Rückwirkung nicht in Frage komme.

Allerdings konnte man nur die im Lande wohnenden Deutschen dazu verpflichten, ihre Schulden zum Valorisationskurs zu bezahlen. Für die zwischen Elsaß-Lothringern und in Deutschland wohnhaften Deutschen bestehenden Schuldverhältnisse war nach Art. 72 des Friedensvertrages das in Art. 296 geregelte Ausgleichsverfahren zuständig.

Hiernach mußten sich die elsaß-lothringischen Gläubiger und Schuldner an das in Straßburg errichtete Ausgleichsamt (1) wenden. Dieses zog die Schulden zum Valorisationskurs ein und zahlte auch die Forderungen zum Valorisationskurs aus. Insgesamt wurden bis Ende 1922 von elsaß-lothringischer Seite 2276 Mill. ffr, von deutscher Seite dagegen nur 314 Mill. ffr angemeldet (2).

(1) Décret du 31 mars 1920 organisant l'Office de vérification et de compensation de Strasbourg (Bulletin officiel d'Alsace et Lorraine, p. 495).

(2) Vgl. Nussbaum, Arthur, Das Ausgleichsverfahren, Ein Beitrag zur Kritik des Versailler Vertrages und seiner Durchführung, in Reihe: Recht und Staat in Geschichte und Gegenwart, Heft 25, Tübingen 1923, S. 6 (Anm.).

Da der Saldo gegenüber Deutschland gemäß Art. 72 des Friedensvertrages nur zum Kurs von 0,8134 ffr je Mark abgerechnet wurde, entstand für das französische Schatzamt aus der Valorisation der Schuldverhältnisse ein entsprechender Verlust.

6, Der gesetzliche Abschluß der Valorisation

Schon im Juni 1920 hatten 20 Abgeordnete der französischen Kammer einen Resolutionsantrag eingereicht, der eine Teillösung der noch bestehenden Valorisationsprobleme anstrebte. Die darin gemachten Vorschläge wurden jedoch nicht weiter bearbeitet, da man auf eine Gesamterledigung bedacht war.

In erster Linie sollten den Banken die zur Auszahlung der Guthaben benötigten Gelder gewährt werden. Denn die Banken hatten erst 60 % der zur Valorisation genehmigten Beträge vom Staat erhalten und konnten damit auf die Dauer nicht bestehen. Am 31. Juli 1920 wurde erstmals ein Gesetzentwurf beraten, der nur eine den notwendigsten Anforderungen entsprechende Lösung darstellte. Hierbei wurde besonders betont, daß sich die vorgesehenen Ausgaben auch volkswirtschaftlich rechtfertigen würden, weil man jetzt mit noch verhältnismäßig wenig Mitteln die elsaß-lothringische Wirtschaft vor größeren Schäden bewahren könne. Trotzdem wurde der Entwurf erst am 24. Dezember 1921 von der Kammer und am 13. Juni 1922 vom Senat angenommen und schließlich als loi du 22 juin 1922 relative à la réforme monétaire en Alsace et Lorraine (Bulletin officiel d'Alsace et Lorraine, p. 716) verkündet.

In diesem Gesetz wurde der Minister der Finanzen ermächtigt, den Banken die restlichen 40 % der für die Valorisation der Guthaben notwendigen Mittel zur Verfügung zu stellen. Da es indes an den hierfür erforderlichen Geldern mangelte, erhielten die Banken Obligationen mit 10-jähriger Laufzeit und einer Verzinsung von 5 %. Die Ausgabe dieser "Obligations de la Défense Nationale" wurde durch das décret du 5 septembre 1922 (Journal officiel, 7 septembre 1922, p. 9199) im Gesamtbetrag von 270 Mill. ffr und zum Emmissionskurs von 94,83 genehmigt. Die Obligationen mußten zu 25 % des jeder Bank gewährten Vorschusses auf den Namen lauten. Diese Namensobligationen durften erst veräußert werden, wenn das Ausgleichsamt Straßburg der Staatskasse die Beträge überwiesen hatte, die es auf Grund der Regelung des Friedensvertrages von den deutschen Schuldnern der elsaß-lothringischen Banken erhielt.

Ferner wurden durch das Gesetz vom 22. Juni 1922 die Personen in die Valorisation einbezogen, die vor dem 1. August 1914 in Elsaß-Lothringen wohnhaft gewesen waren, während des Krieges aber in der französischen Armee gedient hat-

ten oder von den deutschen Behörden evakuiert, deportiert oder ausgewiesen worden waren. Nur mußten sie nachweisen, daß ihr Guthaben vor dem 11. November 1918 aus Elsaß-Lothringen ausgeführt worden war, ohne zu Handels- oder Finanzspekulationen verwendet worden zu sein.

Des weiteren sollten die elsaß-lothringischen Sparkassen mit Gemeindebürgerschaft, die Postscheckämter in Straßburg und Metz sowie die Sparkasse der elsaß-lothringischen Eisenbahnbeamten Vorschüsse auf ihre Rückstände an deutschem Vermögen erhalten.

Schwierige Markaufwertungskämpfe hatte die Bank für Boden- und Kommunkredit in Elsaß-Lothringen (Crédit Foncier et Communal d'Alsace et de Lorraine) zu führen. Ihre Pfandbriefe befanden sich fast ausschließlich in einheimischen Händen, während sie einen großen Teil der Hypotheken nach Deutschland gegeben hatte. Das Ergebnis der Verhandlungen war eine Konvention, die als Anlage zu dem Gesetz vom 22. Juni 1922 verkündet wurde. Darin verpflichtete sich der französische Staat, der Bank für Boden- und Kommunkredit einen Vorschuß in Höhe von 165 865 046 ffr zu zahlen, der von 1919 bis 1963 mit halbjährlichen Raten zu 4 314 358 ffr abzutragen war.

Als das gesetzliche Anerkenntnis des Valorisationskurses kann die Bestimmung im Art. 11 des Gesetzes über die Einführung der Zivilgesetzgebung (1) und im Art. 9 des Gesetzes über die Einführung der Handelsgesetzgebung (2) aufgefaßt werden. Nach dieser sollte die Mark in den in Kraft belassenen Gesetzen des Lokalrechts durch den Franken ersetzt werden auf der Wertbasis 1 M = 1,25 ffr.

Obgleich für die Regelung von Sonderfällen in Paris eine Kommission gebildet worden war, blieben doch zuletzt immer noch einzelne Personengruppen das Opfer der ohne Verständnis für die wirtschaftlichen Zusammenhänge und zudem juristisch äußerst unklar formulierten Valorisationsbestimmungen.

(1) Loi du 1^{er} juin 1924 mettant en vigueur la législation civile française dans les départements du Bas-Rhin, du Haut-Rhin et de la Moselle (Journal officiel, No. 151, 3 juin 1924, p. 5 025).

(2) Loi du 1^{er} juin 1924 portant introduction des lois commerciales françaises dans les départements du Haut-Rhin, du Bas-Rhin et de la Moselle (Journal officiel, No. 151, 3 juin 1924, p. 5 043).

7. Die Preisangleichung

Während des Einmarsches der französischen Truppen in Elsaß-Lothringen hatten die einheimischen Geschäftsleute den Franken allgemein im Verhältnis 1 : 1 in Zahlung genommen. Sie hatten diesen Umrechnungssatz gewählt, weil er in etwa dem Preisverhältnis zwischen den für sie damals vergleichbaren Gütern entsprach, weil er im übrigen nahezu genau in der Mitte zwischen der Vorkriegsparität der Mark in Höhe von 1,23 ffr und dem derzeitigen Genfer Börsenkurs von 0,80 ffr je Mark lag und weil - last not least - dieser Umrechnungssatz rechnerisch besonders einfach war. Damit blieb also auch der Nennbetrag in der Preisauszeichnung vorläufig derselbe.

Als mit dem Valorisationserlaß vom 26. November 1918 der Umstellungssatz auf 1,25 ffr je Mark festgelegt wurde, setzte man die Preise allgemein um ein Viertel ihres Nennbetrages höher fest, und zwar in Franken. Durch die wirtschaftlichen Austauschbeziehungen zum übrigen Frankreich, die keinerlei Beschränkungen unterworfen waren, glichen sich dann die elsaß-lothringischen Preise sehr rasch an die meist etwas höheren französischen Preise an, ohne daß es indes zu nennenswerten Preissteigerungen kam. So ergaben sich für die von der Statistik damals erfaßten Frankenpreise folgende Relationen zu den letzten, in Elsaß-Lothringen notierten Markpreisen (1):

je 100 kg	Mark	Francs	Mark : Francs
Weizen	30	41,90	1 : 1,39
Roggen	28	39,40	1 : 1,40
Gerste	33	37,50	1 : 1,13
Hafer	40	42,50	1 : 1,06
Bohnen	60	87,50	1 : 1,45
Mais	26	56,25	1 : 2,16
Kartoffeln	12	25,00	1 : 2,08

(1) Quelle: Annuaire Statistique (Bas-Rhin, Haut-Rhin, Moselle) Nouvelle Série, Premier Volume, 1919 / 1931, Strasbourg 1932, p. 302.

Anfang 1919 stiegen dann allerdings die Preise insbesondere der Industriegüter dermaßen stark an, daß die durch die Währungsumstellung in Elsaß-Lothringen verursachten Preisanpassungsprobleme als solche gar nicht mehr in Erscheinung traten. So erhöhte sich in Elsaß-Lothringen der Index für insgesamt 32 Industriegüter, der im Mai 1919 auf 338 stand (Basis 1914), im Jahr 1920 auf 601.(1)

8. Der Anschluß an den französischen Markt

Die Trennung der elsaß-lothringischen Wirtschaft vom deutschen Markt und ihr Anschluß an den französischen wurde durch die damals herrschenden Verhältnisse außerordentlich begünstigt. Schon während der Besetzung war Frankreich darauf bedacht gewesen, die "heimgekehrten" Elsaß-Lothringer in möglichst großem Umfang mit Lebensmitteln, insbesondere auch mit dem langentbehrten Weißbrot, zu versorgen. Ebenso wurde die einheimische Industrie verhältnismäßig rasch mit den notwendigen Rohstoffen ausgestattet. Bald erfreuten sich Handel und Gewerbe eines ständig wachsenden Absatzes zu steigenden Preisen. Besonders groß aber war die Nachfrage aus dem übrigen Frankreich, da ein großer Teil der französischen Konkurrenzindustrien, namentlich die Textilindustrie, in dem durch den Krieg verwüsteten Gebiet lagen. Vielfach konnten die elsaß-lothringischen Betriebe die Nachfrage der Pariser Handelshäuser gar nicht befriedigen. Auf Grund dieser Marktlage und der fortschreitenden Marktentwertung erreichte die Ausfuhr nach Deutschland kaum 10 % des Vorkriegsumfanges (2), obwohl in Art. 68 des Friedensvertrages festgelegt worden war, daß die elsaß-lothringischen Erzeugnisse für 5 Jahre bei der Einfuhr nach Deutschland **Zollfreiheit genießen sollten.**

Die Konkurrenzfähigkeit vieler elsaß-lothringischer Betriebe auf dem französischen Markt wurde dann in der Folgezeit noch gesteigert, indem deren Unternehmer die sequestrierten altreichsdeutschen Betriebe der gleichen Branche zu Preisen erwarben, die weit unter dem tatsächlichen Gesamtwert lagen. Denn die betreffenden Unternehmer schalteten damit nicht nur unbequeme Wettbewerber aus, sondern errangen auch in zunehmendem Maße die aus der Massenproduktion erwachsenden Kostenvorteile.

Während Elsaß-Lothringen also sehr bald in Frankreich ein neues Absatzgebiet gefunden hatte, bezog es einen großen Teil der benötigten Güter auch weiter-

(1) Vgl. *Annuaire Statistique*, loc. cit., p.301.

(2) Vgl. *Das Elsaß*, a.a.O., II. Bd., S.353.

hin aus Deutschland. Denn die deutschen Erzeugnisse waren trotz der verhältnismäßig hohen französischen Schutzzölle und der stark gestiegenen deutschen Preise immer noch billiger als die einheimischen, da der Kurs der deutschen Valuta wesentlich schneller fiel, als die deutschen Preise stiegen. Erst nachdem Frankreich auf Grund dieser Verhältnisse am 28. März 1921 seine Zölle um 400 % erhöht hatte, wandten sich die Elsaß-Lothringer vom deutschen Markt ab. Als Ersatz für die deutschen Bezugsquellen entwickelten sich im Schatten der französischen Zollmauern in Elsaß-Lothringen neue Industriezweige, wie z.B. für Kunstseide, Spielwaren und Alkoholika.

Schon 1925 zeigte sich jedoch, daß die jahrzehntelang nach Deutschland orientierte elsass-lothringische Wirtschaft nicht nachhaltig nach dem Westen umgebo-gen worden war, sondern daß lediglich auf Grund der anomalen Nachkriegsverhältnisse die tatsächlich fortbestehenden Umstellungsprobleme nicht in Erscheinung getreten waren. Nach dem Wiederaufbau der zerstörten französischen In-dustrien erwies sich der Absatzmarkt Frankreichs für die erweiterten elsass-lothrin-gischen Kapazitäten bald als zu eng. Hinzu kam, daß zur gleichen Zeit die Wettbewerbsfähigkeit auf dem deutschen Markt schlagartig nachließ, da die im Friedensvertrag festgesetzte Zollfreiheit im Januar 1925 ablief. Auch machte sich nun die Austreibung der altreichsdeutschen Unternehmer nachteilig be-merkbar, da dadurch wertvolle Handelsbeziehungen nach Deutschland abgeris-sen waren. Auf Grund dieser Notlage wurde 1927 der Deutsch-Französische Han-delsvertrag abgeschlossen, der Elsaß-Lothringen noch einmal für eine kurze Zeit erhöhte Absatzchancen in Deutschland einräumen sollte.

9. Die Gründe für das Mißlingen der Valorisation

Bei der Konzeption der einzelnen Valorisationsbestimmungen vereinigten sich politische Unvernunft, schludrige Diktion und vor allem eine erschreckende Unkenntnis über selbst einfachste wirtschaftliche Zusammenhänge.

Allerdings war es kein Fehler, obwohl immer wieder das Gegenteil behauptet wurde (1), daß man die Währungsumstellung sofort vornahm. Angesichts der herrschenden Verhältnisse und der vorauszusehenden weiteren Entwicklung blieb Frankreich gar keine andere Wahl. Das Geld, über das die einmarschierenden Soldaten verfügten, konnte seine Funktion als Zahlungsmittel in Elsaß-Lothrin-gen nur erfüllen, wenn es in eine feste Relation zu der dort gültigen Währung gesetzt wurde, wie dies 1870 auch von deutscher Seite geschehen war. Infolge

(1) Vgl. Weil, a.a.O., S.72.

der katastrophalen Entwertung der deutschen Valuta kam diese Übergangslösung jedoch nicht in Frage, denn selbst wenn man die Annahmepflicht für das deutsche Geld hätte durchsetzen können, so wäre doch nicht zu verhindern gewesen, daß die Spekulation das Frankengeld zum günstigeren Festkurs gegen Mark aufgekauft und ausgeführt hätte. Außerdem aber, und das war wohl der Hauptgrund für die sofortige Währungsumstellung, konnte Frankreich das zurückgewonnene Gebiet nur dann vor dem Schicksal, das der deutschen Volkswirtschaft drohte, bewahren, wenn es Elsaß-Lothringen aus dem deutschen Währungsbereich herauslöste.

Grundsätzlich war es auch kein Fehler gewesen, daß man als Umrechnungssatz nicht den unrealistischen Genfer Börsenkurs, sondern die abgerundete Vorkriegs-parität des Franken zur Mark gewählt hatte. Die eigentliche Ursache für das Mißlingen der Valorisation wurzelte vielmehr in der falschen Auffassung, die man in Frankreich von der Valorisation hatte. Denn die Verfasser des Valorisationserlasses vom 26. November 1918 sahen nur das rein finanzielle Problem, das sich aus der Differenz zwischen dem Umtauschkurs und dem Kurs, zu welchem Frankreich das deutsche Geld verwerten konnte, ergab. Um die heimkehrenden Elsässer und Lothringer zu gewinnen, wurde der Aufwertungsverlust zu Lasten Frankreichs genommen. Andererseits wollte man die im Lande lebenden Deutschen, insbesondere eben auch aus finanziellen Gründen, nicht an diesem Einstandsgeschenk teilhaben lassen. Ungeachtet der Tatsache, daß erst der Friedensvertrag in der Staatsangehörigkeitsfrage endgültiges Recht schaffen sollte und daß eine Trennung nach zur Valorisation berechtigten und nichtberechtigten Person bei Mischehen und bei juristischen Personen sinnlos war, unterschied man zwischen Deutschen und Elsaß-Lothringern und schloß die Deutschen vom bevorrechtigten Umtausch des Stückgeldes aus. Da indes der Genfer Börsenkurs infolge der außerordentlichen Verhältnisse weit unter der Verbrauchergeld-Parität lag und überdies die Preise zunächst *uno actu* mit den Zahlungsmitteln "aufgewertet" wurden, entzog man in Wirklichkeit den Deutschen kein Geschenk, sondern schränkte vielmehr deren Kaufkraft entsprechend ein.

Im übrigen vergrößerte die planlos arbeitende französische Finanzverwaltung ihrerseits den Valorisationsverlust noch ganz erheblich, indem sie die eingetauschten deutschen Zahlungsmittel, anstatt diese sofort zum geltenden Wechselkurs umzutauschen, bis zu ihrer völligen Entwertung durch die deutsche Inflation in den Kellerräumen der Depositenverwaltung in Straßburg liegen ließ.

Auch die Bankguthaben sollten grundsätzlich in der gleichen Weise wie das Stückgeld valorisiert werden. Jedoch hatte man vollkommen übersehen, daß die Banken einen großen Teil ihrer Aktiva in Deutschland angelegt hatten und daß damit die Valorisationskosten nicht, wie ursprünglich angenommen, 1 Md. ffr, sondern mindestens 2,25 Md. ffr betragen würden. Da das Finanzministerium die Valorisation nur unter dem Gesichtspunkt der entstehenden Kosten betrachtete, stellte es die Zahlungen ein. Aber eine Währungsumstellung ist, volkswirtschaftlich gesehen, zum wenigsten eine Kostenfrage. Auf Grund der mangelnden Konsequenz in der Valorisation wurde die Liquidität von Handel, Gewerbe und Banken sowie die Kaufkraft der Konsumenten empfindlich eingeschränkt. Außerdem mußte dadurch eine große Unsicherheit in den wirtschaftlichen Dispositionen entstehen, da viele Unternehmer nicht wußten, wie hoch sie ihr Vermögen überhaupt noch ansetzen konnten.

Wie unsinnig es aber war, die Deutschen bei der Valorisation zu diskriminieren, zeigte sich besonders bei der Umstellung der Schuldverhältnisse. Konsequenterweise war auch hier der deutsche Gläubiger von der Valorisation ausgeschlossen worden. Er sollte also seine Forderung nur zum jeweiligen Tageskurs vergütet erhalten. Andererseits konnte man aber nicht verlangen, daß der deutsche Schuldner seinen Verpflichtungen zum Valorisationskurs nachkam. Auf Grund dieser Regelung waren jedoch nicht nur Deutsche, sondern auch Elsaß-Lothringer die Leidtragenden. Die sich hieraus ergebenden Ungerechtigkeiten mußten um so größer werden, je mehr sich der Tageskurs vom Valorisationskurs entfernte, zumal viele der Schuldverhältnisse, wie etwa Mietverträge, sich nicht in einer einmaligen Zahlung erschöpften. Der Erlaß vom 4. April 1919 sollte den einmal begangenen Fehler wenigstens hinsichtlich der noch fortdauernden Schuldverhältnisse beheben, indem auch die Deutschen mit in die Valorisation der Schuldverhältnisse einbezogen wurden. Zweifellos benachteiligte man mit dieser Bestimmung wiederum den deutschen Schuldner, der ja weder sein Guthaben noch sein Stückgeld valorisiert bekommen hatte. Aber die Verfasser des Erlasses waren wohl von dem Gedanken ausgegangen, die inzwischen vergangene Zeit habe ausgereicht, um den im Lande gebliebenen Deutschen wenigstens einigermaßen die Angleichung an die neugeschaffenen Verhältnisse zu gestatten. Sie mußten also, wenn sie weiter im Lande bleiben wollten, alle daraus entspringenden Konsequenzen tragen, wozu auch gehörte, daß sie ihren Verpflichtungen zu den für die Elsaß-Lothringer gültigen Bedingungen nachkämen.

IV. DIE WÄHRUNGSUMSTELLUNG IN ÖSTERREICH 1938/39

1. Kapitalflucht und Stückgeldhortung

Im Berchtesgadener Abkommen vom 11. Februar 1938 hatte Schuschnigg unter starkem Druck Hitlers den österreichischen Nationalsozialisten entscheidende Zugeständnisse gemacht. Die jüdische Bevölkerung Österreichs befürchtete deshalb das Schlimmste, und viele bereiteten sich darauf vor, auszuwandern (1). Es setzte "plötzlich eine außerordentlich starke Kapitalflucht ein, die zu einem erheblichen Absinken der österreichischen Anleihwerte in der Schweiz und in London sowie im übrigen Ausland führte. Schillingnoten wurden in großen Mengen schwarz über die Grenze gebracht, so daß eine Notierung ... nicht mehr stattfinden konnte". (2)

Angesichts dieser Entwicklung rechnete man in Österreich allgemein mit einer baldigen Auszahlungssperre für Banken und war deshalb bestrebt, einen genügenden Betrag in Stückgeld zu halten. Der ausgewiesene Notenumlauf stieg infolge der lawinenartig zunehmenden Abhebungen um 235 Mill. S auf 1 062 Mill. S an. Die Banken konnten aber dem Run widerstehen, denn seit der Bankenkrise von 1931 hatten sie in großem Umfang Reserven bei der Notenbank unterhalten, die nun überaus vorsorglich abgerufen wurden. (3)

2. Der Militärkurs der Reichsmark

Auf Grund der von Schuschnigg angesetzten Volksabstimmung nahmen die Ereignisse einen unerwartet schnellen Verlauf. Im Morgengrauen des 12. März 1938, einem Sonnabend, marschierte die 8. deutsche Armee unter dem Jubel der österreichischen Bevölkerung friedensmäßig in Österreich ein. Die wirtschaftlich relevanten Weisungen für dieses Unternehmen waren erst am Vortag vom Wehrwirtschaftsstab des Oberkommandos der Wehrmacht ausgearbeitet

(1) Vgl. die Aufzeichnung über einen Bericht Papens, in: Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918 - 1945. Aus dem Archiv des deutschen Auswärtigen Amtes, Serie D (1937 - 1945), Bd. I: Von Neurath zu Ribbentrop (September 1937 - September 1938), Baden-Baden 1950, Nr. 309, S. 436.

(2) Lagebericht Veessenmeyers, ebenda, Nr. 313, S. 439.

(3) Vgl. Monatsberichte des Österreichischen Institutes für Konjunkturforschung, 12. Jg., Wien 1938, S. 86.

worden. "Danach soll(te) auf Vorschlag Schachts nicht requiriert werden, sondern alles auf Basis 2 Schilling = 1 RM in Reichsmark bezahlt werden." (1)

Im Gegensatz dazu hatte die wenige Stunden vor dem deutschen Einmarsch ernannte österreichische Regierung Seyß-Inquart alle öffentlichen Kassen angewiesen, den deutschen Truppen die Reichsmarkzahlungsmittel im Verhältnis 1 RM = 1,35 S umzutauschen (2). Durch dieses Umrechnungsverhältnis, das unter Zugrundelegung der Lebensmittelpreise in etwa der Verbrauchergeldparität entsprochen haben dürfte, sollte einem Ausverkauf Österreichs vorgebeugt werden.

Einzelhandelspreise in Wien und München im März 1938

Ware (kg, 1, St.)	Wien (S) (3)	München (RM) (4)	RM : S
Brot	0,63	0,38	1 : 1,66
Weizenmehl . . .	0,68	0,44	1 : 1,55
Reis	0,64	0,46	1 : 1,39
Erbsen	0,80	0,68	1 : 1,18
Kartoffeln	0,12	0,09	1 : 1,33
Rindfleisch ^{+) . .}	2,80	1,62	1 : 1,73
Schweinefleisch .	3,40	1,60	1 : 2,13
Butter	4,60	3,02	1 : 1,52
Milch	0,45	0,24	1 : 1,88
Eier	0,11	0,12	1 : 0,92
Zucker ^{++)}	1,26	0,76	1 : 1,66

^{+) in München mit Knochen}

^{++) in Wien Würfelzucker}

- (1) Protokoll der Besprechung des Wehrwirtschaftsstabes, in: Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Gerichtshof Nürnberg, 14. November 1945 - 1. Oktober 1946, Nürnberg 1947 - 1949 (im folgenden zitiert als IMT), Bd. XXXVI, Dokument 421-EC, S. 501.
Vgl. auch die Aussage Schachts hierzu, IMT, Bd. XII, S. 566.
- (2) Vgl. Der österreichische Volkswirt, 30. Jg., Wien 1938, S. 477.
- (3) Quelle: Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich, 57. Jg., Berlin 1938, S. 336.
- (4) Quelle: Wirtschaft und Statistik, 18. Jg., Berlin 1938, S. 282.

3. Die Festsetzung des Umstellungsverhältnisses

Unter dem Eindruck des überwältigenden Empfangs, den die Österreicher Hitler bereiteten, entschloß sich dieser am 12. März, nachdem er zunächst nur eine Personalunion angestrebt hatte, Österreich sofort in das Deutsche Reich einzugliedern (1). Am nächsten Tag konnte Seyß-Inquart ihm bereits den Vollzug des Anschlußgesetzes (2) melden. Bei dieser Gelegenheit, als Hitler vor Rührung weinte, bat Seyß-Inquart, "daß das unrichtige Verrechnungsverhältnis zwei Schillinge zu einer Mark abgeändert werde in 1,50 Mark. Das hat der Führer auch zugesagt." (3)

Das Reichsbankdirektorium wurde erst kurz nach dieser Episode damit betraut, einen Umrechnungssatz vorzuschlagen. Es entschied sich "rein sachlich, bankmäßig" für den damaligen Verrechnungskurs $1 \text{ RM} = 2,04 \text{ S}$ und wollte nur im Interesse einer vereinfachten Umrechnung auf $1 \text{ RM} = 2 \text{ S}$ abrunden (4). Denn "zunächst war es schwierig, ein glattes Umrechnungsverhältnis zu finden, das der Binnenkaufkraft des Schillings im Verhältnis zur Binnenkaufkraft der Reichsmark möglichst genau entsprach, weil die Abweichung der österreichischen Preise von denjenigen des Altreichs auf den verschiedenen Preisgebieten verschieden war; und ferner mußten bei einer Höherbewertung des Schillings gegenüber der Reichsmark auf alle Forderungen in fremder Währung Umstellungsverluste und auf alle Schulden in fremder Währung Umstellungsgewinne entstehen" (5). Aber Schacht konnte diese Auffassung gegen den Entschluß Hitlers, den Schilling aufzuwerten, nicht durchsetzen. Als Schacht ihm daraufhin vorwarf, daß er den Rat eines in der ganzen Welt anerkannten Währungssachver-

-
- (1) Vgl. Eichstädt, Ulrich, Von Dollfuß zu Hitler, Geschichte des Anschlusses Österreichs, 1933 - 1938, Wiesbaden 1955, S.429.
 - (2) Bundesverfassungsgesetz der österreichischen Bundesregierung vom 13. März 1938. Wortlaut enthalten in: Gesetz über die Wiedervereinigung Österreichs mit den Deutschen Reich vom 13. März 1938 (RGBl. I S. 237).
 - (3) Aussage Seyß-Inquarts, IMT, Bd. XV, S. 688.
 - (4) Zeugenaussage Vockes, IMT, Bd. XIII, S. 76.
 - (5) Blessing, Karl, Die währungs- und wirtschaftspolitische Eingliederung Österreichs, in: Die Reichsbank im größeren Deutschland (Schriftenreihe der "Staatsbank", Bd. 3), Berlin 1938, S. 26.

ständigen mißachte, antwortete Hitler nur: "Ich tue es aus politischen Erwägungen." (1)

Das Deutsche Nachrichten Büro (DNB) verbreitete zur Entscheidung Hitlers folgende euphemistische Begründung: "Die Festsetzung des Verhältnisses zwischen Schilling und Reichsmark auf 3 : 2 erfolgte vom Führer nach eingehender Prüfung der bestehenden wirtschaftlichen Verhältnisse in der Absicht, den Bedürfnissen des Landes Österreich weitestgehend entgegenzukommen. Durch dieses Umtauschverhältnis wird das Lohn- und Preisniveau in Österreich auf einer gesunden und entwicklungsfähigen Basis normalisiert, wobei besonders auf die Lohn- und Rentenempfänger Rücksicht genommen wurde." (2)

Von einer eingehenden Prüfung der wirtschaftlichen Verhältnisse hätte allerdings schon deswegen nicht gesprochen werden dürfen, weil zur fraglichen Zeit weder ein Überblick über die Preisunterschiede im einzelnen, noch über deren Ursachen bestand (3). Man nahm lediglich an, daß die meisten österreichischen Preise infolge der etwa 20 %igen Schillingabwertung von 1931/32 und der nachfolgenden österreichischen Währungspolitik, die im Interesse der Ausfuhr Preissteigerungen verhindert hatte, erheblich unter den entsprechenden deutschen liegen müßten, und glaubte, man brauche nur den Schilling gegenüber der Reichsmark genügend aufzuwerten, um mit einem Schlag "das Lohn- und Preisniveau in Österreich auf einer gesunden und entwicklungsfähigen Basis zu normalisieren". "Dabei wurde jedoch verkannt, daß die Veränderung des Währungsverhältnisses lediglich eine Verschiebung der beiden Kaufkraftebenen an ihrer Schnittfläche, nicht aber auch schon die für die Angleichung erforderliche Änderung des ganzen Preisgefüges bedeutete" (4).

Wie spätere Untersuchungen zeigten, waren die österreichischen Preise durch die Schillingaufwertung in unterschiedlichem Ausmaß teils an den Altreichsstand herangeführt, teils über diesen hinausgehoben worden.

(1) Vgl. Schacht, Hjalmar, 76 Jahre meines Lebens, Bad Wörishofen 1953, S. 489.

(2) Schulthess' Europäischer Geschichtskalender, N. F., 24. Jg. (1938), München 1939, S. 72.

(3) Vgl. Schulte-Wissermann, Die Preispolitik in der Ostmark, in: Die deutsche Volkswirtschaft, 8. Jg., Berlin 1939, S. 400. (Sch. - W. war Leiter der Preisbildungsstelle in Wien).

(4) Ebenda.

Für die einzelnen Preisgebiete ergab sich nach der Schillingaufwertung in etwa folgendes Bild: Die österreichischen Löhne lagen zum Teil beträchtlich unter den deutschen (1). Die Mieten hielten sich sowohl unter als auch über denen im Altreich. Der Vergleich war jedoch äußerst problematisch, da die Wiener Altbauwohnungen so schlecht beschaffen waren, daß sie im übrigen Deutschland kaum eine Parallele fanden (2). Die Preise der Lebensmittel waren teils höher, teils niedriger als im Altreich (3). Doch dürfte wenigstens auf diesem Sektor durch die Schillingaufwertung die Verbrauchergeldparität hergestellt worden sein, denn unter Zugrundelegung des österreichischen Verbrauchsschemas wurde zu Wiener und Berliner Preisen derselbe Aufwand für Ernährung ermittelt (4). Die Vielzahl der sonstigen Konsumgüterpreise, insbesondere für Heizung, Kleidung, Einrichtungsgegenstände, war jedoch so weit über den Altreichsstand hinausgehoben worden, daß die Lebenshaltung insgesamt in Österreich eindeutig teurer war (5). Die einschneidendsten Preisabweichungen hatten sich aber in der Gruppe der Kosten- und Investitionsgüter ergeben, da deren Preise, namentlich die von Eisen, Kohle, Chemikalien und Maschinen, schon vor der Schillingaufwertung in Österreich höher als in Deutschland gewesen waren (6).

-
- (1) Vgl. Lohnerhebung in der Ostmark, in: Jahrbuch 1938, hrsg. vom Arbeitswissenschaftlichen Institut der Deutschen Arbeitsfront, Berlin o. J., II. Bd., S. 227 - 280, sowie Monatsberichte, a. a. O., 13. Jg. (1939), S. 74 ff.
- (2) Vgl. Das Miet- und Wohnungsproblem in der Ostmark, in: Jahrbuch 1938, a. a. O., II. Bd., S. 197 - 226.
- (3) Vgl. Preisvergleich Ostmark - Altreich, in: Jahrbuch 1938, a. a. O., II. Bd., S. 169 - 189.
- (4) Vgl. Monatsbericht, a. a. O., 12. Jg. (1938), S. 174 ff.
- (5) Vgl. Preisvergleich Ostmark - Altreich, a. a. O., S. 178.
- (6) Vgl. Monatsberichte, a. a. O., 12. Jg. (1938), S. 176 ff.

4. Die Einführung der Reichsmarkwährung

Durch die Verordnung über die Einführung der Reichsmarkwährung im Lande Österreich vom 17. März 1938 (RGBl. I S. 253) wurde die Reichsmark zum gesetzlichen Zahlungsmittel neben dem Schilling erklärt und das Umrechnungsverhältnis mit 1 RM = 1,50 S festgestellt.

In Wirklichkeit war die Schillingwährung von da an jedoch nur noch ein Appendix der Reichsmarkwährung. Entsprechend der Verordnung zur Übernahme der Österreichischen Nationalbank durch die Reichsbank vom 17. März 1938 (RGBl. I S. 254) ging die Geschäftsführung der Nationalbank auf die Reichsbank über. Der Geschäftsbetrieb und das Personal der Nationalbank wurden von der am 19. März in Wien errichteten Reichsbankhauptstelle sowie den wenig später eröffneten Reichsbanknebenstellen in Linz, Graz, Innsbruck, Klagenfurt, Salzburg, Bregenz und Eisenstadt übernommen. Die Agenturen der Nationalbank blieben als Reichsbank-Agenturen erhalten.(1)

Als erstes übernahm die Reichsbank die Giroverbindlichkeiten der Österreichischen Nationalbank (2). Daraufhin stellten die Geschäftsbanken und Sparkassen am 28. März ihre Konten auf Reichsmark um. Die damit verbundene Arbeitsbelastung war erheblich, da nicht nur alle Konten in kürzester Frist umgerechnet, sondern auch die noch auf Schilling lautenden Aufträge in Reichsmark ausgeführt werden mußten (3).

Sobald die Innehaltung der Devisenbestimmungen, insbesondere des Ein- und Ausfuhrverbotes für einheimische Zahlungsmittel, genügend gesichert war (4),

(1) Vgl. Blessing, a. a. O., S. 28.

Die versorgungsrechtlichen Ansprüche des Personals der Österreichischen Nationalbank wurden geregelt durch die Zweite Verordnung zur Durchführung der Verordnung zur Übernahme der Österreichischen Nationalbank durch die Reichsbank vom 12. Oktober 1938 (RGBl. I S. 1419).

(2) Vgl. Blessing, a. a. O., S. 30.

(3) Vgl. Deutsche Wirtschafts-Zeitung, 35. Jg., Nr. 14 v. 7. 4. 1938, S. 431.

(4) Zur Unterbindung der politischen Kapitalflucht hatte die österreichische Regierung bereits am Montag, dem 13. März, über alle Bank- und Versicherungsunternehmen eine bedingte Auszahlungssperre verhängt (BGBl. 76 38). Gleichzeitig waren von ihr die bis dahin sehr freizügigen Devisenbestimmungen durch das Gesetz zur Abänderung der Devisenverordnung

schickte die Reichsbank in großem Umfang Reichsbanknoten und Reichsmarkscheidemünzen nach Österreich. Ihre dortigen Kassen wurden angewiesen, die anfallenden Schillingzahlungsmittel nicht mehr auszugeben. Infolgedessen konnten die Löhne bereits Anfang April in Reichsmark gezahlt werden (1).

Nun gingen auch die Geschäftsleute dazu über, ihre Preise in Reichsmark auszuzeichnen. Denn es zeigte sich, daß es zu schwierig war, in Schilling zu rechnen und in Mark zu zahlen, weil es dazu der im Dezimalsystem sehr unbequemen Division durch drei bedurfte. Daß die "gedankliche" Währungsumstellung namentlich bei leichterer Umrechnung nicht immer so schnell vollzogen wird, hatten gerade die Österreicher bewiesen, die nach der Einführung der Schillingwährung 1925 noch jahrelang lieber in Tausenden und Millionen von Kronen als in Schilling gerechnet hatten (2).

Die kurze Zeit der österreichischen "Doppelwährung" wurde abgeschlossen mit der Verordnung zur Durchführung der Verordnung über die Einführung der Reichsmarkwährung im Lande Österreich und der Verordnung zur Übernahme der Österreichischen Nationalbank durch die Reichsbank vom 23. April 1938 (RGBl. I S. 405).

Die Noten der Österreichischen Nationalbank hörten mit dem 25. April 1938 auf, gesetzliches Zahlungsmittel zu sein. Sie konnten noch bis zum 15. Mai 1938 bei allen öffentlichen Kassen in Zahlung gegeben und bis zum 31. Dezember 1938 bei den Reichsbankanstalten umgetauscht werden. Die österreichischen Scheidemünzen dagegen behielten zunächst noch ihre Gültigkeit, da die Münzstätten den erhöhten Anforderungen nicht gewachsen waren. Sie

von 1931 vom 13. März 1938 (BGBl. 72/38) dahingehend verschärft worden, daß Zahlungsmittel, Wertpapiere und Edelmetalle nur noch mit schriftlicher Bewilligung der Österreichischen Nationalbank ins Ausland gebracht werden durften. Wenig später wurden durch die Devisenverordnung für das Land Österreich vom 23. März 1938 (Gesetzblatt des Landes Österreich 13/38) die Grundsätze der deutschen Devisengesetzgebung eingeführt. Durch die Verordnung vom 30. März 1938 (RGBl. I S. 343) wurde dann etwas verspätet auch die Einfuhr von Schillingzahlungsmitteln ins Altreich verboten.

(1) Vgl. Blessing, a. a. O., S. 28ff.

(2) Vgl. Bartsch, Robert, Fortschritte der Rechtsvereinheitlichung, in: Der österreichische Volkswirt, 30. Jg. (1938), S. 753.

verloren diese erst durch die Verordnung über die Außerkurssetzung der Scheidemünzen (Teilmünzen) im Betrag von 1 S, 50 g, 10 g, 5 g und 100 Kronen des ehemaligen Landes Österreich vom 11. August 1939 (RGBl. I S. 1390). Dagegen wurden die Ein- und Zweigroschenstücke sofort zu Scheidemünzen im Wert von ein bzw. zwei Reichspfennig erklärt, um die Kosten für die Umprägung zu sparen. Die Besitzer dieser kleinsten Stücke erlangten, wie so oft bei Währungsreformen, einen Kaufkraftzuwachs. So gering dieser auch für den einzelnen war, insgesamt betrug er immerhin 1,41 Mill. RM (1).

Außerdem erlangten auf Grund der Durchführungsverordnung vom 23. April 1938 das Münzgesetz, das Bankgesetz und die Notgeldvorschriften in Österreich Gültigkeit. Die gesetzliche Zahlkraft der Rentenbankscheine wurde ausdrücklich auf Österreich ausgedehnt. Der auf 408 Mill. RM begrenzte Höchstumlauf wurde deswegen jedoch nicht erhöht.

5. Die Liquidation der Österreichischen Nationalbank

Auf Grund der Verordnung zur Übernahme der Österreichischen Nationalbank durch die Reichsbank vom 17. März 1938 (RGBl. I S. 254) war die Nationalbank in Liquidation getreten. Die Liquidation wurde von der Reichsbank für Rechnung des Reiches durchgeführt.

Als Gegenwert für die übernommenen Giroverbindlichkeiten und die umgetauschten Schillingnoten erhielt die Reichsbank Aktivbestände der Nationalbank. Und zwar wurden mit Zustimmung des Reichsfinanzministers das Gold, die Devisen, die Handelswechsel, die Lombardforderungen, die gesamten Einrichtungen, Maschinen und Vorräte auf die Reichsbank übertragen (2). Die Grundstücke und Grundstücksrechte der Nationalbank gingen entsprechend der Durchführungsverordnung vom 23. April 1938 unter Erstattung des buchmäßigen Gegenwertes in

(1) Vgl. Groschen-Glück, in: Die Bank, 31. Jg., Berlin 1938, Bd. I, S. 652 f.

(2) Die übernommenen Deckungsmittel wurden in den Reichsbankbilanzen nur global unter "Sonstige Aktiva" ausgewiesen. Diese Position stieg vom 23. März bis 23. April 1938 um 833,2 Mill. RM. (Vgl. Der deutsche Volkswirt, 12. Jg., 3. Bd.: April - Juni 1938, S. 1407 u. S. 1503). Die Gold- und Devisenbestände wurden zum Ankaukurs der Reichsbank, also etwa im Verhältnis 2 S = 1 RM abgerechnet. Infolge der Schillingaufwertung entstand ein entsprechender Buchverlust, der zu Lasten des Reiches ging, für dessen Rechnung die Nationalbank liquidiert wurde.

das Eigentum der Reichsbank über. Nicht ohne weiteres übernommen werden konnten jedoch nach den Deckungsbestimmungen des Bankgesetzes vom 30. August 1924 (RGBl. II S. 235) das Finanzwechselportefeuille und die Bundesschulden, die zusammen den überwiegenden Teil der Aktiva der Nationalbank ausmachten (1). Diese Posten, die durch den mit der Eingliederung verbundenen Wirtschaftsaufschwung wieder liquide wurden, sowie das ebenfalls in Händen der Nationalbank befindliche Kapital der Österreichischen Industriekredit AG wurden auf das Reich übertragen. Die Österreichische Nationalbank i. L. erhielt dafür Wertpapiere, die ihrerseits wieder von der Reichsbank im Zuge der Notenumtauschaktion als deckungsfähige Aktiva übernommen werden konnten (2). Sowohl die im Besitz der Nationalbank befindlichen wie die

-
- (1) Das Finanzwechselportefeuille in Höhe von rd. 180 Mill. S bestand ausschließlich aus Wechseln der Österreichischen Industriekredit AG. Sie hatte während der Kredit- und Bankenkrise des Jahres 1931 die Beteiligungen der Niederösterreichischen Escompte-Gesellschaft sowie der Österreichischen Creditanstalt an sanierungsbedürftigen Industrieunternehmen übernommen, um diese über die Krise hinwegzubringen. Die dafür notwendigen Mittel beschaffte sie sich, indem sie auf die betreffenden Unternehmen Wechsel zog und diese bei der Nationalbank diskontierte. Auch die Bundesschulden A, B und C in Höhe von rd. 612 Mill. S hatten ihren Ursprung in dieser Zeit. Damals hatte die Nationalbank Wechsel der Österreichischen Creditanstalt, für die der Bund die Garantie übernommen hatte, hereinnehmen müssen. Diese Wechsel wurden später dem Bund übergeben, der dafür eine Buchschuld bei der Nationalbank einging. (Vgl. Blessing, a. a. O., S. 30 ff).
- (2) In der Woche vom 7. bis zum 14. Mai 1938 erhöhte sich der Bestand der Reichsbank an deckungsfähigen Wertpapieren, der lange Zeit gleichmäßig gering gewesen war, plötzlich um 423,1 Mill. RM, was darauf schließen läßt, daß bereits zu dieser Zeit die Schillingnoten weitgehend umgetauscht worden waren (vgl. Der deutsche Volkswirt, 12. Jg., 3. Bd.: April - Juni 1938, S. 1656).
- Am 15. Juni 1938 waren von dem Notenumlauf der Österreichischen Nationalbank, der am 17. März 1938 1050 Mill. S betragen hatte, nur 18 Mill. S noch nicht umgetauscht. Von den ursprünglich 123 Mill. S in Scheidemünzen waren dagegen noch 26 Mill. S im Verkehr. (Vgl. Blessing, a. a. O., S. 29).

von der Reichsbank umgetauschten österreichischen Scheidemünzen wurden vom Reich gegen entsprechende Erstattung übernommen (1).

Die Aktionäre der Österreichischen Nationalbank wurden nach den Bestimmungen der Durchführungsverordnung vom 23. April 1938 abgefunden. Sie erhielten für 4 Aktien im Nennwert von je 100 Goldkronen eine mit 4,5 % verzinste Reichsschatzanweisung 1938, II. Folge, im Nennwert von 500 RM und mit einer Laufzeit von höchstens 20 Jahren. Die Nominalverzinsung der beiden Wertpapiere war in etwa gleich, denn die Nationalbank hatte regelmäßig eine Dividende von 4,5 % gezahlt. Der Kapitalwert der Reichsschatzanweisungen schien sogar günstiger, da die Aktien der Nationalbank zuletzt nur noch mit 88,3 notiert worden waren (2). Von dem insgesamt 30 Mill. Goldkronen = 55 Mill. S betragenden Aktienkapital wurden, da keine Alternative bestand, nahezu 90 % zum Umtausch angemeldet (3).

6. Der Umtausch von Gold und Devisen

Auf Grund der Devisenverordnung für das Land Österreich vom 23. März 1938 (Gesetzbl. f. d. Land Österreich 13/38) war es nur der Reichsbankhauptstelle in Wien gestattet, mit Devisen sowie unverarbeitetem oder halbverarbeitetem Gold, Silber und Platin zu handeln. Sämtliche ausländische Zahlungsmittel und Wertpapiere sowie Forderungen an das Ausland mußten ihr bis zum 5. April 1938 zum Kauf angeboten oder zumindest bei ihr angemeldet werden. Der Termin wurde dann noch zweimal - bis zum 15. und 25. April - verlängert.

Die Ankaufskurse der Reichsbank für Gold und Devisen konnten jedoch nicht wie die Schillingzahlungsmittel und die Preise zum neuen Verhältnis umgestellt werden, da dies eine entsprechende Abwertung der Reichsmark gegenüber allen freien Währungen bedeutet hätte. Andererseits erlitten die österreichischen Abnehmer von Gold und Devisen einen Kaufkraftverlust von 36 % des Valutabetrages, wenn ihnen nur die Ankaufskurse der Reichsbank vergütet wurden. Das wieder hätte die Anschlußfreudigkeit weiter Bevölkerungskreise noch vor der Volksabstimmung stark gedämpft. Auch wären die Exporteure empfindlich benachteiligt worden, weil sie den Erlös aus bereits getätigten Verkäufen nur

(1) Vgl. Blessing, a.a.O., S. 30 f.

(2) Die Goldkrone galt zum Parikurs 1,83 S, d.h. zum neuen Umrechnungsverhältnis 1,22 RM.

(3) Vgl. Blessing, a.a.O., S. 31.

mit Verlust zur Bestreitung ihrer Kosten im Inland hätten verwenden können. Außerdem mußte ein Anreiz zur baldigen Ablieferung geschaffen werden, da die Devisenüberwachung erst im Aufbau begriffen war und die im Ausland unterhaltenen Konten und Wertpapierbestände kaum erfaßt werden konnten.(1)

Die Österreichische Nationalbank i. L. wurde deshalb ermächtigt, die ihr angebotenen Devisen bis zum 25. April 1938 zum letzten Schillingkurs abzurechnen und das Gold zu den alten Ankaufsbedingungen hereinzunehmen. Auf der anderen Seite gab sie während dieser Zeit, soweit eine entsprechende Devisengenehmigung erteilt worden war, Devisen auch nur zu den alten Wiener Kursen ab, um zu verhindern, daß Devisenerwerber aus dieser Übergangsregelung ungerechtfertigte Gewinne zogen (2).

Die damaligen Gold- und Devisenablieferungen müssen außerordentlich hoch gewesen sein. Dazu dürften im übrigen nicht nur die strengen Strafbestimmungen und der drohende Abwertungsverlust beigetragen haben, sondern auch das wiedergekehrte Vertrauen in die inländische Wirtschaftsentwicklung und der damit zusammenhängende Geldbedarf der Unternehmer. Amtliche Angaben über den Umfang der abgelieferten Werte wurden nicht gemacht. Aber selbst sehr vorsichtige Schätzungen gelangten zu einem Ergebnis, das etwa doppelt so hoch war wie der durchschnittliche Notenumlauf Österreichs im Jahre 1937!

Gold aus dem Inland (3)	750 Mill S.
Bankguthaben aus dem Ausland	500 Mill S.
Wertpapiere aus dem Ausland	<u>500 Mill S.</u>
Zusammen	1 750 Mill S. (4)

Die freigewordenen Gelder wurden zu einem großen Teil in der ersten in Österreich begebenen Reichsanleihe angelegt und trugen damit wesentlich zu deren großen Erfolg bei.

(1) Vgl. Blessing, a.a.O., S. 26.

(2) Vgl. ebenda, S. 26 f.

(3) Bruchgold war in Österreich ein beliebtes Wertaufbewahrungsmittel (vgl. Turowski, L., Die Stellung des Landes Österreich in der deutschen Devisenbewirtschaftung, in: Devisenarchiv, 3. Jg. (1938), S. 266).

(4) Vgl. Gabriel, S.L., Österreich in der großdeutschen Wirtschaft, in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Bd. 147 (1938), S. 128.

Indem die Devisenablieferungen während der Zeit, in der die Sonderregelung galt, weitaus größer als die Devisenanforderungen waren, entstand bei der Österreichischen Nationalbank i. L. ein Verlust, der zu Lasten des Reiches ging.

Außerdem erging die Verordnung über die Außerkurssetzung der Bundesgoldmünzen im Nennbetrag von 100 Schilling und 25 Schilling sowie der Silberscheidemünzen im Nennbetrag von 5 Schilling und 2 Schilling des Landes Österreich vom 25. Mai 1938 (RGBl. I S. 601). Um die beschleunigte Ablieferung dieser gar nicht mehr umlaufenden Stücke zu erreichen, wurden sie im Gegensatz zu den übrigen Schillingzahlungsmitteln nur noch bis zum 15. Juli bei den Kassen der in Österreich gelegenen Reichsbankanstalten zum Kurs von 3 S = 2 RM umgetauscht. Wer später der Verordnung über die Ablieferung außer Kurs gesetzter in- und ausländischer Goldmünzen vom 16. Juli 1938 (RGBl. I S. 902) Folge leistete, erhielt nur noch den niedrigeren Metallpreis vergütet.

7. Die Regelung der Schuldverhältnisse

In Österreich gab es sowohl einfache Schuldverhältnisse in Landeswährung als auch solche, die mit einer Goldklausel versehen waren. Während erstere nur uno actu mit den Zahlungsmitteln und Preisen zum festgesetzten Kurs in Reichsmark umgerechnet werden brauchten, konnten letztere erst auf Grund der Verordnung zur Regelung der auf Goldschilling und Goldkronen lautenden Schuldverhältnisse vom 21. Juni 1939 (RGBl. I S. 1037) umgestellt werden. Und zwar wurden Geldschulden, bei denen die Goldklausel nur zur Wertsicherung gedient hatte, rückwirkend zum 17. März 1938 im Verhältnis $3 \text{ GS} = 2 \text{ RM}$ bzw. $1 \text{ GK} = 1,44 \text{ GS} = 0,96 \text{ RM}$ in Reichsmarkschulden umgewandelt. Das galt insbesondere für die Schulden, die noch aus der Zeit vor der Schillingabwertung stammten und die nicht schon nach der österreichischen Goldklauselverordnung vom 23. März 1933 (BGBl. 73/33) in Schilling zum Nennwert erfüllt werden konnten. Hatten dagegen die Vertragspartner den Goldschilling als das angemessene Entgelt vereinbart, und war der Vertrag von einer Seite bereits erfüllt worden, so mußte der Goldschilling nach dem Schlüssel $1 \text{ GS} = 1,28 \text{ S} = 0,853 \text{ RM}$ umgerechnet werden.⁽¹⁾

Zwischen den Bewohnern Österreichs und Deutschlands gab es auf Grund des deutsch-österreichischen Verrechnungsabkommens keine Schuldverhältnisse.

(1) Vgl. Heitmann, Wolf, Die Umwandlung der Goldschillingschuldverhältnisse, in: Bank-Archiv, Jg. 1939, S. 354 - 356.

Es bestanden solche immer nur zwischen Inländern und inländischer Verrechnungskasse. Indes war im Laufe der Zeit im deutsch-österreichischen Verrechnungsverkehr eine Clearingspitze in Höhe von 60 Mill. S zugunsten Österreichs aufgelaufen. Dadurch hatten die österreichischen Exporteure meist ungewöhnlich lange auf den Erlös für ihre Leistungen warten müssen. Um diesen Mißstand zu beheben, zahlte die Österreichische Nationalbank sofort nach dem Anschluß den österreichischen Clearinggläubigern ihre Forderungen zum abgerundeten Verrechnungskurs $2 \text{ S} = 1 \text{ RM}$ in Schilling aus. Die Clearingspitze selbst wurde umgehend durch interne Verrechnung der Nationalbank mit der Reichsbank zum selben Kurs, aber in Reichsmark ausgeglichen. Im Zusammenhang mit der wenig später stattfindenden Schillingaufwertung entstand dadurch bei der Nationalbank ein Verlust, der zu Lasten des Reiches ging, für dessen Rechnung sie liquidiert wurde. (1)

Dagegen verursachte die Schillingaufwertung erhebliche Schwierigkeiten bei der Umstellung der Auslandsschulden und Auslandsforderungen. Bei den auf ausländische Währung lautenden Schuldverhältnissen mußte der inländische Gläubiger beim Umtausch der Valuta einen Verlust erleiden, während der inländische Schuldner nur noch einen geringeren Betrag in einheimischer Währung aufzubringen brauchte, um die Valutaschuld zu decken. Die ausländischen Vertragspartner aber blieben von der Schillingaufwertung unberührt. Anders verhielt es sich mit den auf Schilling lautenden Auslandsschuldverhältnissen. Der ausländische Schuldner war verständlicherweise nicht bereit, bei der Umrechnung für einen Schilling, dessen internationaler Kurs etwa 46 Rpf betragen hatte, nunmehr 66,7 Rpf zu zahlen, sondern legte den letzten Wiener Kurs zugrunde und beglich, da der Schilling keine geltende Währung mehr war, die Schuld in Reichsmark. Während er bei diesem Verfahren weder gewann noch verlor, erlitt der österreichische Gläubiger einen Verlust. Andererseits hätte der österreichische Schuldner seine Verpflichtungen ohne Nachteil auch zum aufgewerteten Schillingkurs in Reichsmark zahlen können, da ja sein Vermögen entsprechend umgestellt worden war. Verschiedentlich wurden solche Rechtsverhältnisse auf Grund staatlicher Vereinbarungen auch im Verhältnis $3 \text{ S} = 2 \text{ RM}$ umgerechnet. Grundsätzlich galt aber das Umstellungsverhältnis nicht für auf Schilling lautende Auslandsschulden. Vielmehr sollte bei diesen der

(1) Vgl. Der österreichische Volkswirt, 30. Jg. (1938), S. 477.

Schilling zum letzten Wiener Privatcheiringkurs, d.h. mit 46 Rpf umgerechnet werden (1).

Die Härten, die sich infolge der Schillingaufwertung für die Auslandsschuldverhältnisse ergaben, wurden höchstens unter politischen Gesichtspunkten gelindert. So diente der befristete Ankauf von Gold und Devisen zu den alten Wiener Kursen vornehmlich dazu, einen Anreiz zur Ablieferung zu schaffen. Aus demselben Grund zahlte die Deutsche Golddiskontbank allen, die ihre Auslandsforderungen nicht sofort realisieren können, bei Ablieferung ein Aufgeld von 20 % (2). Ebenso sicherte sich die Reichsregierung im Rahmen der Zahlungs- und Verrechnungsabkommen Vorteile, indem sie für eine Übergangszeit die Abrechnung zu den alten Wiener Kursen zugestand (3).

Benachteiligt von der Schillingaufwertung waren dagegen die, deren berechnigte Ansprüche sich nicht mit den Interessen des Staates deckten. So wurden z. B. die österreichischen Fremdwährungsanleihen lediglich zum abgewerteten Kurs konvertiert, wobei es gleichgültig war, ob sie sich in inländischem oder ausländischem Besitz befanden (4).

Auch die Besitzer der übrigen Staatspapiere erlitten Verluste. Die Reichsregierung lehnte nämlich die Rechtsnachfolge für die österreichischen Staatsanleihen ab und stellte den Schuldendienst auf diese Stücke mit Wirkung vom 2. Oktober 1938 ein. Um die empörten Sparer zu beruhigen, unterbreitete sie schließlich im Reichsanzeiger vom 24. Oktober 1938 ein Entschädigungsangebot, das sowohl für In- wie Auslandsgläubiger galt. Das Umstellungsverhältnis mußte für die einzelnen Stücke verschieden hoch festgesetzt werden. Denn die 53 einbezogenen Staatsanleihen bzw. Anleihetranchen, die sich im Zinsfuß, in der Laufzeit, im Tilgungsplan, im Zinsenauf, in der Valuta und in den

(1) 28. Kundmachung der Devisenstelle Wien betreffend Anwendung der Verordnung vom 17. März 1938 über die Einführung der Reichsmarkwährung im Lande Österreich (Wiener Zeitung, Nr. 154 v. 5. 6. 1938).

(2) Vgl. Die Bank, II. Halbjahr 1938, S. 1395.

(3) Vgl. hierzu Sklenar, Otto, Die ostmärkische Wirtschaft im Zahlungsverkehr mit dem Ausland, in: Der österreichische Volkswirt, 30. Jg. (1938), S. 758 - 760, 772 - 775 und 791 f.

(4) Vgl. Reichsanleihe für Bundesanleihen, in: Die Bank, II. Halbjahr 1938, S. 1418.

Nebenklauseln unterschieden, wurden alle in die 4,5 %ige Reichsanleihe 1938 konvertiert. Die Unifizierungsemission, die bis 1965 mit jährlich 2 % zuzüglich der jeweiligen Zinsersparnis getilgt werden sollte, war für die Anleihebesitzer ungünstiger als die österreichischen Stücke, aber die Gläubiger hatten keine Alternative. In besonders gelagerten Fällen konnten Inlandsgläubiger einen Härteausgleich erhalten. Außerdem gelang es England, Frankreich, Italien und der Schweiz, günstigere Sonderregelungen zu erreichen.(1)

Im übrigen besagte die Umstellung der Auslandsforderungen noch nicht, daß diese auch bezahlt wurden. Am sichersten erfolgte die Bezahlung noch auf dem Verrechnungsweg, der auf Grund der Verordnung über die Einführung des Gesetzes über die Errichtung einer deutschen Verrechnungskasse im Lande Österreich vom 23. April 1938 (RGBl. I S. 412) vorgeschrieben worden war. In den anderen Fällen unterlagen die Auslandsforderungen entsprechend der Verordnung über den zwischenstaatlichen Kapitalverkehr im Lande Österreich vom 29. April 1938 (RGBl. I S. 428) denselben Beschränkungen wie im Altreich. Das bedeutete aber, daß die ausländischen Gläubiger ihre Forderungen, die in Deutschland als Spermark, Registermark usw. eingefroren waren, im eigenen Land nur gegen ein entsprechendes Disagio veräußern konnten, das zeitweilig 70 % betrug.

8. Die Umstellung des betrieblichen Rechnungswesens

Die Kaufleute hatten sich zunächst mangels besonderer Bestimmungen damit begnügt, die einzelnen Posten ihrer Buchführung im Verhältnis 3 S = 2 RM umzurechnen und in Reichsmark fortzuführen. Dieses Verfahren mußte sich jedoch bald als ungenügend erweisen. Die alten Schillingbilanzen bildeten schon deswegen keine ordentliche Grundlage für die zukünftige Rechnungslegung und Gewinnermittlung, weil sie nicht nach den strengen Grundsätzen des deutschen Handels- und Steuerrechts aufgestellt und geprüft worden waren. Außerdem eigneten sich die in den Bilanzen angesetzten Werte kaum zur Fortführung, denn sie entsprachen nicht mehr den durch die Eingliederung Österreichs völlig veränderten Bezugs-, Produktions- und Absatzbedingungen. Ein Teil der Vermögensgegenstände war im Wert gestiegen, wie z.B. Maschi-

(1) Vgl. Wiener Börse umgewandelt, in: Börsen- und Wirtschaftskalender 1939, S. 56 f., und

Die österreichisch-ungarischen und Südost-Renten, in: Börsen- und Wirtschaftskalender 1940, S. 85 - 91.

nen, die auf Grund der vorangegangenen Wirtschaftslage voll abgeschrieben worden waren, nun aber wieder gewinnbringend eingesetzt werden konnten. Andere Vermögensgegenstände wiederum hatten Wertminderungen erfahren, wie etwa diejenigen Vorräte, die nunmehr billiger zu beziehen waren.

Nach dem Handels- und Steuerrecht müssen nicht realisierte Wertminderungen berücksichtigt werden, dagegen dürfen nicht realisierte Wertsteigerungen in der Bilanz keinen Niederschlag finden. Dadurch ergab sich vielfach ein vollkommen unzutreffendes Bild von der Lage der einzelnen Unternehmen. Infolge der reduzierten Betriebsvermögen hätten unter Umständen sogar Sanierungen mit all ihren aktienrechtlichen Folgen notwendig werden können. Auf jeden Fall aber hätten zu niedrige Abschreibungen die Kalkulation verfälscht und zu einer Besteuerung der Substanz geführt.(1)

Es mußten also die handels- und steuerrechtlichen Schranken beseitigt werden, die eine Neubewertung verhinderten. Auf Grund der Verordnung über Reichsmarkeröffnungsbilanzen und Umstellungsmaßnahmen im Lande Österreich (Umstellungsverordnung) vom 2. August 1938 (RGBl. I S. 982) hatten alle Buchführungspflichtigen bis spätestens zum 1. Januar 1940 eine Eröffnungsbilanz in Reichsmark aufzustellen. Diese sollte von der am Vortag zu ziehenden Schlußbilanz grundsätzlich unabhängig sein. Für die Bewertung der einzelnen Bilanzpositionen galten folgende Regeln: Vermögensgegenstände durften höchstens zum Tageswert bilanziert werden. Eigene Aktien durften höchstens mit dem Nennbetrag und nur in Höhe der freiwilligen offenen Rücklagen aktiviert werden. Zweifelhafte Forderungen mußten auf den wahrscheinlichen Wert abgeschrieben werden. Schulden waren mit dem Tageswert anzusetzen. Das Nennkapital sollte sich in Höhe des Betrages halten, der nach Abzug der Schulden vom Vermögen verblieb und nicht in Rücklage gestellt wurde (2). Die durch die Neubewertung eingetretenen zahlenmäßigen Veränderungen begründeten keine Steuerpflicht (3).

-
- (1) Vgl. Oeftering, Heinz, Umstellung der Bilanzen und Umwandlung von Kapitalgesellschaften in der Ostmark, in: Bank-Archiv, Jg. 1939, S. 148.
 - (2) Vgl. Adler-Düring-Schmaltz, Die Umstellung der Bilanzen in der Ostmark, Leipzig 1939.
 - (3) Vgl. Merkle, F., Steuerrechtliche Sonderfragen bei der Umstellungsbilanzierung in der Ostmark, in: Der Wirtschaftstreuhänder, 8. Jg. (1939), S. 27 - 31.

Gleichzeitig mit der Umstellungsverordnung wurde die Zweite Verordnung zur Einführung handelsrechtlicher Vorschriften im Lande Österreich vom 2. August 1938 (RGBl. I S. 988) erlassen, so daß bei der Bilanzumstellung auch das deutsche Aktienrecht und das deutsche Umwandlungsrecht zum Zuge kommen konnten.

9. Die Eingliederung der österreichischen Banken

Da der österreichische Bankenapparat als geschlossenes Ganzes übernommen werden konnte, bereitete seine Eingliederung keine grundsätzlichen Schwierigkeiten. Schwerwiegend waren indes die Änderungen in den Besitzverhältnissen.

Das Aktienkapital der weitaus größten österreichischen Bank, der Österreichischen Creditanstalt - Wiener Bankverein, das sich zu 75 % in Händen des österreichischen Staates und der Österreichischen Nationalbank befand, ging auf die reichseigene VIAG über. Dadurch geriet die Creditanstalt in völlige Abhängigkeit zur Reichs-Kredit-Gesellschaft AG, deren Majorität selbst dann noch gesichert blieb, als die VIAG 25 % des Aktienkapitals an die Deutsche Bank abgab, weil diese schon vor dem Anschluß an der Creditanstalt beteiligt war.

Weiterhin übernahm die bereits unter dem Einfluß der Dresdner Bank stehende österreichische Mercurbank die französischen und tschechoslowakischen Bankfilialen in Österreich und firmierte von nun an als Länderbank Wien AG. Aus dem Österreichischen Creditinstitut für öffentliche Unternehmungen und Arbeiten wurde unter maßgeblicher Beteiligung der Bayerischen Hypotheken- und Wechselbank eine gemischte Hypothekenbank, das Hypotheken- und Creditinstitut Wien. Die kleineren österreichischen Spezialbanken gingen in den entsprechenden Instituten des Reichs auf, wie z. B. in der Bank der deutschen Arbeit und in der Bau- und Bodenbank. Nur die Girozentrale der österreichischen Genossenschaften und die Girovereinigung der Sparkassen wurden nicht mit der Deutschen Zentralgenossenschaftskasse bzw. der Deutschen Girozentrale fusioniert, sondern blieben - erstere unter der Bezeichnung Genossenschaftliche Zentralbank der Ostmark AG - unter starker altreichsdeutscher Beteiligung als regionale Institute erhalten.

Die stärksten Einbußen aber erlitt das private österreichische Bankgewerbe. Von den ehemals 140 Privatbanken blieben schließlich nur noch 40 übrig. Man hatte nämlich die Bankenkonzessionsverordnung kurzerhand dahingehend abgeändert, daß nicht mehr vertrauenswürdigen Personen die Konzession entzogen

werden konnte, und auf Grund dieser Bestimmung die in jüdischem Besitz befindlichen Banken geschlossen oder unter kommissarische Leitung gestellt. Die charakterlich und geschäftlich meist völlig untauglichen Kommissare brachten diese Banken bald an den Rand des Ruins, so daß sie nach und nach von den Großbanken übernommen wurden.⁽¹⁾

Wenn damit auch nahezu der gesamte österreichische Bankenapparat unter die Herrschaft der altreichsdeutschen Großbanken geraten war, so konnte doch die Geltung des Kreditwesengesetzes erst nach Anpassung der wirtschaftlichen Verhältnisse nach Österreich ausgedehnt werden. Und zwar geschah dies unter Einhaltung bestimmter Übergangsfristen durch die Verordnung zur Einführung von Gesetzen über das Kredit- und Zahlswesen im Lande Österreich vom 1. Oktober 1938 (RGBl. I S. 1329).

10. Die Geldversorgung nach der Währungsumstellung

Der österreichische Geldstrom wurde gleich nach dem deutschen Einmarsch infolge der veränderten politischen und wirtschaftlichen Gegebenheiten nachhaltig angereichert.

Schon die Auszahlung der Clearingforderungen aus dem deutsch-österreichischen Verrechnungsverkehr in Höhe von 60 Mill. S bedeutete für die österreichische Wirtschaft eine beachtliche Liquiditätszunahme. Indem nämlich die Exporteure in den Besitz des dringend benötigten Entgelts für längst getätigte Leistungen gelangten, verteilten sich diese Gelder sehr rasch auf die vorgelagerten Produktionsstufen.

Aber auch über die Ausgaben der einmarschierten Soldaten und Parteifunktionäre sowie der vielen "auslandshungrigen" Besucher aus dem Altreich ⁽²⁾ strömten beträchtliche Mengen von Reichsmarkzahlungsmitteln in die österreichische Wirt-

(1) Vgl. hierzu die einzelnen Angaben im Bank-Archiv, Jg. 1937/38, S. 336, 405, 457, 482, 517, 550 f., 623; sowie Jg. 1939, S. 232, 259 f., 345 ff.

(2) Die Mitnahme von Reichsmarkzahlungsmitteln nach Österreich blieb im zivilen Reiseverkehr bis zum 30. März 1938 auf den ursprünglichen Freibetrag von 10 RM begrenzt. Danach wurde dieser auf 300 RM je Kalendermonat heraufgesetzt. Grenzbewohner durften bei jedem Grenzübertritt bis zu 20 RM mitnehmen. (RE Nr. 22/38 D. St. / -Ue. St. v. 30.3. 1938). Doch schon am 13. April fielen alle Beschränkungen (RE 27/38 D. St. / Ue. St. v. 13.4. 1938).

schaft. Die Nachfrage dieser Kreise wurde kaum dadurch gedämpft, daß die österreichischen Preise nach der Schillingaufwertung zum Teil erheblich über den deutschen lagen. Der Kaufanreiz ging vielfach davon aus, daß die Soldaten insbesondere ihren weiblichen Angehörigen und Bekannten "etwas von da unten" mitbringen wollten. Dies spiegelt sich z.B. deutlich in den Wiener Einzelhandelsumsätzen für Damenkonfektion wider, die sich bereits im März gegenüber dem Vormonat (unter Ausschaltung des jahreszeitlichen Trends) verdoppelten, obwohl gerade in dieser Branche die Preise nach der Schillingaufwertung in Österreich erheblich höher als im Altreich lagen (1). Ähnlich verhielt es sich im Schuheinzelhandel. Die Lebensmittelumsätze dagegen stiegen nur geringfügig, obwohl gerade auf diesem Sektor in etwa Verbraucher-geldparität bestanden haben dürfte. Im übrigen zeigten die Besucher aus dem devisenarmen Altreich eine besondere Vorliebe für die daheim entbehrten ausländischen Qualitäten. So wurden z.B. namentlich im kleinen Grenzverkehr große Mengen Austria-Zigaretten mit buntem Mundstück ausgeführt, obwohl damals die deutschen Zigaretten rein geschmacklich nicht so viel schlechter waren, daß dies den um ein Drittel höheren Preis der österreichischen gerechtfertigt hätte.

Des weiteren schwoll der österreichische Geldstrom dadurch stark an, daß die österreichische "Ausfuhr" nach dem Altreich wesentlich umfangreicher war als die "Einfuhr" von dort (2).

Zwar waren durch die Schillingaufwertung die österreichischen Güter für den altreichsdeutschen "Importeur" um etwa 36 % teurer geworden. Doch wurde diese Verteuerung weitgehend durch die Verbilligung kompensiert, die auf Grund der Verordnung über die Zollfreiheit von Waren österreichischen Ursprungs vom 21. März 1938 (RGBl. I S. 300) eintrat. Im übrigen war der Preisstand oft nicht so entscheidend, wie der Umstand, daß Güter bezogen werden konnten, die im Altreich vielfach nur nach langen Lieferfristen zu erhalten waren. Wenn auch nach der Verordnung über den Warenverkehr mit Österreich vom 23. März 1938 (RGBl. I S. 302) die "Einfuhr" österreichischer Waren ins

(1) Vgl. Tabellenanhang, in: Monatsberichte, a.a.O., 12. Jg. (1938), S. 170.

(2) Bis zur Eingliederung Österreichs in das deutsche Zollgebiet wurde zwar der Handel Österreichs mit dem Ausland, leider aber nicht der Warenverkehr mit dem übrigen Reichsgebiet statistisch erfaßt und veröffentlicht (vgl. Wirtschaft und Statistik, 18. Jg. (1938), S. 395).

Altreich zunächst noch an die Genehmigung der zuständigen Überwachungsstelle (1) gebunden blieb, so wurde diese doch im allgemeinen großzügig erteilt, da nur der überstürzte Abfluß von Rohstoffen und Halbfertigwaren verhindert werden sollte (2). Außerdem blieb die Einfuhr österreichischer Waren in das übrige Reichsgebiet nicht nur der privaten Initiative überlassen. Gemäß der Verordnung zur wirtschaftlichen Wiederbelebung Österreichs vom 23. März 1938 (RGBl. I S. 309) war man bestrebt, durch planmäßige Vergabe öffentlicher Aufträge die noch nicht ausgenutzten österreichischen Produktionskapazitäten zur Bedarfsdeckung heranzuziehen. Entgegengesetzt lagen die Verhältnisse bei der österreichischen "Einfuhr" aus dem Altreich. Zunächst wirkte sich schon der aus der Schillingaufwertung resultierende Vorteil für den österreichischen "Importeur" nicht voll aus, da nach dem Anschluß die Verbilligungen durch das Zusatzausfuhrverfahren wegfielen (3). Außerdem blieb die seitherige Zollbelastung in vollem Umfang aufrechterhalten, denn die Grundlage der österreichischen Zölle, die Goldkrone, war ebenfalls im Verhältnis 1 GK = 1,35 S = 0,90 RM aufgewertet worden. Schließlich wirkte sich auch die Warenknappheit im Altreich, wo viele Firmen bereits auf Monate im voraus mit der Abwicklung der vorliegenden Aufträge beschäftigt waren, restriktiv auf den Umfang der "Einfuhr" aus.

Noch weniger abzuschätzen als das Ausmaß der Warenbewegungen ist das der Kapitalbewegungen. Es kann heute auch nicht mehr annähernd festgestellt werden, welcher Anteil der von Österreich aufgebrachten Steuern und Anleihemittel im Lande selbst wieder ausgegeben wurde und ob ein Zuschuß aus dem Altreich erfolgte. Sicher ist nur, daß die Ausgaben für die Aufrüstung außerordentlich hoch waren. Außerdem konnte der Reichsfinanzminister auf Grund der Verordnung zur wirtschaftlichen Wiederbelebung Österreichs vom 23. März 1938 (RGBl. I S. 309) Reichsmittel als Darlehen oder Zuschüsse zur Förderung des Baues von Autobahnen und -straßen, Wasserwerken, Bergwerken, Erdölgewinnungsstätten sowie zur Förderung von Arbeiten auf dem Gebiet der Landeskultur, der Landwirtschaft und des Wohnungsbaues geben. Dagegen war der private Kapitalver-

-
- (1) Verordnung über die Errichtung der Verbindungsstelle der Überwachungsstellen in Wien vom 19. März 1938 (RGBl. I S. 263).
 - (2) Der Genehmigungszwang wurde schon durch die Zweite Verordnung über den Warenverkehr mit Österreich vom 14. Juni 1938 (RGBl. I S. 628) mit Ausnahme für einige Güter der Ernährungs- und Landwirtschaft wieder aufgehoben.
 - (3) Vgl. Monatsberichte, a. a. O., 13. Jg. (1939), S. 83.

kehr von Deutschland nach Österreich anfangs noch bestimmten Beschränkungen unterworfen. Nach der Verordnung über Beschränkung der Errichtung von gewerblichen Unternehmungen und Betrieben im Lande Österreich vom 19. März 1938 (RGBL. I S. 264) war es nämlich für altreichsdeutsche Personen verboten, in Österreich gewerbliche Betriebe zu errichten, sich an bestehenden zu beteiligen oder solche zu erwerben. Durch diese Maßnahme sollte den Österreichern der ihnen gebührende Anteil am wirtschaftlichen Aufschwung gesichert werden.

Bei den Banken sammelten sich auf Grund dieser Entwicklung in großem Umfang kurzfristige Gelder an. Um die unkontrollierte Kreditgewährung der Banken zu unterbinden und die Mittel dem Reich dienstbar zu machen, schöpfte die Reichsbank diese nach Möglichkeit ab, indem sie Solawechsel der Deutschen Golddiskontbank ausgab. Im übrigen hatte das Reich auch auf dem Kapitalmarkt den absoluten Vorrang, so daß die erste in Österreich aufgelegte Reichsanleihe trotz der verhältnismäßig ungünstigen Rendite ein voller Erfolg werden konnte.

11. Die Folgen der Währungsumstellung für die Außenwirtschaft

Österreich war wirtschaftlich eng mit dem Ausland verflochten. Industrie und Urproduktion hatten sich nach dem Zerfall der Doppelmonarchie verstärkt dem Export zugewandt, um ihre Kapazität voll ausnutzen zu können. Viele Österreicher fanden in dem weitverzweigten Fremdgewerbe Beschäftigung. Vor allem aber war das Land auf die Einfuhr, insbesondere von bestimmten Rohstoffen, unbedingt angewiesen. Die österreichische Regierung hatte also sowohl aus beschäftigungspolitischen wie auch aus devisenpolitischen Gründen darauf bedacht sein müssen, die inländischen Preise möglichst so niedrig zu halten, daß Österreich trotz der wirtschaftlichen Stagnation in den westlichen Ländern konkurrenzfähig blieb.⁽¹⁾

Durch die Schillingaufwertung war nun die seitherige Konkurrenzsituation plötzlich verändert worden. Die österreichischen Güter verteuerten sich für den ausländischen Importeur sogar noch mehr als für den altreichsdeutschen Käufer,

(1) Vgl. Österreich-Kunde. Land, Volk, Geschichte, Kultur, Bildung, Landwirtschaft, Gewerbliche Wirtschaft, Energie- u. Verkehrswirtschaft, Außenhandel, Währung, Kreditwesen, Verschuldung, Rechtswesen. Eine Gemeinschaftsarbeit von H. Berking u. a., hrsg. von Walther H. Herbert, Stuttgart 1938, S. 147 ff.

nämlich um insgesamt 44 %, da nach der internationalen Parität die Reichsmark nicht wie im deutsch-österreichischen Verrechnungsverkehr 2,04 S, sondern 2,17 S zählte. Lediglich gegenüber einigen südost-europäischen Staaten, mit denen Österreich Clearingverkehr unterhielt, war die Preiserhöhung etwas geringer. Auf der anderen Seite bedeutete die Schillingaufwertung für den österreichischen Importeur eine entsprechende Verbilligung.(1)

Aber nicht nur die aussenwirtschaftliche Preisrelation, sondern auch die wirtschaftspolitischen Voraussetzungen hatten sich grundlegend geändert. Zwar hatte die Reichsregierung gleich nach dem Anschluß erklärt, sie werde die österreichischen Handelsverträge vorerst weiter anwenden. Das Ausland jedoch akzeptierte bald nicht mehr die Fiktion von dem handelspolitisch noch selbständigen Österreich, auf Grund deren sich die Reichsregierung die Vorteile aus den österreichischen Verträgen bis zur Einbeziehung des Landes in das deutsche Vertragssystem zu erhalten hoffte. Die handelspolitische Selbständigkeit Österreichs konnte eben nicht allein damit begründet werden, daß auch für Altreichsgüter bei der Einfuhr nach Österreich der seitherige Zolltarif galt. Zumindest hätten auch die freizügigen österreichischen Devisenbestimmungen weiter in Kraft bleiben müssen. Außerdem spielten politische Gesichtspunkte eine Rolle. Das Ausland verurteilte scharf die Haltung der Reichsregierung in der Frage der österreichischen Auslandsanleihen und die rigorose "Arisierung" der österreichischen Wirtschaft. Einige Staaten kündigten deshalb die alten Verträge einseitig auf, andere drohten mit Einzelmaßnahmen, wie Zwangsclearing, Aufhebung der Meistbegünstigung oder Berechnung des Wertzolles auf der Grundlage des aufgewerteten Schillings.(2)

Zusammenfassend können wir also feststellen: Neben der Schillingaufwertung trugen folgende Umstände dazu bei, die österreichische Leistungsbilanz stark zu passivieren: die gestiegene binnenländische Kaufkraft, der handelspolitische Schwebezustand während der Übergangszeit, der Abbruch wertvoller Auslandsverbindungen durch die "Arisierung" und der infolge der politischen Ereignisse versiegende Auslands-Fremdenverkehr.

(1) Vgl. Der Außenhandel im Zeichen der Eingliederung; in: Monatsberichte, a.a.O., 13. Jg. (1939), S. 82 f.

(2) Vgl. Der deutsche Volkswirt, 12. Jg. (April - Juni 1938), S. 1376 f., S. 1498 und 1836.

In langwierigen Verhandlungen der Regierungsausschüsse wurden schließlich die ehemals freizügig geregelten außenwirtschaftlichen Beziehungen Österreichs in die engen Bestimmungen der deutschen bilateralen Waren-, Verrechnungs- und Zahlungsabkommen gezwängt (1). Die deutsche Ein- und Ausfuhrüberwachung stellte sicher, daß nur noch Rohstoffe sowie notwendige Rüstungsgüter eingeführt und entbehrliche Fertigwaren ausgeführt werden konnten. Wo eine erwünschte Ausfuhr infolge des Preisstandes nicht möglich war, gewährten die Preisstellen nach dem deutschen Zusatzausfuhrverfahren Zuschüsse. Die Preise büßten damit für Österreich ihre außenwirtschaftliche Lenkungsfunktion weitgehend ein, so daß auch der deutsche Zolltarif, der mit dem neuen deutschen Zollgesetz (ZG) vom 20. März 1939 (RGBl. I S. 529) in Österreich eingeführt wurde, die außenwirtschaftlichen Beziehungen dieses Landes kaum noch beeinflussen konnte.

12. Preisstop und punktuelle Maßnahmen zur Preissenkung

Die Schillingaufwertung, mit deren Hilfe die Preisangleichung erleichtert werden sollte, erwies sich bald als deren größtes Hindernis. Denn durch sie waren nur die Löhne, Mieten und ein Teil der Lebensmittelpreise näher an den Altreichsstand herangebracht worden, die Vielzahl der übrigen Preise aber war weit über diesen hinausgehoben worden. Das Problem der Preisangleichung stellte sich damit vorwiegend in seiner volkswirtschaftlich schwierigeren Form: der Preissenkung.

Und dabei drängte die Marktlage überall zu Preissteigerungen. Die zusätzliche Nachfrage aus dem Altreich löste trotz überfüllter Läger und beträchtlicher Kapazitätsreserven sehr bald Preissteigerungstendenzen aus, da sie stoßartig einsetzte und sich überdies auf einzelne Güter konzentrierte. Da viele Preise infolge der vorangegangenen Depressionszeit kaum noch die Kosten deckten, versuchten die Unternehmer, diese aufzubessern, ehe der im Altreich bestehende Preisstop auf Österreich ausgedehnt wurde.

Durch die Verordnung über das Verbot von Preiserhöhungen im Lande Österreich vom 29. März 1938 (RGBl. I S. 340) wurde der Preisstop dann jedoch rückwirkend zum 17. März 1938 in Kraft gesetzt. Die Preisbildungsstelle in Wien und

(1) Vgl. Der Außenhandel im Zeichen der Eingliederung, in: Monatsberichte, a. a. O., 13. Jg. (1939), S. 82 - 97, und

Vgl. Die handelspolitische Eingliederung Österreichs, in: Der deutsche Volkswirt, 12. Jg. (Juli-Sept. 1938), S. 2001 - 2004.

die regionalen Preisüberwachungsstellen (1) führten das Verbot äußerst streng durch und verhinderten sogar Preisaufrundungen, die durch die Umstellung von Schilling auf Reichsmark opportun geworden waren.

Auch im Warenverkehr zwischen Österreich und dem Altreich durfte der im Verkäuferland gültige Höchstpreis nicht überschritten werden, die Überwachungsstellen konnten jedoch höhere Preise festsetzen und dabei Kosten- und Gewinnaufschläge sowie Zahlungs- und Lieferungsbedingungen regeln. Im übrigen waren sie ermächtigt, die beim Einführer anfallenden Übergewinne abzuschöpfen.(2)

Starke Auftriebstendenzen zeigten sich ferner bei den Löhnen, die teilweise immer noch erheblich unter denen des Altreichs lagen. Eine Aufbesserung der Löhne, die in den meisten österreichischen Gewerben den wichtigsten Kostenfaktor darstellten, wäre meist nur über Preissteigerungen möglich gewesen. Andererseits mußte es den kostengünstigeren Betrieben sogar verboten werden, die Löhne angesichts des immer größer werdenden Facharbeitermangels zu erhöhen, da die Abwerbung nicht mit dem staatlich gelenkten Arbeitseinsatz (3) zu vereinbaren war. Lohnänderungen blieben auf Grund der Zweiten Verordnung über die Einführung sozialrechtlicher Vorschriften im Lande Österreich vom 9. Juli 1938 (RGBl. I S. 851) den Tarifordnungen und Richtlinien des Reichstreuhänders der Arbeit vorbehalten und fanden im übrigen einen verhältnismäßig engen Spielraum nach oben in den Bestimmungen der Verordnung über die Lohngestaltung vom 25. Juni 1938 (RGBl. I S. 691).

-
- (1) Durch die Anordnung über die Wahrnehmung der Aufgaben und Befugnisse des Reichskommissars für die Preisbildung im Lande Österreich vom 29. März 1938 (RGBl. I S. 341) waren der Reichsstatthalter mit der Preisbildung und die Landeshauptmänner mit der Preisüberwachung beauftragt worden. Ihre Aufgaben und Befugnisse ergaben sich aus der Zweiten Anordnung vom 1. April 1938 (RGBl. I S. 354).
 - (2) Verordnung über die Preisbildung im Warenverkehr zwischen dem Lande Österreich und dem übrigen Reichsgebiet vom 15. April 1938 (RGBl. I S. 401).
 - (3) Verordnung über die Eingliederung der Landesarbeitsämter und Arbeitsämter in die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung und über die Regelung des Arbeitseinsatzes im Lande Österreich vom 20. Mai 1938 (RGBl. I S. 591).

Wenn damit auch Preis- und Lohnerhöhungen weitgehend unterbunden worden waren, so wirkten doch die Ursachen in verstärktem Ausmaß fort. Der österreichische Produktionsapparat war den gewaltigen Anforderungen, die im Rahmen des Vierjahresplanes und infolge der steigenden Masseneinkommen an ihn gestellt wurden, bald nicht mehr gewachsen. Die allseits entstandenen Engpässe mußten mit Lieferfristen, Kontingenten, psychologischer Verbrauchslenkung (Eßt mehr Fisch, und Ihr bleibt gesund !) und Qualitätsverschlechterungen überbrückt werden.

Möglichkeiten zur Preissenkung gab es unter diesen Umständen nur in sehr begrenztem Umfang. Zunächst begnügte man sich mit einem kasuistischen Vorgehen. Und zwar wurden dort Preissenkungen erzwungen, wo Kostenbestandteile auf Grund der veränderten Verhältnisse offenbar billiger geworden waren. So mußte die Steuerermäßigung, die durch die Einführung der deutschen Umsatzsteuer entstand, gemäß der Ersten Verordnung über eine allgemeine Preissenkung im Lande Österreich (Umsatzsteuersenkung) vom 27. April 1938 (RGBl. I S. 427) offen ausgewiesen und an den Käufer weitergegeben werden. Auch die aus der Schillingaufwertung resultierende Verbilligung der Einfuhrgüter war entsprechend der auf Österreich ausgedehnten Auslandswarenpreisverordnung (1) an den Verbraucher weiterzugeben. Preissenkungen konnten ferner überall dort durchgesetzt werden, wo der Staat den Preis eines Gutes verhältnismäßig unabhängig von den Gestehungskosten festsetzen oder Subventionen geben konnte. Hierzu gehörte z. B. die Einführung der deutschen Eisenpreise sowie der Tarife von Reichsbahn und Reichspost, die Kohleverbilligung, die Senkung der Benzinpreise, die Roggenpreisvergütung, Düngemittelsubventionen und Zinsermäßigungen. Damit diese Preisermäßigungen auch weitergegeben wurden und sich in den Verbraucherpreisen niederschlugen, wurde die Zweite Verordnung über eine allgemeine Preissenkung im Lande Österreich (Weitergabe von Preisermäßigungen) vom 3. Februar 1939 (RGBl. I S. 161) erlassen. Vorschriften über Preislisten und Preisauszeichnung sowie parteiamtliche Preisprüfungs- und Preisüberwachungsstellen halfen, die staatliche Preisbildung streng durchzuführen. Kartellabsprachen und die Festsetzung von Markenartikelpreisen bedurften wie auch im Altreich der Genehmigung des Reichskommissars für die Preisbildung (2).

-
- (1) Verordnung über die Einführung der Verordnung über Preisbildung für ausländische Waren im Lande Österreich vom 5. Mai 1938 (RGBl. I S. 510).
 - (2) Verordnung über Preisbindungen und gegen Verteuerung der Bedarfsdekung für das Land Österreich vom 5. Mai 1938 (RGBl. I S. 510).

Mit besonderem Nachdruck wurden die Handelsspannen gesenkt, die man schließlich sogar für die einzelnen Branchen amtlich festsetzte.

13. Die Anpassung der Produktionsbedingungen

Man konnte sich aber nicht damit begnügen, die Preise durch dirigistische Maßnahmen herunterzudrücken. Um das österreichische Preisgefüge an das deutsche anzupassen, mußten vielmehr erst einmal die österreichischen Produktionsbedingungen denen des übrigen Reiches angeglichen werden. War doch Österreich, im Gegensatz zu Deutschland, bis zuletzt in die weltwirtschaftliche Stagnation verstrickt gewesen. Die österreichischen Betriebe hatten ihre Kapazitäten nicht voll auslasten können und mußten, um wenigstens einigermaßen beschäftigt zu sein, ihre Erzeugung stark zersplittern, so daß schon von dem "Bazar Österreich" gesprochen wurde, in dem es alles zu kaufen gäbe. Dadurch waren die technischen Verfahren und Einrichtungen vielfach veraltet und unwirtschaftlich. Teilweise konnte der vorhandene Produktionsapparat auch gar nicht den neuen Anforderungen gewachsen sein, wie z.B. das Baugewerbe, dessen Maschinenpark viel zu klein war, um die riesenhaften Projekte im Rahmen des Vierjahresplans bewältigen zu können.(1)

Wenn auch die Reichsbank in Österreich sofort nach dem Anschluß die österreichischen Wechsel zu den im Reich üblichen Bedingungen diskontierte und die Banken auf Grund der bereits geschilderten Verhältnisse äußerst liquide waren, so reichte dies doch nicht aus, um den vielen mittleren und kleinen Unternehmen die zur Rationalisierung und Betriebserweiterung notwendige Kredithilfe zu gewähren. Denn bei ihnen bildete die zu stellende Kreditsicherheit ein besonderes Problem, zumal die österreichischen Banken wegen ihrer bitteren Erfahrungen im Jahre 1932 äußerst vorsichtig waren. Der Reichsminister der Finanzen wurde deshalb durch das Gesetz zur Förderung der gewerblichen Wirtschaft im Lande Österreich vom 9. April 1938 (RGBl. I S. 373) ermächtigt, Garantien bis zum Höchstbetrag von 150 Mill. RM zu übernehmen.(2)

Zur Förderung von Neuinvestitionen durften Gegenstände des betrieblichen Anlagevermögens, soweit sie in Österreich hergestellt worden waren, während einer Übergangszeit vorzeitig abgeschrieben werden (3).

(1) Vgl. Monatsberichte, a. a. O., 13. Jg. (1939), S. 44 f.

(2) Vgl. hierzu, Die Kreditgarantie des Reiches für die Ostmark, in: Bank-Archiv, XXXVII. Jg. (1937/38), S. 746 - 748.

(3) § 2 der Verordnung zur wirtschaftlichen Wiederbelebung Österreichs vom 23. März 1938 (RGBl. I S. 309).

Besonderer Unterstützung erfreute sich die Landwirtschaft, die u.a. Kredite für die Düngemittelversorgung, Beihilfen für den Bau von Futtereinsäuerungsbehältern und den Betrieb von Almwirtschaften sowie Anbauprämien für Flachs und Hanf erhielt (1).

Auch mit dem Mittel der öffentlichen Auftragsvergebung wurde versucht, die Anpassung der Betriebe an die neuen Absatzverhältnisse zu erleichtern. Und zwar sollte das Investitionsrisiko der mit zu hohen Kosten produzierenden Betriebe dadurch verringert werden, daß man diese bei der Auftragsvergabe besonders berücksichtigte und ihnen sogar zum Teil höhere Preise bewilligte.(2)

Das Reichskuratorium für Wirtschaftlichkeit wurde damit beauftragt, betriebswirtschaftliche Einzeluntersuchungen vorzunehmen, um an Hand deren Ergebnisse die Betriebe beraten zu können. Häufig dienten solche Gutachten auch als Grundlage für Verhandlungen über die Unterstützung eines Industriezweiges oder die Unterstützung mehrerer Firmen derselben Branche.(3)

Doch der Rationalisierung stellten sich allenthalben Hindernisse entgegen. Es fehlten die benötigten Maschinen, da die Altreichsfirmen diese erst nach langen Fristen lieferten und nicht genügend Devisen für die Einfuhr zur Verfügung standen. Es fehlten infolge der angestrengten Transportlage selbst die im Reich vorhandenen Rohstoffe und es fehlten vor allem die Facharbeiter. In der Wirtschaft herrschte große Ratlosigkeit. Die Unternehmer wußten infolge der allumfassenden staatlichen Bevormundung nicht, nach welcher Richtung sie ihre Betriebe umstellen sollten, und warteten auf die Entscheidung der Rationalisierungsstelle. Diese wiederum wurde erst nach eingehender Betriebsbesichtigung gegeben, so daß oft wertvolle Zeit verloren ging.(4)

(1) Vgl. hierzu v. Coler, Edit, Reichsbeihilfen für die österreichische Landwirtschaft, in: Braune Wirtschafts-Post, 7. Jg. (1938), S. 430 - 432.

(2) Monatsberichte, a. a. O., 12. Jg. (1938), S. 217 - 222.

(3) Seebauer, Georg, Volks- und betriebswirtschaftliche Bestandsaufnahme in der Ostmark, in: Der deutsche Volkswirt, 13. Jg. (Okt.-Dez. 1938), S. 333-336.

(4) Vgl. Monatsberichte, a. a. O., 13. Jg. (1939), S. 45.

14. Die Preisangleichung

Die noch zahlreich bestehenden Preisunterschiede zwischen Österreich und dem Altreich konnten jedoch nicht mit dirigistischen Maßnahmen allein behoben werden. Man mußte vielmehr auch auf den damals in Deutschland verpönten Wettbewerbsautomatismus zurückgreifen, um einen Druck auf die österreichischen Preise ausüben zu können. Mit Wirkung vom 1. Juli 1938 ermäßigte der Reichsfinanzminister die österreichischen Zölle auf deutsche und ausländische Güter, indem er den Kurs der Zollgoldkrone von 1,22 RM auf 0,90 RM herabsetzte, wie es dem ursprünglichen Umrechnungsverhältnis $2 S = 1 RM$ entsprach. Durch die Verordnung über Änderungen von Zöllen, Verbrauchsteuern und Monopolen im Lande Österreich vom 22. Juni 1938 (RGBl. I S. 650) wurde die Zollfreiheit auf eine große Anzahl altreichsdeutscher Waren ausgedehnt. Um einen psychologischen Effekt zu erreichen, erließ man außerdem zur gleichen Zeit bereits die Verordnung über die Zollfreiheit von Waren deutschen Ursprungs bei der Einfuhr nach Österreich vom 26. Juni 1938 (RGBl. I S. 692), auf Grund deren sämtliche Zölle gegenüber dem Altreich ab 1. Oktober 1938 wegfallen sollten.

Da sich indes die Preise vieler österreichischer Erzeugnisse auch am 1. Oktober 1938 noch nicht an den niedrigeren Altreichsstand angeglichen hatten, wurde durch die Verordnung über einen Marktschutz der österreichischen Wirtschaft vom 27. September 1938 (RGBl. I S. 1203) die Möglichkeit zum Abschluß sog. Gebietsschutzabkommen eingeräumt. Und zwar wurden die Leiter der einzelnen Wirtschaftsgruppen ermächtigt, mit Zustimmung des Reichswirtschaftsministers und gegebenenfalls des Reichskommissars für die Preisbildung für ihre Mitglieder verbindliche Anordnungen darüber zu erlassen, in welchen Mengen und zu welchen Preisen sie bestimmte Waren aus dem Altreich nach Österreich einführen durften. Als Preise wurden unter anderem festgelegt: Altreichspreise plus Zoll, Altreichspreise plus bestimmte Preiszuschläge und Ostmarkpreise. All diese Zuschläge mußten von den Lieferanten an ein "Sonderkonto Ostmark" abgeliefert werden, über dessen Verwendung die Wirtschaftsgruppen im Einvernehmen mit dem Reichswirtschaftsminister und dem Reichskommissar für die Preisbildung entschieden. Der Gebietsschutz sollte eine beweglichere Preisanpassung gestatten, indem er durch eine spezialisierte Behandlung seitens der einzelnen Wirtschaftsgruppen jeden Tag auf Grund der dauernd stattfindenden Prüfungen den tatsächlichen Verhältnissen angepaßt werden konnte. Doch zeigte sich bald, daß die Einhaltung der Bestimmungen insbesondere im Grenzgebiet weitaus schwieriger zu überwachen war als beim Zollverfahren. Zudem hatte man auch Waren in die Gebietsschutzabkommen einbezogen, die in Österreich entweder gar nicht oder nur in unzulänglichen Mengen hergestellt wurden. Viel-

fach ging auch die Nachfrage schlagartig zurück, da man damit rechnete, daß die unbefristeten Gebietsschutzabkommen bald wieder aufgehoben werden würden. Als besonders nachteilig aber erwies sich, daß auf Grund der vielen Fehlentscheidungen, wie sie jedem zentralverwaltungswirtschaftlichen System immanent sind, die erstrebte marktwirtschaftliche Anpassung der österreichischen Preise an den Altreichsstand nicht nur unbeabsichtigt stark gehindert wurde, sondern daß darüber hinaus sogar neue Anpassungsschwierigkeiten entstanden. Auf Grund heftiger Kritik, insbesondere seitens der österreichischen Verbraucher, wurde bereits am 1. November 1938 die Hälfte der ursprünglich 250 Gebietsschutzabkommen aufgehoben oder doch zumindest stark gelockert. Im übrigen beschränkte man sich nunmehr in zunehmendem Maße auf einfache Kontingentsvereinbarungen, wodurch das Verfahren etwas flexibler gestaltet werden konnte. Im März 1939 wurden dann allerdings diese Vereinbarungen weitgehend überflüssig, denn die infolge der forcierten deutschen Aufrüstung immer größer werdende Warenknappheit stellte von da an einen wesentlich wirksameren Marktschutz dar. Wenn auch Anfang 1939 die Lebenshaltungskosten (ohne die schwer vergleichbaren Wohnungskosten) nach dem altreichsdeutschen Verbrauchsschema in Wien nur noch etwa 10 % höher als in Berlin lagen (1), so war doch die Angleichung der Einzelpreise, insbesondere bei den Kostengütern, nicht erreicht worden, wie schon aus der folgenden Übersicht hervorgeht (2) :

Unterschiede der Großhandelspreise in Wien gegenüber Berlin im Januar 1939, und zwar in Prozenten der Berliner Preise :

Steinkohle	+ 106	Paraffin	+ 16
Mauerziegel	+ 59	Bau- und Nutzholz	+ 13
Sohlenleder	+ 47	Petroleum	- 44
Zement	+ 38	Flachs	- 34
Kristallsoda	+ 33	Packpapier	- 14
Stabeisen	+ 27	Kupfer	- 10
Zeitungsdruckpapier	+ 17		

(1) Vgl. Wirtschaft und Statistik, 19. Jg., Berlin 1939, S. 22.

(2) Quelle: Monatsberichte des Wiener Institutes für Wirtschafts- und Konjunkturforschung (Sonderheft: Die Entwicklung der ostmärkischen Wirtschaft seit der Wiedervereinigung mit dem Reich) 13. Jg., Wien 1939, S. 70.

V. DIE WÄHRUNGSUMSTELLUNG IM SUDETENLAND 1938/39

1. Die währungspolitischen Folgen der Sudetenkrise

Gleich nach dem Anschluß Österreichs begann Hitler, die Besetzung der sudetendeutschen Gebiete durch die deutsche Wehrmacht vorzubereiten. Und schon Mitte Mai erreichte die sog. Sudetenkrise infolge der tschechoslowakischen Teilmobilmachung ihren ersten Höhepunkt.(1)

Der tschechoslowakische Notenumlauf stieg im Zusammenhang mit diesen Ereignissen sprunghaft von 5,5 Md. Kc auf 7,6 Md. Kc an. Im einzelnen wardies die Folge der Ausgaben für die Mobilisierung, der Stützungskäufe durch die Tschechoslowakische Nationalbank am Staatsanleihenmarkt, der einsetzenden Kapitalflucht und nicht zuletzt der umfangreichen Notenhortung durch die Bevölkerung. Um das Deckungsverhältnis der Noten zu verbessern, wurden die 50-Kc-Noten zu Staatspapiergeld erklärt (2). Außerdem versuchte die tschechoslowakische Regierung, die Notenhorte durch Ausgabe von jederzeit diskontierbaren Kassenscheinen aufzulösen (3) und die Kapitalflucht mittels verschärfter Devisenbestimmungen zu unterbinden (4). Doch waren diese Versuche nicht sehr erfolgreich. Und als dann im September 1938 die Krise ihrem endgültigen Höhepunkt zustrebte, stieg der Stückgeldumlauf bis auf das Doppelte des normalen an. Da damit die Notendeckung kaum noch das gesetzliche Minimum von 25 % betrug, wurden nun auch noch die 100-Kc-Noten zu Staatspapiergeld erklärt. Außerdem mußte am 22. September die Börse geschlossen werden, weil die Verkäufe von Staatsanleihen trotz der Intervention der Nationalbank immer mehr zunahmen. Auch im Ausland konnten die Kurse der tschechoslowakischen Werte nun nicht mehr gehalten werden, und so fielen die tschechoslowakischen Auslandsanleihen, die vor der Krise sogar über ihrem Nennwert notiert worden waren, bis auf einen Kurs von 24, während die Kronennoten in den angrenzenden Ländern ein Disagio von etwa 25 % erlitten. Um die ständig zunehmende Kapitalflucht einzudämmen, verhängte die tschechoslowakische

(1) Vgl. hierzu Celowvsky, Boris, Das Münchener Abkommen 1938, Stuttgart 1958.

(2) Keesings Archiv der Gegenwart, 1938, 3556 C, 3573 A.

(3) Ebenda, 3694 C, 3702 E.

(4) Ebenda, 3568 C.

Regierung schließlich am 22. September über alle Banken und Sparkassen eine bedingte Auszahlungssperre.(1)

2. Der Militärkurs der Reichsmark im Sudetenland

Nachdem Hitler in seinem Bad Godesberger Memorandum vom 23. September 1938 ultimativ die Abtretung der sudetendeutschen Gebiete gefordert hatte, fand im Auswärtigen Amt eine Ressortleiterbesprechung statt, auf der die wirtschaftspolitischen Maßnahmen für den Fall der militärischen Besetzung des Sudetenlandes vorbereitet werden sollten. Hierbei einigte man sich unter anderem darauf, daß die Reichsmarkwährung in den sudetendeutschen Gebieten sofort nach der Besetzung einzuführen sei, weil das einrückende Militär und das Übernahmepersonal der Reichsbahn nur mit Reichsmarkzahlungsmitteln ausgestattet sein werde. Ausdrücklich unbestimmt blieb jedoch, zu welchem Umrechnungsverhältnis die Reichsmark gelten sollte.(2)

Auf Grund des Münchner Abkommens vom 29. September 1938 (3) begann dann die etappenweise Besetzung der sudetendeutschen Gebiete durch die deutsche Wehrmacht am 1. Oktober. Die wirtschaftlich relevanten Anweisungen für dieses Unternehmen waren erst am Vortag durch drei zum Teil gleichlautende Geheime Kommandosachen des Obersten Befehlshabers der Wehrmacht ergangen (4). Hierin war folgendes bestimmt worden: Die Reichsbank sei ermächtigt, Mobilmachungsgeldbestände mit Ausnahme von Reichskreditkassenscheinen an die Truppe auszugeben. Das Wehrleistungsgesetz gelte auch im besetzten Gebiet. Die Vergütung von Leistungen hätte bar und in deutscher Währung zu erfolgen. Die Beschlagnahme von Werten und Guthaben bei Kreditinstituten sowie sonstige Requisitionen seien untersagt. Die Versorgung der Wehrmacht mit Verpflegung, Futtermitteln und Treibstoffen müsse vom Reich aus sichergestellt werden.

(1) Vgl. Der Zusammenbruch der tschechischen Finanzwirtschaft, in: Bank-Archiv, Jg. 37/38, S.623.

(2) Vgl. Akten zur deutschen auswärtigen Politik, a.a.O., Bd.II, Nr.587, S. 731 f.

(3) Abkommen zwischen Deutschland, dem Vereinigten Königreich, Frankreich und Italien, getroffen in München am 29. September 1938. Bekanntmachung über das Münchner Abkommen vom 31. Oktober 1938 (RGBl. II S. 853).

(4) IMT, Bd. XXV, 388-PS, S.495 - 508.

Hinsichtlich der Höhe des anzuwendenden Umrechnungskurses scheinen sich die verantwortlichen Stellen bis zuletzt nicht einig gewesen zu sein. So hatte man in der ersten Geheimen Kommandosache den Kurs auf $100 \text{ Kc} = 9 \text{ RM}$ festgesetzt, wie dies auch in etwa der theoretischen Parität entsprach, die genau $100 \text{ Kc} = 8,708 \text{ RM}$ betrug. Später war dann aber die Angabe des Kurses mit der Bemerkung gestrichen worden: "Wird heute Nachm. bekanntgegeben" (1). In der nachfolgenden Geheimen Kommandosache wurde der Umrechnungskurs auf $100 \text{ Kc} = 10 \text{ RM}$ festgesetzt. Aber auch dieser rechnerisch einfache Kurs sollte wohl nur vorläufig gelten, worauf die in der dritten Geheimen Kommandosache gegebenen Erläuterungen hinweisen: Die militärische Besetzung erfordere auch die Regelung der wirtschaftlichen Verhältnisse im Sudetenland. Eine Angleichung könne nur allmählich erfolgen. Lediglich um den kleinen Kaufverkehr zu ermöglichen, werde für die Übergangszeit ein Kurs von $100 \text{ Kc} = 10 \text{ RM}$ festgesetzt. Das habe aber zur Voraussetzung, daß bis zur endgültigen Wirtschafts- und Währungsregelung nur solche Dinge im freien Handel gekauft werden, die zur Befriedigung des augenblicklichen Lebensbedarfs gehören. Jede Ausnutzung der derzeitigen wirtschaftlichen Lage benachteilige die sudetendeutsche Bevölkerung und werde als ein schwerer Verstoß bestraft. Im übrigen müsse die Einreise aus dem Altreich auf diejenigen Behörden und Dienststellen beschränkt bleiben, die im sudetendeutschen Gebiet besondere Aufgaben zu erfüllen hätten.(2) Diese Ausführungen deuten darauf hin, daß das Oberkommando der Wehrmacht einen Ausverkauf des Sudetenlandes durch die deutschen Truppen unter allen Umständen verhindern wollte.

3. Die Einführung der Reichsmarkwährung im Sudetenland

An dem Tag, da die Besetzung der sudetendeutschen Gebiete planmäßig abgeschlossen wurde, erließ Göring in seiner Eigenschaft als Beauftragter für den Vierjahresplan die Verordnung über die Einführung der Reichsmarkwährung in den sudetendeutschen Gebieten vom 10. Oktober 1938 (RGBl. I S. 1393). Auf Grund dieser Verordnung galt die Reichsmark ab 11. Oktober 1938 im Sudetenland als gesetzliches Zahlungsmittel neben der tschechoslowakischen Krone, und zwar zum Umrechnungssatz $1 \text{ Kc} = 12 \text{ Rpf.}$

(1) IMT, Bd. XXV, 388/PS, S. 495 (Beschreibung der Urkunde).

(2) IMT, Bd. XXV, 388-PS, S. 506.

Der Zahlungsmittelverkehr zwischen dem seitherigen Reichsgebiet und dem Sudetenland blieb jedoch zunächst noch bestimmten Beschränkungen unterworfen. Grundsätzlich durften Reichsmarkzahlungsmittel nur in Höhe der allgemeinen Freigrenze (10 RM je Person und Kalendermonat) in die sudetendeutschen Gebiete eingeführt werden. Zur Sicherstellung eines reibungslosen Reiseverkehrs in dem durch die besonderen Verhältnisse bedingten Umfang waren jedoch die Zollstellen angewiesen worden, Wehrmachtsangehörigen und solchen Zivilpersonen, die ihre Berechtigung zum Grenzübertritt durch eine amtliche Bescheinigung nachweisen konnten, die Mitnahme von Reichsmarkzahlungsmitteln in das Sudetenland für Reisezwecke in angemessener Höhe bis zu 1000 RM zu gestatten. Für Unterstützungszahlungen konnten auch höhere Beträge bewilligt werden. Die Einfuhr von Zahlungsmitteln aus dem Sudetenland nach dem Reich war dagegen sowohl für Kronen wie auch für Reichsmark ohne jede Beschränkung zulässig. Nur mußten die Kronen als Devisen innerhalb der festgesetzten Frist der Reichsbank angeboten werden.(1)

Auch der Zahlungsmittelverkehr mit der Tschechoslowakei unterlag von Anfang an denselben Beschränkungen wie im Reich (2). Im Zuge der Besetzung des Sudetenlandes war der deutsche Grenzschutz immer sofort an die jeweilige Demarkationslinie vorverlegt worden, um zu verhindern, daß Zahlungsmittel, Edelmetalle und Wertpapiere ins Ausland gebracht oder RM-Noten von dort eingeführt wurden.

Die Zeit der Doppelwährung war nur kurz bemessen. Auf Grund der Zweiten Verordnung über die Einführung der Reichsmarkwährung in den sudetendeutschen Gebieten vom 15. Oktober 1938 (RGBl. I S. 1430) hörte die tschechoslowakische Krone mit dem 31. Oktober 1938 auf, in den sudetendeutschen Gebieten gesetzliches Zahlungsmittel zu sein. Lediglich die Scheidemünzen der tschechoslowakischen Währung sowie die 10, 20 und 50-Kronennoten der Tschechoslowakischen Republik blieben bis auf weiteres als Zahlungsmittel zugelassen.

(1) Runderlaß Nr. 121/38 D. St. /-Ue. St. vom 12. Oktober 1938.

(2) Anordnung über den Zahlungsverkehr zwischen den sudetendeutschen Gebieten einerseits und dem bisherigen Reichsgebiet (einschließlich der Tschechoslowakei) andererseits vom 15. Oktober 1938 (Verordnungsblatt für die sudetendeutschen Gebiete S. 25).

Verordnung über die Einführung der Gesetzgebung über die Devisenbewirtschaftung und den Zahlungsverkehr mit dem Ausland in den sudetendeutschen Gebieten vom 26. Oktober 1938 (RGBl. I S. 1511).

Die Noten der Tschechoslowakischen Nationalbank und auf die 100 Kc lautenden Staatsnoten wurden allen Bewohnern der sudetendeutschen Gebiete von den dort gelegenen öffentlichen Kassen des Reichs und der Reichsbankanstalten bis zum 15. November zum Kurs von 1 Kc = 12 Rpf umgetauscht. Um zu verhindern, daß Geld aus der verbleibenden Tschechoslowakei zum günstigeren Kurs im Sudetenland umgetauscht wurde, war die Einfuhr tschechoslowakischer Geldsorten in die sudetendeutschen Gebiete mit Wirkung vom 15. Oktober verboten worden.

Die noch im Umlauf befindlichen Scheidemünzen und 50-Kc-Noten wurden auf Grund der Durchführungsverordnung zur Zweiten Verordnung über die Einführung der Reichsmarkwährung in den sudetendeutschen Gebieten vom 2. November 1938 (RGBl. I S. 1535) bereits zum 15. November 1938 außer Kurs gesetzt und konnten noch bis zum 30. November zum festgesetzten Umrechnungsverhältnis umgetauscht werden. Nach Ablauf der Umtauschfristen erhielten die Ablieferer nur noch den niedrigeren Berliner Devisenkurs vergütet. Damit konnte nunmehr auch wieder die Einfuhr tschechoslowakischer Zahlungsmittel in die sudetendeutschen Gebiete erlaubt werden (1).

4. Die Verwendung des umgetauschten tschechoslowakischen Stückgeldes

Die Reichsbank hatte im Sudetenland insgesamt 2907 Mill. Kc in 308, 84 Mill. RM umgetauscht. Die eingelösten tschechoslowakischen Zahlungsmittel setzten sich zusammen aus 1 653 Mill. Kc Staatspapiergeld sowie Münzen und 1 254 Mill. Kc Noten der Tschecho-Slowakischen Nationalbank (2).

Noch während der Umtauschaktion hatte Hitler darauf gedrungen, "diese Tschechenkronen sobald wie möglich fest anzulegen, da die Gefahr der Entwertung der Tschechenkrone bestünde" (3). Die Reichsbank verhandelte deshalb sofort mit der Nationalbank, um für die eingetauschten Noten einen Teil der tschechoslowakischen Goldbestände zu erhalten. Gleichzeitig bemühte sich das Auswärtige Amt um eine Abmachung mit dem tschechoslowakischen Staat, die es gestatten sollte, "mit dem eingetauschten Staatspapiergeld in der Tschechoslowakei insbesondere Rüstungsgüter einkaufen zu können. Diese Verhandlungen des Auswärtigen Amtes waren erst Ende Januar

(1) Runderlaß Nr. 161/38 D. St. /Ue, St. vom 22. Dezember 1938.

(2) League of Nations, Economic Intelligence Service, Money and Banking 1939/40, vol. I, Monetary Review, Geneva 1940, p. 69.

(3) Vgl. Akten zur deutschen auswärtigen Politik, a. a. O., Bd. IV, Nr. 120, Anm. 4, S. 134.

1939 erfolgreich (1). Aber schon in der Zwischenzeit hatte die Reichsregierung größere Beträge an Staatspapiergeld in die Tschechoslowakei gebracht, um damit ihren Nachrichtendienst weiter auszubauen und die dort lebenden Volksdeutschen zu unterstützen (2).

Die Reichsbank hatte dagegen bei ihren Verhandlungen mit der Nationalbank noch keine Einigung erzielen können. Göring wandte sich deshalb in seiner Eigenschaft als Beauftragter für den Vierjahresplan Mitte Februar 1939 an das Auswärtige Amt und bat, "nunmehr auf diplomatischem Wege das Erforderliche ungesäumt zu veranlassen und die nunmehrige Erledigung der Angelegenheit bei den Tschechen durchzusetzen", da das Gold bei der immer schwieriger werdenden Devisenlage zur Ausführung wichtiger Befehle des Führers dringend benötigt werde (3). Das Auswärtige Amt intervenierte daraufhin beim tschechoslowakischen Außenminister Chvalkovsky. Dieser versprach, die Angelegenheit im Ministerrat vorzutragen, und bat, daß die Reichsregierung zur Erleichterung seiner Aufgabe ihren grundsätzlichen Standpunkt in der Frage der Teilübernahme der tschechoslowakischen Staatsschuld bekanntgeben möge. Diese Stellungnahme wurde jedoch von der Reichsregierung nicht gegeben (4). Indessen verschlechterten sich die Beziehungen zwischen der Tschechoslowakei und Deutschland plötzlich derart, daß die tschechoslowakische Regierung schon im Interesse der Erhaltung ihres Landes bemüht war, alle Forderungen der Reichsregierung zu erfüllen. So kam es dann auch am 4. März zwischen der Reichsbank und der Nationalbank zu einer Vereinbarung (5), in der sich die Nationalbank verpflichtete, die im Sudetenland umgetauschten Banknoten der Kronenwährung gegen Gold und Devisen im Wert von 438,9 Mill. Kc einzulösen. Dieser Betrag entsprach 35 % des Nennwertes der eingelösten Noten. Der Satz von 35 % war das Verhältnis, zu dem am 1. Oktober 1938, dem Beginn der Sudetenlandbesetzung, die Noten der Tschecho-Slowakischen

(1) Vgl. Akten zur deutschen auswärtigen Politik, a. a. O., Bd. IV, S. 179; und IMT, Bd. XXVI, 998-PS, S. 482.

(2) Vgl. Akten zur deutschen auswärtigen Politik, a. a. O., Bd. IV, Nr. 145 und Anm. 1 (S. 157), Nr. 155 und Anm. 1 (S. 165 f.).

(3) Vgl. Akten zur deutschen auswärtigen Politik, a. a. O., Bd. IV, Nr. 170 und Anm. 4 (S. 187).

(4) Vgl. ebenda, Anm. 4.

(5) Vgl. ebenda, Nr. 201 (S. 211).

Nationalbank durch Gold gedeckt waren (1). Das Gold wurde am 9. und 10. März 1939, also wenige Tage vor der Besetzung der Tschechoslowakei, an die Reichsbank übersandt (2).

5. Die Umstellung der Schuldverhältnisse

Auf Grund von § 4 der Zweiten Verordnung über die Einführung der Reichsmarkwährung wurden alle am 10. Oktober 1938 bestehenden Schuldverhältnisse zwischen Inländern zum Kurs von 1 Kc = 12 Rpf auf Reichsmark umgestellt.

Die Tatsache, daß zu den Inländern auch die Reichsdeutschen zählten und der reichsdeutsche Schuldner eines Kronenbetrages durch diese "Schuldenerhöhung" benachteiligt wurde, war von keiner nennenswerten Bedeutung, da es infolge der langjährigen deutschen Devisenbewirtschaftung kaum noch Schuldverhältnisse zwischen Sudetendeutschen und Reichsdeutschen gab.

Zahlreich waren dagegen die Schuldverhältnisse zwischen den Bewohnern des Sudetenlandes und den Bewohnern der Tschechoslowakei. Da das neue Umrechnungsverhältnis ausdrücklich nicht gegenüber Personen galt, die ihren Wohnsitz außerhalb des Deutschen Reiches und der sudetendeutschen Gebiete hatten, wäre der inländische Gläubiger, dem ein Bewohner der Tschechoslowakei einen Kronenbetrag schuldete, benachteiligt gewesen. Um die betreffenden Gläubiger vor Verlust zu schützen und gleichzeitig die entsprechend begünstigten sudetendeutschen Schuldner zur Aufbringung der hierfür benötigten Mittel mit heranzuziehen, wurde mit der Durchführungsverordnung zur Zweiten Verordnung über die Einführung der Reichsmarkwährung in den sudetendeutschen Gebieten vom 2. November 1938 (RGBl. I S. 1535) das Kursausgleichsverfahren geschaffen. Das Kursausgleichsverfahren wurde von der Reichs-Kredit-Gesellschaft AG unter der Bezeichnung "Sudetendeutsche Kursausgleichsstelle" gegen eine Gebühr für den einzelnen durchgeführt. Der sudetendeutsche Schuldner, der von der Devisenstelle die Genehmigung zur Zahlung erhalten hatte, mußte den Kronenbetrag im Verhältnis 1 Kc = 12 Rpf in Reichsmark bei der Kursausgleichsstelle einzahlen. Andererseits war die Kursausgleichsstelle

(1) League of Nations, Economic Intelligence Service, Money and Banking 1939/40, vol. I, Monetary Review, Geneva 1940, p. 69.

(2) Vgl. Akten zur deutschen auswärtigen Politik, a.a.O., Bd. IV, Nr. 201 (S. 211).

verpflichtet, alle Zahlungen, die für einen Bewohner der sudetendeutschen Gebiete auf seine Kronenforderung gegen einen in der Tschechoslowakei ansässigen Schuldner eingingen und auf Grund des Entscheids der Devisenstelle ausgleichsfähig waren, zum festgesetzten Umrechnungsverhältnis in Reichsmark auszu zahlen.

Die auf Kronen lautenden Forderungen und Schulden der Bewohner des Sudetenlandes gegenüber der Tschecho-Slowakischen Nationalbank dagegen wurden von der Reichsbank, und zwar ebenfalls zum festgesetzten Umrechnungsverhältnis abgewickelt.

Sonderregelungen waren außerdem getroffen worden, um die Fortsetzung von Versicherungsverträgen, die Bewohner der sudetendeutschen Gebiete mit tschechoslowakischen Versicherungsunternehmen abgeschlossen hatten, zu erleichtern. Danach konnten die tschechoslowakischen Versicherungsunternehmen auf Grund einer besonderen Zulassung im sudetendeutschen Gebiet Zahlstellen unterhalten. Diese durften Zahlungen aus Versicherungsverträgen zum festgesetzten Umrechnungsverhältnis leisten und entgegennehmen sowie aus den eingenommenen Beträgen die eigenen Verwaltungskosten und Provisionen decken. Die entstehenden Salden mußten im Verrechnungswege über die Kursausgleichsstelle abgewickelt werden. (1) Die zugelassenen Zahlstellen wurden erst nach Ablauf der sudetendeutschen Niederlassungssperre für reichsdeutsche und ausländische Versicherungen am 30. Juni 1939 aufgegeben. Der Transfer der Vermögenswerte, die der Deckung der sudetendeutschen Bestände dienten, war durch die Errichtung des Protektorats wesentlich erleichtert worden. Das Aufwertungsproblem dagegen bestand auf Grund der verschiedenen Umstellungskurse - im Protektorat galt die Krone nur 10 Reichspfennig - fort, wenn auch in geringerem Ausmaß. (2)

Einige Sonderfälle wurden rückwirkend zum 16. Oktober 1938 durch die Dritte Verordnung über die Einführung der Reichsmarkwährung in den sudetendeutschen Gebieten vom 14. Januar 1939 (RGBl. I S. 33) geregelt. Danach mußten Kronenschuldverhältnisse, die am 10. Oktober 1938 zwischen einem Bewohner des Sudetenlandes und einem Bewohner der Tschechoslowakei bestanden hatten, zum Kurs 1 Kc = 12 Rpf auf Reichsmark umgestellt werden, sobald die in der Tschechoslowakei ansässige Person Inländer geworden oder an ihre Stelle mit devisen-

(1) Vgl. Die Bank, II. Halbjahr 1938, S. 1522 f.

(2) Vgl. ebenda, I. Halbjahr 1939, S. 800.

rechtlicher Genehmigung ein Inländer getreten war. Die Zahlungen, die ein Inländer für seinen Eintritt in ein solches Schuldverhältnis zu leisten oder zu empfangen hatte, unterlagen dem Kursausgleichsverfahren, und zwar auch dann, wenn sich durch den Eintritt Forderung und Schuld in einer Person vereinigten. Ebenso wurden sudetendeutsche Kronenforderungen gegen in der Tschechoslowakei ansässige Schuldner zum Kurs 1 Kc = 12 Rpf auf Reichsmark umgestellt, wenn sie durch ein im Sudetenland gelegenes Grundstück gesichert waren. Des weiteren bezeichnete die Dritte Verordnung die Zahlungen, die nach der Wiederaufnahme des deutsch-tschechoslowakischen Verrechnungsverkehrs nicht mehr dem Kursausgleichsverfahren unterlagen. Hierzu gehörten vor allem Zahlungen aus dem Warenverkehr, soweit die Ware erst nach dem 15. Dezember 1938 über die Grenze gebracht wurde, Zahlungen aus dem Dienstleistungsverkehr, soweit die Leistung nach dem 31. Januar 1939 erbracht wurde, sowie Lohn-, Sozialversicherungs- und Mietzahlungen.

6. Die Übernahme der sudetendeutschen Banken

Die besonderen Schwierigkeiten bei der Übernahme der sudetendeutschen Banken ergaben sich aus der Tatsache, daß mit dem Sudetenland nicht wie im Falle Österreich eine geschlossene Volkswirtschaft, sondern nur der Teil einer solchen übernommen worden war.

Am verhältnismäßig einfachsten war die Sachlage bei den auf Grund ihrer Eigenart lokal gebundenen Instituten, wie den Sparkassen, der Kreditanstalt der Deutschen und der Deutschen Agrar- und Industriebank. Die Spezialbanken konnten ohne weiteres als regionale Institute selbständig weiterbestehen. Die von der Prager Sparkassen-Zentralbank getrennten Sparkassen mußten lediglich eine neue Girozentrale erhalten. Zu diesem Zweck errichtete die Deutsche Girozentrale eine Geschäftsstelle in Reichenberg, während die südböhmischen und südmährischen Sparkassen der Girovereinigung der Sparkassen in Wien angeschlossen wurden. Damit fanden die sudetendeutschen Sparkassen gleichzeitig Anschluß an den Giroverkehr mit dem übrigen Reich. Ihre zunächst sehr angestrengte Liquiditätslage verbesserte sich bald, da große Beträge des gehorteten Geldes gleich nach dem deutschen Einmarsch zu den Sparkassen zurückströmten.(1)

(1) Vgl. Bank-Archiv, Jg. 1937/38, S. 685 f.

Die übrigen sudetendeutschen Banken, die nur Filialen der Prager Großbanken waren, sollten nach Möglichkeit von den Regionalbanken der angrenzenden Reichsgebiete übernommen werden. Um zu vermeiden, daß sich die einzelnen deutschen Banken bei den Übernahmeverhandlungen gegenseitig Konkurrenz machten, wies die Aufsichtsbehörde den Interessenten jeweils die ihr als geeignet erscheinenden Vertragspartner zu. Bei der Übernahme der Bankfilialen stellten sich zahlreiche juristische, personalpolitische und betriebswirtschaftliche Fragen, wobei die schwierigen Probleme der Unternehmungsbewertung im Vordergrund standen. Infolge ihrer besseren Marktstellung konnten die deutschen Institute durchsetzen, daß hierbei zwar die durch die neue Grenzziehung verursachte Spaltung der Unternehmungseinheit berücksichtigt wurde, nicht aber die sich aus der Angliederung an das Reich ergebenden Zukunftschancen.(1)

Während der sich monatelang hinziehenden Übernahmeverhandlungen stockte die Kreditgewährung bei den betreffenden Instituten nahezu vollständig. Aber auch die übrigen Banken verhielten sich gegenüber den Forderungen nach langfristigen Investitions- und Umstellungskrediten zunächst abwartend, da in vielen Fällen die Besitz- und Bilanzverhältnisse der Kreditnehmer noch vollkommen undurchsichtig waren. Zur Überbrückung dieser Schwierigkeiten wurde der Reichsfinanzminister durch das Gesetz zur Sicherung der Kreditversorgung in den sudetendeutschen Gebieten vom 31. Oktober 1938 (RGBl. I S. 1531) ermächtigt, für gewerbliche Kredite im Gesamtbetrag von 150 Mill. RM die Garantie zu übernehmen. Diese Kredite wurden durch ein Konsortium von 20 Banken, das unter der Führung der Kreditanstalt der Deutschen stand, bereitgestellt.(2)

7. Die Gründe für die Wahl des Umrechnungsverhältnisses

War der Militärkurs von 10 Rpf je Krone hauptsächlich wegen der einfachen Umrechnung gewählt worden, so wurden mit dem endgültigen Umstellungsverhältnis 1 Kc = 12 Rpf dezidierte wirtschaftspolitische Ziele zu erreichen versucht.

(1) Vgl. Umbau der sudetendeutschen Bankorganisation, in: Der deutsche Volkswirt, 13. Jg., (Okt. - Dez. 1938), S. 168 f.

(2) Vgl. Reichsgarantie für Sudeten-Kredite, in: Die Bank, 2. Hj. 1938, S. 1455 f.

Zunächst war man sich klar, daß der Binnentauschwert der Krone erheblich höher liegen müsse als ihr offizieller Außenwert von 8,75 Rpf. Denn trotz zweimaliger Devaluation (1934 und 1936) der tschechoslowakischen Währung um insgesamt 40 % waren die tschechoslowakischen Preise seit 1934 nur um etwa 10 % gestiegen (1). Auch ergab sich beim Vergleich einzelner sudetendeutscher Lebensmittelpreise und Arbeiterlöhne mit denen des Altreichs ein Verhältnis von 16 - 17 Rpf für die Krone, also etwa das Doppelte des Außenwertes (2). Durch eine Umstellung zum gültigen Wechselkurs wären demnach vor allem die sudetendeutschen Sparer nach Anpassung der sudetendeutschen Preise an den Altreichsstand in ihrer Kaufkraft empfindlich beeinträchtigt worden.

Andererseits aber wären bei einem Umstellungssatz, der dieser angenommenen Verbrauchergeldparität von 1 Kc = 16 Rpf entsprach, viele der sudetendeutschen Einzelpreise weit über den Altreichsstand hinausgehoben worden, so daß mit denselben Preisanpassungsschwierigkeiten wie in Österreich hätte gerechnet werden müssen. Die Preisbildungsbehörden schlugen deshalb vor, das Umstellungsverhältnis so zu wählen, daß auch nach der Umstellung möglichst alle sudetendeutschen Preise noch unter denen des Altreichs liegen würden und die Preisanpassung sich damit auf dem Wege verschieden großer Preissteigerungen vollziehen könne (3). Außerdem werde dadurch dem Sudetenland für eine Übergangszeit ein Preis- und Kostenstand gegenüber dem Altreich gesichert, der es der sudetendeutschen Industrie erleichtere, sich auf die neuen wirtschaftlichen Gegebenheiten umzustellen (4). Im übrigen müßten im Grenzgebiet die Preise vieler Erzeugnisse ohnehin etwas niedriger liegen, damit diese trotz der Transportbelastung überall im Reich konkurrenzfähig seien. Auch dürften die zahlreichen exportorientierten Industriezweige nicht unvermittelt ihres Absatzes durch eine Kronenaufwertung beraubt werden. Angesichts all dieser Nachteile, die eine Aufwertung der Krone für das Sudetenland mit sich bringe,

(1) Währung, Preise, Löhne im Sudetenland, in: Der deutsche Volkswirt, 13. Jg. (Okt. - Dez. 1938), S. 5.

(2) Vgl. Die Währungsumstellung und ihre Durchführung, in: Deutsche Wirtschafts-Zeitung, 35. Jg. (1938), S. 1281 f.

(3) Vgl. Monatsberichte, a. a. O., 13. Jg., 1939, S. 67.

(4) Vgl. Die sudetendeutsche Währungsumstellung, in: Die Bank, II. Hj. 1938, S. 1363 - 1365.

sollte man der Benachteiligung der Sparer nicht so großes Gewicht beilegen, zumal auf der anderen Seite auch die verhältnismäßig hohe Verschuldung zu beachten sei.(1)

Auf Grund des Für und Wider entschloß man sich schließlich für den "goldenen Mittelweg" und setzte das Umstellungsverhältnis noch etwas günstiger für die Krone an, als dies bereits mit dem rechnerisch einfachen Militärkurs geschehen war. Und zwar sollten dadurch vor allem die sudetendeutschen Löhne näher an den Altreichsstand herangebracht werden. Denn man versprach sich von diesem hauptsächlich psychologisch wirksamen Trick, Lohnforderungen wenigstens für eine Übergangszeit zu verhindern. Solche Lohnforderungen, die sich schon in Österreich für die Umstellung äußerst nachteilig ausgewirkt hatten, wurden um so mehr erwartet, als im Fall des Sudetenlandes die Lohnunterschiede gegenüber dem Altreich noch größer waren und infolge des Umstandes, daß das Reichsgebiet den meisten sudetendeutschen Orten verhältnismäßig nahe war, den Arbeitnehmern besonders stark bewußt wurden.

8. Die Regelung der Wirtschaftsbeziehungen zum übrigen Reich •

Noch während der Sudetenlandbesetzung ergriff die Reichsregierung die ersten Maßnahmen, um der sudetendeutschen Produktion in Deutschland ein neues Absatzgebiet zu eröffnen, denn es galt nicht nur für den verlorenen tschechoslowakischen Markt Ersatz zu schaffen, sondern man wollte auch die sudetendeutsche Produktionskraft möglichst bald in den Dienst der deutschen Aufrüstung stellen.

Durch die Verordnung über Zollerleichterungen für den Warenverkehr zwischen den sudetendeutschen Gebieten und dem deutschen Zollgebiet vom 7. Oktober 1938 (RGBl. I S. 1392) wurden alle Waren, die im Sudetenland ihren Ursprung hatten, bei der Einfuhr in das Altreich vom Zoll und von der Umsatzausgleichsteuer befreit. Obwohl die sudetendeutschen Erzeugnisse im allgemeinen noch erheblich billiger als im übrigen Reichsgebiet waren, brauchte doch die altreichsdeutsche Industrie diesen Wettbewerb nicht zu fürchten, da sie den vorhandenen Bedarf zu den festgesetzten Preisen ohnehin nicht decken konnte (2).

(1) Vgl. Währung, Preise, Löhne im Sudetenland, a.a.O., S. 5.

(2) Vgl. Akten zur deutschen auswärtigen Politik, a.a.O., Bd. II, S. 732.

Andererseits mußte aber verhindert werden, daß das Sudetenland von Rohstoffen und Halbfertigfabrikaten entblößt wurde, weil dies die sudetendeutsche Produktion unweigerlich lahmgelegt hätte (1). In der Verordnung über den Warenverkehr mit den sudetendeutschen Gebieten vom 6. Oktober 1938 (RGBl. I S. 1396) wurde deshalb bestimmt, daß die im Reichsanzeiger (Nr. 238 vom 13. Oktober 1938) bekanntgegebenen Waren nur mit Ausnahmegenehmigung der zuständigen Überwachungsstelle in das übrige Reichsgebiet gebracht werden durften.

Bei der Einfuhr nach Österreich mußten die sudetendeutschen Waren noch für eine kurze Übergangszeit nach dem österreichischen Zolltarif verzollt werden. Doch schon zum 1. Dezember 1938 fiel auch diese Zollgrenze (2).

Auf Grund der Verordnung über die Einführung deutscher Zollvorschriften in den sudetendeutschen Gebieten vom 14. Oktober 1938 (RGBl. I S. 1420) wurden Waren, die ihren Ursprung im bisherigen Reichsgebiet oder in der Tschechoslowakei hatten, bei der Einfuhr in die sudetendeutschen Gebiete vom Zoll und von der Umsatzausgleichsteuer befreit. Zur Vereinfachung der Verwaltung wurde das Sudetenland in zwei selbständige Zollgebiete eingeteilt. In dem weitaus größten Teil des Sudetenlandes, dem Teil, der an das Altreich grenzte, wurde die deutsche Zollgesetzgebung eingeführt. In dem an Österreich grenzenden Gebiet dagegen sollten während einer Übergangszeit die noch in Kraft befindlichen österreichischen Zollvorschriften gelten.

Das zwischen dem Sudetenland und dem übrigen Reich bestehende Preisgefälle reizte aber nicht nur zum Kauf sudetendeutscher Erzeugnisse an, sondern auch zur Kapitalinvestition. Um solche Transaktionen kontrollieren und in die gewünschte Richtung lenken zu können, war auf Grund der Verordnung zum Schutze der sudetendeutschen Wirtschaft vom 15. Oktober 1938 (RGBl. I S. 1431) die Errichtung oder der Erwerb von gewerblichen Betrieben durch Personen, die ihren Wohnsitz im übrigen Deutschland hatten, genehmigungspflichtig gemacht worden. Damit diese Bestimmung nicht umgangen werden konnte, bestimmte die Zweite Verordnung zum Schutze der sudetendeutschen Wirtschaft vom 27. Ok-

(1) Vgl. Akten zur deutschen auswärtigen Politik, a. a. O., Bd. II, S. 732.

(2) Verordnung über Zollerleichterungen für den Warenverkehr zwischen den sudetendeutschen Gebieten und dem Land Österreich vom 1. Dezember 1938 (RGBl. I S. 1689).

tober 1938 (RGBl. I S.1533), daß betriebliche Anlagen oder Teile von solchen, die bereits der Produktion dienten, nicht ohne Genehmigung vom Sudetenland in das übrige Reichsgebiet gebracht werden durften.

Die Bezahlung der reichsdeutschen Einfuhren aus dem Sudetenland mußte, solange es verboten war, Reichsmarkzahlungsmittel ohne Genehmigung in das Sudetenland zu bringen, durch Banküberweisung an die Kreditanstalt der Deutschen oder im Wege des Reichsbankgiroverkehrs erfolgen.

9. Die Regelung des Waren- und Zahlungsverkehrs mit der Tschechoslowakei

Wenn auch der Warenverkehr zwischen dem Sudetenland und der Tschechoslowakei zollfrei blieb (1), so wurden doch die wirtschaftlichen Beziehungen beider Gebiete durch die devisenrechtlichen Bestimmungen sehr stark eingeschränkt. Der Zahlungsverkehr war auf Grund des zwischenstaatlichen Protokolls vom 24. Oktober 1938 wie folgt geregelt worden: Zur gegenseitigen Zahlung von Warengeschäften errichteten die Tschecho-Slowakische Nationalbank und die Deutsche Verrechnungskasse je ein sudetendeutsches Warenkonto, das von beiden in Reichsmark geführt wurde. Die Zahlungen hatten entsprechend den Devisenbestimmungen und in der Währung des jeweiligen Landes zu erfolgen. Der Clearingkurs betrug 1 RM = 11,50 Kc (1 Kc = 8,69 Rpf). Zur Durchführung der sich wiederholenden Finanzauszahlungen (Pensionen, Renten, Zinsen usw.) wurde das sog. Sudetendeutsche Spezialkonto und zur Abwicklung einmaliger Zahlungen das sog. Sudetendeutsche Sonderkonto errichtet. (2) Die Zahlungen über diese Konten unterlagen im übrigen besonders restriktiven Bestimmungen.

Die sudetendeutschen Ausfuhren nach der Tschechoslowakei wurden des weiteren dadurch stark gedrosselt, daß die Krone, die im Sudetenland auf 12 Rpf umgestellt worden war, im Warenverkehr mit der Tschechoslowakei nur 8,7 Rpf galt und daß überdies die sudetendeutschen Preise sich langsam an

-
- (1) Verordnung über die Einführung deutscher Zollvorschriften in den sudetendeutschen Gebieten vom 14. Oktober 1938 (RGBl. I S.1420).
 - (2) Vgl. Vorläufige Regelung des Zahlungsverkehrs zwischen der Tschechoslowakei und dem Sudetenland, in: Devisenarchiv, 3. Jg., 1938, Sp. 1128 - 1130.

den höheren Altreichsstand anglichen. Andererseits versuchten die einzelnen Wirtschaftsgruppen, die sudetendeutschen Erzeugnisse nach Möglichkeit konkurrenzfähig zu erhalten, indem sie im Wege des Zusatzausfuhrverfahrens Zuschüsse gewährten. Zudem erwiesen sich die alten Geschäftsverbindungen trotz der politischen Unstimmigkeiten als sehr zuverlässig, so daß noch im Januar 1939 35 % der tschechoslowakischen Gesamteinfuhr aus dem Sudetenland kamen und 28 % der tschechoslowakischen Ausfuhr dorthin gingen.(1)

10. Die Preisanpassung

Gleich nach dem Einmarsch hatte die deutsche Zivilverwaltung für die Güter des täglichen Bedarfs örtliche Preisstoppvorschriften erlassen (2). Außerdem galten auf Grund der Verordnung über die Einführung von Vorschriften auf dem Gebiete des Warenverkehrs in den sudetendeutschen Gebieten vom 19. Oktober 1938 (RGBl. I S. 1560) die reichsrechtlichen Vorschriften, wozu vor allem die Preisauszeichnungspflicht gehörte.

Um eine allmähliche Annäherung der sudetendeutschen Preise an den Stand im benachbarten Reichsgebiet zu ermöglichen und gleichzeitig ein Überschreiten desselben auszuschließen, erging die Verordnung über die Preisbildung in den sudetendeutschen Gebieten vom 22. Oktober 1938 (RGBl. I S. 1456). Danach durften Preise und Entgelte nur soweit erhöht werden, wie dies durch unvermeidbare Kostensteigerungen verursacht worden war und der Preisstand im angrenzenden Reichsgebiet nicht überschritten wurde. Preise und Entgelte, die bereits über dem Stand in dem angrenzenden Reichsgebiet lagen, mußten bis zum 1. Dezember 1938 wieder auf diesen herabgesetzt werden. Ebenso war es auf Grund der Verordnung über die Preisbildung im Warenverkehr zwischen den sudetendeutschen Gebieten und dem übrigen Reichsgebiet vom 5. November 1938 (RGBl. I S. 1558) verboten, im beiderseitigen Warenverkehr höhere Preise zu fordern oder zu gewähren, als dies nach den im Reich geltenden Preisbestimmungen zulässig war. Weitere Schranken gegen unerwünschte Preiserhöhungen bildeten die Verordnung über Preisbindungen und gegen Verteuerung der Bedarfsdeckung sowie die Auslandswarenpreisverordnung, die durch Verordnung vom 4. November 1938 (RGBl. I S. 1555) in den sudetendeutschen Gebieten eingeführt worden waren.

(1) Vgl. Aust, Hans W., Die Wirtschaft des zerfallenen Tschechenstaates, in: Der deutsche Volkswirt, 13. Jg. (Jan. - März 1939), S. 1149 - 1153.

(2) Vgl. Die deutsche Volkswirtschaft, 7. Jg. (1938), 2. Hj., S. 1148.

Bald jedoch zeigte sich, daß die Preisbildungsverordnung vom 22. Oktober 1938 nicht den erwarteten Erfolg hatte. Zunächst war es schon nahezu unmöglich, die teilweise bereits durch das Umstellungsverhältnis über den Altreichsstand hinausgehobenen Preise bei weiterhin steigenden Kosten innerhalb von 5 - 6 Wochen auf den Altreichsstand hinunterzudrücken. Der Preiskommissar mußte schließlich zahlreiche Ausnahmegenehmigungen erteilen, und in einigen Fällen mußten die betreffenden Industriezweige sogar vor der reichsdeutschen Konkurrenz durch Einfuhrverbote geschützt werden, die von den Wirtschaftsgruppen erlassen wurden.

Die Preisbildungsverordnung war aber auch nicht geeignet, um alle die Preiserhöhungen zu unterbinden, die nicht kostenbedingt waren. Bei den sich ständig wandelnden Kostenverhältnissen und der unterschiedlichen Kostenlage der einzelnen Betriebe konnte die Einhaltung dieser Bestimmung gar nicht überwacht werden. Die Unternehmer versuchten also angesichts der schnell dahinschwindenden Lagerbestände und der bis dahin völlig unbekannten Beschaffungsschwierigkeiten, die Preise möglichst bald bis auf den Stand im angrenzenden Reichsgebiet zu erhöhen.⁽¹⁾ Mit der dadurch eintretenden Verteuerung der Lebenshaltung hielten die Löhne bei weitem nicht Schritt, so daß die Real-löhne empfindlich sanken. Andererseits aber konnten Lohnerrhöhungen gerade von den arbeitsintensiven exportorientierten Industriezweigen nicht ohne entsprechende Preiserhöhungen getragen werden. Solche Preiserhöhungen wiederum hätten die Exportfähigkeit noch stärker herabgesetzt. Dem wollte man aber unter allen Umständen vorbeugen, und zwar nicht nur mit Rücksicht auf die deutsche Devisenlage. Denn wichtige Produktionszweige, wie z. B. der Braunkohlenbergbau, die Kaolingewinnung und die Glas- und Schmuckwarenindustrie waren nach der Eingliederung der sudetendeutschen Gebiete in das Deutsche Reich noch auf den Auslandsabsatz angewiesen, um voll beschäftigt zu sein. Der ursprüngliche Plan, diese Industriezweige "auszukämmen" - wie man die Stilllegung von Betrieben und die Verwendung der Arbeitskräfte an anderer Stelle bildhaft bezeichnete - wurde aufgegeben, da eine Entvölkerung des Grenzgebietes schon aus wehrpolitischen Gründen vermieden werden sollte ⁽²⁾.

(1) Vgl. Preise im Sudetenland, in: Die deutsche Volkswirtschaft, 7. Jg. (1938), 2. Hf., S. 1148.

(2) Vgl. Lorch, Wilhelm, Sudetendeutsches Tempo, in: Der deutsche Volkswirt, 13. Jg. (Jan. - März 1939), S. 995 f.

Um die Lebenshaltungskosten nicht noch höher ansteigen zu lassen, erließ der Preiskommissar Ende Januar 1939 eine Anordnung, nach der Preiserhöhungen für eine Reihe von Gütern des täglichen Bedarfs nicht ohne vorherige Genehmigung der Preisstelle vorgenommen werden durften (1).

Während aber zu dieser Zeit die sudetendeutschen Löhne noch weit unter denen im angrenzenden Reichsgebiet lagen (2), waren die Lebensmittelpreise bereits bis nahe an den Altreichsstand angestiegen. Die Preisbildung in den einzelnen sudetendeutschen Gebietsteilen stimmte hierbei weitgehend mit der im angrenzenden Reichsgebiet überein. So waren die Preise in dem Teil, der sich an das sächsische Industriegebiet anschloß, am höchsten und in dem Bayern benachbarten Gebiet am niedrigsten (3).

Die notwendige Verbesserung des Lebensstandards im Sudetenland versuchte man in der Folgezeit durch langsame Erhöhung der Löhne zu erreichen (4). Eine vollständige Anpassung der Löhne und Preise war jedoch nicht mehr beabsichtigt. Deshalb wurde durch die Verordnung über das Verbot von Preiserhöhungen im Reichsgau Sudetenland vom 22. Mai 1939 (RGBl. I S. 959) rückwirkend zum 3. Mai 1939 ein vollständiger Preisstop verhängt, von dem der Reichsstatthalter lediglich in volkswirtschaftlich begründeten Fällen oder zum Ausgleich unbilliger Härten Ausnahmen zulassen konnte.

(1) Vgl. Der deutsche Volkswirt, 13. Jg. (Jan. - März 1939), S. 730.

(2) Vgl. Die Verdienstverhältnisse der Arbeiter in der Woll-, Baumwoll- und Halbwollindustrie des Sudetenlandes, in: Jahrbuch 1939, II. Bd., hrsg. vom Arbeitswissenschaftlichen Institut der Deutschen Arbeitsfront, Berlin, S. 169 - 181.

(3) Vgl. Preisvergleich Sudetenland-Altreich, ebenda, S. 253 - 274, sowie Die Umbildung der Preise im Sudetenland, in: Wirtschaft und Statistik, 18. Jg. (1938), S. 956 - 958.

(4) Vgl. Lebenshaltung im Altreich und Sudetenland, in: Der deutsche Volkswirt, 13. Jg. (Jan. - März 1939), S. 941 f.

VI. DIE SCHWIERIGKEITEN BEI DER BESTIMMUNG DES "RICHTIGEN" WÄHRUNGSUMSTELLUNGS- VERHÄLTNISSES (1)

1. Gibt es eine Tauschwertparität der Währungen?

Bei der Währungsumstellung in Österreich spielte der Gedanke eine wesentliche Rolle, daß der Binnentauschwert des Schillings mit Hilfe des Umstellungsverhältnisses an den Binnentauschwert der Reichsmark angeglichen werden müsse. Dieser Gedanke wurzelte in der Vorstellung vom objektiven "Tauschwert des Geldes" (auch fälschlicherweise "Kaufkraft des Geldes" genannt (2)) und vom "Allgemeinen Preisniveau". Inwieweit lassen sich aber diese beiden Begriffe, die zur Erklärung von Inflation und Deflation nahezu unentbehrlich sind und die auch im Denken vieler Menschen heute ihren festen Platz haben, auf Währungsumstellungen anwenden?

Jeder Wert ist ein Vergleichsmaßstab. Für die Vielfalt der wirtschaftlichen Güter und Dienstleistungen gibt es in der Marktwirtschaft indes nur einen gemeinsamen Vergleichsmaßstab, nämlich den in Währungseinheiten ausgedrückten Preis. "Unserem Denken erscheint der Preis als eine Ordnungszahl,

(1) Siehe hierzu meine methodologische Bemerkung S. 5.

(2) "Bedauerlicherweise wird in großen Teilen selbst des wissenschaftlichen Schrifttums anstelle von 'Tauschwert des Geldes' von einer 'Kaufkraft des Geldes' gesprochen. Das ist zunächst einmal unlogisch. Geld als leblose Sache kann niemals kaufen. 'Kaufkräftig' kann immer nur ein handelnder Mensch sein. Abgesehen hiervon aber bestehen gegen die Verwendung des Begriffes 'Kaufkraft' anstelle von 'Tauschwert' auch insofern schwerwiegende Bedenken, als der für die heutige nationalökonomische Theorie wichtige Kaufkraftbegriff etwas ganz anderes beinhaltet als der Tauschwert. Kaufen kann man nur etwas, was am Markt angeboten wird. Kaufkraft bedeutet daher die Verfügungsmöglichkeit über marktfähige Güter und Dienstleistungen. Innerhalb eines Rationierungssystems ist die Möglichkeit des Geldbesitzers, Waren zu kaufen, eingeschränkt. Der Tauschwert des Geldes kann aber gerade unter einem System der Zwangswirtschaft durchaus derselbe sein wie vor der Rationierung und der damit erfolgten Einschränkung der Kaufkraft." (Nöll v.d. Nahmer, Robert, Geld und Kredit, Die Verwaltung, Heft 32, Braunschweig 1957, S.3).

die die wirtschaftliche Bedeutung eines Gutes in den Zusammenhängen gemeinschaftlicher Daseinsfürsorge einer größeren Menschengruppe ausdrückt. Preiszahlen sind also Relationszahlen, die das in der Ordnung der gemeinschaftlichen Daseinsfürsorge begründete 'Wertverhältnis' der Güter zueinander kennzeichnen sollen." (1)

Während so der "Tauschwert" jedes wirtschaftlichen Gutes sich in dessen Preis als rechnerisch erfaßbare Größe niederschlägt, hat das Geld als Wertmaßstab aller Güter in der eigenen Währung keinen Preis, sondern nur einen Nennwert. Wenn wir also das Wertverhältnis zweier Währungen feststellen wollen, so können wir nicht umhin, auf den Wert der Güter zurückzugreifen, die sich mit einer bestimmten Anzahl von Währungseinheiten im jeweiligen Land kaufen lassen. Indem aber, wie gezeigt, der Wert all der verschiedenartigen Güter nur in Preisen ausgedrückt werden kann, müssen wir "den Geldwert als den reziproken Wert des allgemeinen Preisniveaus definieren" (2).

Damit entsteht im Hinblick auf unsere Fragestellung das Problem, das Preisniveau als rechnerische Größe zu ermitteln, d. h. die Vielzahl der Konsum- und Kostengüterpreise in einem sinnvollen Mittelwert zusammenzufassen. Wir können in diesem Stadium der Untersuchung die rein technischen Schwierigkeiten eines solchen Unterfangens aus dem Spiele lassen und uns nur dem methodologischen Problem widmen, das im Rahmen dieser Arbeit allerdings auch nur in den Grundzügen dargestellt werden kann.

Zunächst einmal wäre es nicht möglich, aus der Summe der auf ganz verschiedenartigen Bemessungsgrundlagen beruhenden Preise (z. B. Stück, Kilogramm, Liter, Meter, Stunden usw.) einen Durchschnitt zu bilden, weil dieser zweifellos von der Wahl der Mengeneinheit abhinge.

Beispiel:	1 Pfund Brot	0,45 DM	-	1 Laib Brot	1,35 DM
	<u>1 Pfund Salz</u>	<u>0,25 DM</u>		<u>1 Pfund Salz</u>	<u>0,25 DM</u>
	Arithm. Mittel	0,35 DM		Arithm. Mittel	0,80 DM

(1) Wendt, Siegfried, Die Lehre vom Geldwert, Studienbogen, Volkswirtschaft, Reihe: Geld- und Kreditwesen, Minden i. W. 1948, S. 3 f.

(2) Cassel, Gustav, Theoretische Sozialökonomie, 5. Aufl., Leipzig 1932, S. 399.

Diese Schwierigkeit läßt sich jedoch überwinden, wenn wir aus den Verhältnissen der Einzelpreise zweier Volkswirtschaften einen Mittelwert bilden, der auch als das Verhältnis der Preissummen beider Volkswirtschaften für eine bestimmte Güterkombination aufgefaßt werden kann, wobei allerdings in einer der beiden Volkswirtschaften die Gütermengen zugrunde gelegt werden müssen, die für eine Währungseinheit von dem betreffenden Gut erhältlich sind (1). Wir würden also wie folgt schließen:

Es kosten in Währungseinheiten

	des Landes A	des Landes B	Parität
1 Personenauto	10000 WE	50000 WE	1 : 5
1 Paket Zündhölzer	5 WE	1 WE	<u>5 : 1</u>
folglich wäre die Parität			1 : 1

Dieses Ergebnis ist offensichtlich sinnlos, und ein entsprechender Währungsumstellungssatz würde weder am Preis der Automobile noch am Preis der Streichhölzer etwas ändern. Andererseits können wir der Willkür im vorliegenden Fall auch nicht durch das Prinzip der großen Zahl entgehen. Angenommen, die Preise von 80 % aller Güter zweier Volkswirtschaften stimmten nominal vollkommen überein, und es kosteten in Währungseinheiten

die Gütergruppe	des Landes A	des Landes B	Parität
a	10	10	1 : 1
b	20	20	1 : 1
c	30	30	1 : 1
d	40	40	1 : 1
e	10	50	<u>1 : 5</u>

dann ergibt sich als

$$\text{Arithmetisches Mittel: } A = \frac{x_1 + x_2 + \dots + x_n}{n} = 1 : 1,8$$

(1) Vgl. hierzu Haberler, Gottfried, Der Sinn der Indexzahlen, Eine Untersuchung über den Begriff des Preisniveaus und die Methoden seiner Messung, Tübingen 1927, S. 14 ff. Haberler untersucht jedoch nicht den regionalen, sondern den zeitlichen Vergleich von Preisniveaus, wodurch sich die Akzente wesentlich verschieben.

$$\text{Geometrisches Mittel: } G = \sqrt[n]{x_1 \cdot x_2 \cdot \dots \cdot x_n} = 1 : 1,38$$

$$\text{Harmonisches Mittel: } H = \frac{n}{\frac{1}{x_1} + \frac{1}{x_2} + \dots + \frac{1}{x_n}} = 1 : 1,19$$

Welcher Mittelwert wäre hier nun der "richtige"? Das Harmonische Mittel würde seiner Natur nach am ehesten der Tatsache Rechnung tragen, daß das Preisverhältnis der meisten Güter 1 : 1 ist. Stellten wir jedoch die Währung des Landes A zu diesem Verhältnis um, so würden 80 % der Preise des Landes A über den Stand im Lande B hinausgehoben, während die Differenz in den Preisen der Gütergruppe "f" dadurch nur um 4,75 % verringert würde. Sollte dies aber Sinn und Zweck der Maßnahme sein?

Aus dieser Verlegenheit können wir uns auch nicht mit Hilfe irgendeiner "Gewichtung" der Einzelpreisverhältnisse heraushelfen, denn jede Gewichtung ist standpunktdeterminiert und für die Gesamtheit aller Konsum- und Kostengüterpreise, wozu auch die Löhne und Zinsen gehören, käme als gemeinsame Bezugsgröße nur der volkswirtschaftliche Verbrauch in Frage (1). Eine solchermaßen im wortwörtlichen Sinn "ermittelte" Währungsparität wäre jedoch eine viel zu komplexe Größe, um die Einzelpreise beider Volkswirtschaften "objektiv" einander angleichen zu können. So müßten wir zunächst schon, um überhaupt ein einheitliches Ergebnis erzielen zu können, von der Fiktion ausgehen, daß das volkswirtschaftliche Verbrauchsschema in beiden Volkswirtschaften dasselbe sei. Entscheidend ist aber etwas anderes: Die Gewichtung würde sich gar nicht mehr auswirken. Denn es gibt nicht, wie es manchmal auf Grund von "Durchschnittserkenntnissen" den Anschein haben mag, eine bestimmte Lohnparität, der zweifellos ein besonderes Gewicht zukäme, sondern es gibt unzählige viele, zum Teil stark voneinander abweichende Einzellohnverhältnisse. Und dasselbe gilt von der unüberschaubaren Zahl der übrigen

-
- (1) So wurden in einer von der OEEC durchgeführten Untersuchung aus einer Anzahl von Preisen nach Maßgabe des volkswirtschaftlichen Verbrauchs Durchschnitte errechnet, um mit deren Hilfe die Wertbeträge des Sozialprodukts verschiedener Länder vergleichbar zu machen. (Gilbert, Milton and Irving B. Kravis, An International Comparison of National Products and the Purchasing Power of Currencies, OEEC, Paris 1954).

Preisverhältnisse. Im Endergebnis würde uns also ein gewogener Mittelwert nicht weiter als ein ungewogener bringen, d.h. auch er wäre willkürlich.

Wir kommen damit zu dem Schluß, daß der Begriff "Tauschwert des Geldes" eine *contradictio in adjecto* ist, weil jeder Wert, wie Schopenhauer es ausgedrückt hat, "nothwendig in einer doppelten Relation (steht): denn erstlich ist er *relativ*, indem er für Jemanden ist, und zweitens ist er *komparativ*, indem er im Vergleich mit etwas Anderem, wonach er geschätzt wird, ist. Aus diesen zwei Relationen hinausgesetzt, verliert der Begriff Werth allen Sinn und Bedeutung." (1)

Wenn trotzdem in der Nationalökonomie die Begriffe "Tauschwert des Geldes" und "Volkswirtschaftliches Preisniveau" allgemein verwandt werden, so sollte man sich dabei im klaren sein, "daß es auf einem statistischen Zufall beruht und nicht im Wesen der Dinge begründet ist, daß man mit dem Ausdruck: *Änderung des volkswirtschaftlichen Preisniveaus* einen vernünftigen Sinn verbinden kann." (2) Denn wir können bestenfalls an Hand des Verlaufs verschiedener Preisindices mutmaßen, in welcher Richtung und in welchem ungefähren Ausmaß sich die Preise in ihrer Gesamtheit und in ihrer mannigfaltigen Bedeutung für den größten Teil der Wirtschaftssubjekte innerhalb eines bestimmten Zeitraumes verändert haben. Zur Lösung des regional-zeitlichen Währungsumstellungsproblems dagegen müssen wir von ganz bestimmten Standpunkten ausgehen.

-
- (1) Schopenhauer, Arthur, Preisschrift über die Grundlage der Moral, nicht gekrönt von der Königlich Dänischen Societät der Wissenschaften, zu Kopenhagen, am 30. Januar 1840, § 8, in: Arthur Schopenhauer's sämtliche Werke, hrsg. von Julius Frauenstädt, 2. Aufl., 4. Bd.: Schriften zur Naturphilosophie und zur Ethik, Leipzig 1891, S. 161.
- (2) Haberler, a.a.O., S.122. (Die zitierte Stelle ist im Original kursiv gedruckt. Das Wort "Änderung" wurde von mir gesperrt).

2. Die Auswirkungen des Umstellungsverhältnisses auf die einzelnen Wirtschaftssubjekte

Um die einzelnen Standpunkte, von denen die Zweckmäßigkeit eines bestimmten Umstellungssatzes überhaupt erst beurteilt werden kann, herauszuarbeiten, wollen wir die Auswirkungen des Umstellungsverhältnisses in einigen Leitsätzen zusammenfassen. Wir beschränken uns dabei allerdings bewußt auf diejenigen Auswirkungen, die für die Bewohner des einzugliedernden Gebietes von Nachteil sind.

1. Vor der Anpassung der Preise gilt:

- a) Es ist für die Wirtschaftssubjekte in ihrer Eigenschaft als Mitglieder der seitherigen Zahlungsgemeinschaft gleichgültig, in welchem Verhältnis ihre Währung umgestellt wird, wesentlich ist nur, daß alle auf die seitherige Währung lautenden Zahlungsmittel, Schuldverhältnisse und Preise zum selben Verhältnis umgestellt werden.
- b) Wird die seitherige Währung zum Umstellungssatz höher bewertet als zum Wechselkurs, so erleiden die Gläubiger von Valutaforderungen und die Besitzer von Valuten einen entsprechenden Verlust, wenn sie diese in die umgestellte Währung umtauschen.
- c) Wird die seitherige Währung zum Umstellungssatz höher bewertet als zum Wechselkurs, so verschlechtert sich die Konkurrenzsituation derjenigen Produzenten, die auf die Nachfrage aus dem Ausland oder der übernehmenden Volkswirtschaft angewiesen sind.
- d) Wird die seitherige Währung zum Umstellungssatz niedriger bewertet als zum Wechselkurs, so erleiden die in ausländischer Währung verpflichteten Schuldner einen entsprechenden Verlust.
- e) Wird die seitherige Währung zum Umstellungssatz niedriger bewertet als zum Wechselkurs, so verschlechtert sich die Konkurrenzsituation der Produzenten, die auf den Bezug von Kostengütern aus dem Ausland oder der übernehmenden Volkswirtschaft angewiesen sind.

2. Nach erfolgter Preisanpassung gilt ceteris paribus:

- a) Die Besitzer von Geld und die Gläubiger der umgestellten Schuldverhältnisse sind benachteiligt, wenn sie infolge von Preissteigerungen für den entsprechenden Geldbetrag eine geringere Gütermenge erhalten.

- b) Diejenigen Einkommensbezieher sind benachteiligt, die für ihre Einkommen, weil sie nicht im gleichen Ausmaß wie die Preise gestiegen sind, nur noch eine geringere Gütermenge erhalten.
- c) Diejenigen Produzenten sind benachteiligt, deren Produktionskosten stärker als die Produktionserlöse gestiegen sind.
- d) Die aus umgestellten Schuldverhältnissen Verpflichteten sind benachteiligt, wenn der Tilgungsbetrag infolge Preissenkungen eine größere Gütermenge verkörpert oder nur mit Hilfe einer größeren Arbeitsleistung beschafft werden kann.
- e) Diejenigen Produzenten sind benachteiligt, deren Produktionserlöse stärker als die Produktionskosten gefallen sind.

An Hand dieser Leitsätze lassen sich ohne Schwierigkeit auch die jedem Fall entsprechenden Vorteile sowie die übrigen im Ausland und in der übernehmenden Volkswirtschaft entstehenden Auswirkungen des Umstellungssatzes entwickeln.

3. Inwieweit erfüllt der Wechselkurs die an das Umrechnungsverhältnis zu stellenden Anforderungen?

"Die ausländischen Zahlungsmittel haben auf dem Devisenmarkt den Charakter einer Ware, für die ein bestimmter Preis in einheimischem Geld bezahlt werden muß. Diesen "Devisen-Preis" nennen wir Wechselkurs." (1) Die Höhe des Wechselkurses indes bestimmt sich nach dem jeweils herrschenden System. Im Goldwährungssystem, wo die nationalen Geldzeichen jederzeit in unbeschränktem Umfang zu einem festen Wertverhältnis in Kurantmünzen oder Goldbarren einlösbar sind und diese wiederum frei ein- und ausgeführt werden können, muß der Wechselkurs zweier nationaler Währungen der Münzparität dieser beiden Währungen entsprechen, d. h. er kann nur innerhalb des verhältnismäßig engen Rahmens, der durch den Goldeinfuhr- und den Goldausfuhrpunkt begrenzt wird, von der Münzparität abweichen. Im System der frei schwankenden Wechselkurse dagegen stellt der Wechselkurs sich jeweils auf der Höhe ein, bei der Devisenangebot und Devisennachfrage zum Ausgleich kommen. Schließlich

(1) Nöll v. d. Nahmer, Robert, Außenwirtschaft, Eine Einführung, Heidelberg 1959, S. 82.

können die Wechselkurse, wie dies heute allgemein der Fall ist, auch offiziell festgesetzt oder innerhalb einer bestimmten "Bandbreite" stabilisiert werden. Hierzu bedarf es dann staatlicher Eingriffe, die, je nach Lage der Dinge, von der marktkonformen Intervention der Notenbank auf dem Devisenmarkt über die Währungsauf- und-abwertung bis zu den verschiedenen Graden der Devisenbewirtschaftung reichen. Gerade aber "die Bereitschaft zu staatlichen Zwangseingriffen war durch Jahre hindurch in einem Maße gesteigert, daß man sich zu sagen versucht fühlt: 'Jeder Wechselkurs ist möglich, sofern nur die zugehörigen staatlichen Maßnahmen ergriffen werden; bezüglich der Wechselkurshöhe herrscht die Macht, nicht das ökonomische Gesetz'." (1)

Nun sind zwar im Goldwährungssystem die Länder weitaus enger über den Wechselkurs miteinander verbunden, "sowohl was den Warenaustausch als auch ihren auf Warenein- und -ausfuhr sowie internationalen Kapitalverkehr ausgerichteten Erzeugungsaufbau und vor allem die Verwaltung ihres Geldwesens betrifft." (2) Trotzdem werden sich aber auch bei Goldwährung die partiellen Preisniveaus der einzelnen Länder nicht gegenseitig auf ein Verhältnis einstellen, daß der jeweiligen Münzparität entspricht. Dies ist nicht nur in der historischen Tatsache begründet, daß die Staaten infolge von Kriegen immer wieder gezwungen waren, die Goldeinlösungsverpflichtung aufzuheben, sondern beruht auch auf den folgenden Umständen:

- "1. Jede Art von Goldwährung kann schon deshalb weder zum Ausgleich der sogenannten Preisspiegel noch zur Entsprechung der Preisgefüge führen, weil die Buchgeldmenge sehr viel größer und elastischer ist als die durch den Goldbestand der Notenbank begrenzte Notenmenge.
2. Die gleichen Mengen zusätzlichen Geldes haben je nach ihren Ausströmungswegen unterschiedlichen Einfluß auf die Gestaltung des Preisgefüges.
3. Das Preisgefüge jedes einzelnen Landes wird durch die Außenwirtschaft auf verschiedene Weise und in verschiedenem Grade beeinflusst, weil der Erzeugungsaufbau durch die Einfuhr ergänzt und umgestaltet wird, entweder unmittelbar, wie z.B. bei Agrar- und Rohstoffländern, die sich industrialisieren, oder mittelbar bei Industrieländern, die durch Einfuhr von Nahrungsmitteln ihren Lebensstandard halten oder erhöhen wollen." (3)

(1) Stucken, Rudolf, Geld und Kredit, 2. Aufl., Tübingen 1957, S. 178.

(2) Andrae, Wilhelm, Geld und Geldschöpfung, Mit einem Anhang: Der Staat und die Notenbanken, Stuttgart-Wien 1953, S. 235.

(3) Andrae, a.a.O., S. 233.

So ist es auch keineswegs ein Verdienst der Metallwährung gewesen, daß die Preisanpassungsschwierigkeiten, die bei der Eingliederung Österreichs und des Sudetenlandes eine so große Rolle spielten, bei der Eingliederung Elsaß-Lothringens nach dem Krieg von 1870/71 überhaupt nicht in Erscheinung traten. Die tiefere Ursache dafür ist vielmehr darin zu suchen, daß Deutschland und Frankreich damals eine gleichartige konjunkturelle Entwicklung durchmachten, die auf Grund der erst verhältnismäßig wenig differenzierten Wirtschaftsstruktur weitaus stärker als heute auf eine Gleichrichtung der Preise hinwirkte, und daß damals noch nicht die schwerwiegenden währungspolitischen Fehler begangen worden waren, auf Grund deren sich später die nationalen Preisniveaus immer mehr voneinander entfernten (1).

Ebensowenig, wie im Goldwährungssystem die Goldbewegungen in der Lage sind, die partiellen Preisniveaus zweier Länder an die Münzparität anzugleichen, tendiert der frei schwankende Wechselkurs dazu, die Parität der partiellen Preisniveaus zweier Länder auszudrücken. Seine Normallage kann auch nicht, wie es Cassel unterstellte, an Hand der "Verschiebung des allgemeinen Preisniveaus des einen Landes im Verhältnis zu demjenigen des anderen" (2) bestimmt werden. Ganz abgesehen davon, daß dieses allgemeine Preisniveau nur ein sehr vager Begriff ist, der lediglich bei Inflation und Deflation einen Erkenntniswert hat, wirkt sich nur der Preisstand der international gehandelten Güter, und zwar dieser auch nur unter Einschluß der Transport- und Zollkosten auf den Wechselkurs aus. Außerdem aber wird der Wechselkurs weitgehend durch die Kapitalbewegungen beeinflusst, die zwischen Schuldner- und Gläubigerländern eine besondere Bedeutung gewinnen und die überdies in der Form der Kapitalflucht jede Kursänderung kumulativ verstärken (3).

Wenn der Wechselkurs sich auch nicht auf das Verhältnis einstellt, in dem die partiellen Preisniveaus zweier Volkswirtschaften zueinander stehen, so darf doch nicht verkannt werden, "daß er selbst eine wirtschaftliche Tatsache ist - und das bedeutet nicht wenig!"(4) Insbesondere bei Konvertibilität sind die Regierungen und Notenbanken gezwungen, ein Mindestmaß an finanz- und währungspolitischer Stabilität zu sichern und die Spielregeln der Marktwirt-

(1) Vgl. Nöll v. d. Nahmer, Geld und Kredit, a.a.O., S.10 u. S.41.

(2) Cassel, a.a.O., S.457.

(3) Vgl. Andreae, a.a.O., S. 238 ff.

(4) Ebenda, S. 149.

schaft nach Möglichkeit zu achten, um zum bestehenden Wechselkurs die Konvertibilität aufrechterhalten zu können. Gerade dies aber gewährleistet mehr, als es der Goldautomatismus jemals vermochte, daß sich die partiellen Preisniveaus der Volkswirtschaften nicht allzu weit von der intervalutarischen Parität entfernen. Auch der Abbau der außenwirtschaftlichen Schranken und eine sinnvolle Koordination der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialpolitik im Rahmen der Integration tragen hierzu bei. Mit zunehmender außenwirtschaftlicher Verflechtung werden außerdem immer mehr Güter international gehandelt, so daß sich deren zwischenstaatliche Preisverhältnisse auf den bestehenden Wechselkurs einspielen.

Damit gewinnt der Wechselkurs als Richtgröße für das Währungsumstellungsverhältnis eine um so wesentlichere Bedeutung, je länger er auf einer bestimmten Höhe bestanden hat und je liberaler die außenwirtschaftlichen Beziehungen in dieser Zeit geordnet waren. Außerdem aber hat ein Währungsumstellungssatz, der gleich dem bestehenden Wechselkurs ist, den nicht zu unterschätzenden Vorzug, daß er die unmittelbaren Nachteile jeder Währungsauf- und Währungsabwertung vermeidet. Deshalb sollte auch nicht im Interesse einer leichteren Umrechnung von dem Wechselkurs abgewichen und ein glattes Umstellungsverhältnis gewählt werden. Das gilt um so mehr, als die Argumente für ein glattes Umstellungsverhältnis an Stichhaltigkeit verloren haben. Bei vorausschauender Planung können die Zahlungsmittel und Preise, wie es auch die jüngsten Erfahrungen im Saargebiet wieder gezeigt haben, innerhalb eines Wochenendes umgestellt werden, so daß die Umrechnungsschwierigkeiten, die sich bei früheren Währungsumstellungen während der Zeit der "Doppelwährung" ergaben, wegfallen. Zudem können heute die Banken und die größeren Betriebe mit Hilfe ihrer modernen Rechenmaschinen selbst komplizierte Umrechnungen binnen kurzem durchführen.

Mit der Wahl des Wechselkurses als Währungsumstellungssatz sind allerdings die Probleme der Preisanpassung noch nicht gelöst. Am verhältnismäßig reibungslosesten dürften sich die Preise der Güter des täglichen Bedarfs einander anpassen. Zunächst verhindern hier schon die Transportkosten im weitesten Sinne und der geringe Anreiz, der von kleineren Preisunterschieden ausgeht, eine vollständige Anpassung der Preise. So bestehen selbst innerhalb geschlossener Volkswirtschaften bei den Gütern des täglichen Bedarfs zum Teil beachtliche regionale Preisunterschiede, wobei gerade diese Güter in den Grenzgebieten, um die es sich bei Gebietseingliederungen ja immer handelt, meist billiger sind als im Zentrum der abgebenden und der übernehmenden Volkswirtschaft. Preiserhöhungen werden zudem gedämpft, wenn nur der Teil einer

anderen Volkswirtschaft eingegliedert wird und für diesen während einer Übergangszeit die ungehinderte Bezugsmöglichkeit aus der seitherigen Volkswirtschaft erhalten bleibt. Ausschlaggebend aber ist, daß sich bei diesen Gütern Vor- und Nachteil der Preisänderung für die einzelnen Wirtschaftssubjekte am ehesten ausgleichen. So werden sich für den Verbraucher nicht nur Preissteigerungen, sondern auch Preissenkungen ergeben. Andererseits wieder kann der Einzelhandel auf Grund seines in der Regel reichhaltigen Sortiments wettbewerbsbedingte Preissenkungen leichter durchhalten, wenn er an anderen Gütern zunächst mehr verdient. Und in einigen Fällen wird sich diese kompensierende Wirkung sogar bis auf die vorgelagerten Produktionsstufen fortsetzen.

Wesentlich schwieriger dagegen vollzieht sich die Preisanpassung bei den dauerhaften Konsumgütern und den Kostengütern. Der Wettbewerb auf diesem Sektor, wo vielfach ein oligopolistisches Angebot herrscht, ist erheblich stärker. Viele Produzenten der übernehmenden Volkswirtschaft werden bestrebt sein, ihren Erzeugnissen im einzugliedernden Gebiet, nötigenfalls sogar mit Hilfe von Preiszugeständnissen, einen neuen Absatzmarkt zu erschließen. Andererseits werden sie aber auch günstige Einkaufsmöglichkeiten daselbst in großem Umfang wahrnehmen, so daß die Preise der betreffenden Güter steigen, insbesondere wenn es sich um Rohstoffe handelt, für die das einzugliedernde Gebiet eine Art Monopolstellung hat. Diese Preissenkungen und Preiserhöhungen gleichen sich jedoch in ihren Wirkungen auf die einzelnen Verbraucher und die einzelnen Produzenten nicht im selben Maße aus, wie dies bei den Preisänderungen der Güter des täglichen Bedarfs der Fall ist. Dem jungen Ehepaar, das in einer Gegend, in der Holz bisher äußerst billig war, nunmehr für seine Möbel wesentlich mehr bezahlen muß, ist wenig damit gedient, wenn etwa die Kraftfahrzeuge preiswerter geworden sind. Noch verhängnisvoller ist die Wirkung für den Produzenten und die von ihm Beschäftigten, wenn der Betrieb auf Grund gesunkener Produktpreise oder gestiegener Kostengüterpreise nicht mehr konkurrenzfähig ist und stillgelegt werden muß. Besonders gefährdet durch Kostenerhöhungen sind die exportorientierten Produktionszweige. Denn sie stehen auf dem Auslandsmarkt vielfach in so scharfem Wettbewerb, daß sie dort durch Preiserhöhungen, die etwa infolge des allgemeinen Trends auf einem Teilmarkt des Inlandes noch möglich wären, sofort ihre ganze Nachfrage verlieren würden. Andererseits behalten die Betriebe im einzugliedernden Gebiet gegenüber denen in der übernehmenden Volkswirtschaft einen Konkurrenzvorteil, wenn sie ihre Erzeugnisse während einer Übergangszeit ohne Zollbelastung in ihrer seitheri-

gen Volkswirtschaft absetzen können. Trotzdem wird der Staat geeignete Maßnahmen ergreifen müssen, um den einzelnen Betrieben die Umstellung auf die neuen wirtschaftlichen Gegebenheiten zu erleichtern. Nach den Erfahrungen in Österreich und im Sudetenland in den Jahren 1938/39 dürfte es dabei zweckmäßiger sein, die Kostenlage der betroffenen Betriebe durch Steuererleichterungen, günstige Verkehrs- und Versorgungstarife, Kredithilfe, Staatsaufträge und nötigenfalls Subventionen zu verbessern, als den Wettbewerb aus der übernehmenden Volkswirtschaft einzuschränken.

Ein Problem besonderer Art bilden im Rahmen der Preisanpassung die an sich schwer vergleichbaren Löhne. Notwendige Lohnsenkungen stoßen in der Regel auf den hartnäckigen Widerstand der Gewerkschaften. Dagegen sind Löhne, die niedriger als in der übernehmenden Volkswirtschaft liegen, starken Auftriebstendenzen ausgesetzt. Lohnsteigerungen können aber namentlich von den arbeitsintensiven Betrieben nicht in dem zur Angleichung erforderlichen Umfang getragen werden, wenn im einzugliedernden Gebiet die Produktivität der Arbeit infolge schlechterer Kapitalausstattung verhältnismäßig gering ist, was gerade in Grenzgebieten häufig vorkommt. Auch hier wird der Staat versuchen müssen, die Anpassungsschwierigkeiten mittels Steuererleichterungen im notwendigen Umfang zu überbrücken, ohne daß damit aber eine rein schematische Lohnanpassung befürwortet werden soll.

Für die Umstellung der Bilanzen ist das Währungsumstellungsverhältnis nicht von Belang. Denn es widerspricht den betriebswirtschaftlichen Erfordernissen, die einzelnen Bilanzpositionen einheitlich zum festgesetzten Umstellungsverhältnis umzurechnen, während sich gleichzeitig die Bezugs-, Produktions- und Absatzbedingungen grundlegend verändern. Die Lösung dieses Problems dürfte nur auf dem Wege einer Eröffnungsbilanz unter vollständiger Neubewertung der einzelnen Positionen möglich sein.

4. Nach welchen Gesichtspunkten soll das Währungsumstellungsverhältnis gewählt werden, wenn der Wechselkurs nicht geeignet ist, als solches zu dienen?

Je mehr die außenwirtschaftlichen Beziehungen zwischen zwei Ländern eingeschränkt sind, um so weiter können sich die Verhältnisse, in denen die Einzelpreise beider Länder zueinander stehen, vom Wechselkurs entfernen. Damit entsteht die Frage, welche anderen Kriterien für die Wahl des Währungsumstellungsverhältnisses ausschlaggebend sein sollen.

"Sinn aller wirtschaftlichen Bemühungen ist es ohne Zweifel, Güter und Dienstleistungen zur Sicherung des Daseins einer konkreten Gemeinschaft von Menschen bereit zu stellen." (1) Deshalb hält z. B. auch Keynes den "Konsumstandard" für den "Preisspiegel" par excellence und versteht unter "Kaufkraft des Geldes" die Fähigkeit des Geldes, diejenigen Güter und Dienste zu kaufen, für deren Beschaffung zu Konsumzwecken eine bestimmte Gemeinschaft von Personen ihr Geldeinkommen verausgabt." (2) Sollte es also nicht zweckmäßig sein, das Währungsumstellungsverhältnis so festzusetzen, daß es der Relation entspricht, die zwischen den für die Verbraucher beider Länder relevanten Preisniveaus besteht?

Wir wollen versuchen, das Problem von einem praktischen statistischen Beispiel aus aufzurollen. Das Statistische Bundesamt in Wiesbaden berechnet in fortlaufender Folge sog. Verbrauchergeld-Paritäten (3). "Den Berechnungen ist die Frage gestellt, wieviel Geldeinheiten des Landes B einem Empfänger bestimmter Zahlungen ausgezahlt werden müßten, um ihm in diesem Lande B eine Lebenshaltung zu ermöglichen, welche er mit einem bestimmten Betrag von Geldeinheiten des Landes A sich im Lande A leisten könnte. Die Frage ist bedeutsam für die Zahlung von Renten und Unterstützungen an im Ausland lebende Berechtigte, für Lohn- und Gehaltszahlungen an im Ausland beschäftigte Arbeiter, Angestellte und Beamte ... usw." (4)

(1) Wendt, a.a.O., S. 11.

(2) Keynes, John Maynard, Vom Gelde (A Treatise on Money), ins Deutsche übersetzt von Dr. Carl Krämer, München und Leipzig 1932, unveränderter Nachdruck, Berlin 1955, S. 43.

(3) Statistisches Bundesamt, Wiesbaden, Internationaler Vergleich der Preise für die Lebenshaltung; Serie: Preise, Löhne, Wirtschaftsrechnungen; Reihe 9: Einzelhandelspreise im Ausland, Ergänzungshefte seit Jg. 1956. Der Begriff "Verbrauchergeld-Parität" wurde gewählt, weil er besser als der Begriff "Kaufkraft-Parität" ausdrücke, daß es sich im vorliegenden Fall nur um das Preisverhältnis der Waren und Leistungen für die Lebenshaltung ausgesuchter privater Haushalte handelt. (Vgl. ebenda, Ergänzungsheft Nr. 3, S. 4).

(4) Vgl. ebenda, Ergänzungsheft Nr. 3, S. 4.

Auf die diesem Verfahren anhaftenden Mängel weist das Statistische Bundesamt selbst hin (1). Die Ergebnisse können immer nur Annäherungswerte im Hinblick auf den angestrebten Zweck darstellen, denn streng genommen gelten sie nur für den der Berechnung zugrunde gelegten "Index-Haushalt". Sie vernachlässigen damit also sowohl die individuellen als auch die teilweise sehr erheblichen regionalen und zeitlichen Abweichungen von der aufgestellten Norm. Außerdem sind die Preise der einzelnen Güter, die schon innerhalb der Länder örtlich sehr verschieden sein können, international vielfach kaum noch vergleichbar, da sich die Qualitäten der in den nationalen Statistiken erfaßten Waren nicht entsprechen. Besonders problematisch ist die Berechnung der Mietpreisverhältnisse, denn in vielen Ländern sind die Mieten für gleichwertige Wohnungen ganz verschieden hoch, je nachdem, ob die betreffende Wohnung zwangsbewirtschaftet ist oder nicht. Unberücksichtigt in der Berechnung des Statistischen Bundesamtes bleibt außerdem das schwierige Problem der Steuern, sozialen Abgaben, Krankenversicherungsbeiträge usw., obwohl derartige Zahlungen und die ihnen gegenüberstehenden Leistungen die Lebenshaltung in den zu vergleichenden Ländern sehr nachhaltig beeinflussen können (2).

Aber selbst, wenn wir uns über diese teils technisch, teils theoretisch bedingten Mängel der Verbrauchergeld-Parität hinwegsetzen dürften, so bleiben doch im Hinblick auf unsere Fragestellung grundsätzliche Probleme bestehen. Einmal ergeben sich zwischen zwei Ländern regelmäßig zwei verschiedene Verbrauchergeld-Paritäten, je nachdem, ob das Verbraucherschema des "Indexhaushaltes" des einen oder des anderen Landes der Berechnung zugrunde gelegt wird. Der Unterschied ist hierbei "um so größer, je verschiedenartiger die allgemeinen Lebensbedingungen und das Lebenshaltungsniveau in den verglichenen Ländern sind" (3). Je größer aber dieser Unterschied ist, desto weniger

-
- (1) Statistisches Bundesamt, Wiesbaden, Internationaler Vergleich der Preise für die Lebenshaltung; Serie: Preise, Löhne, Wirtschaftsrechnungen; Reihe 9: Einzelhandelspreise im Ausland, Ergänzungsheft Nr. 3, S. 4 ff.
 - (2) Hartmann, der diese Kosten in einem Vergleich zwischen der Bundesrepublik und den USA zum größten Teil mitberücksichtigt, gelangt dadurch zu einem Ergebnis, das von dem des Statistischen Bundesamtes beachtlich abweicht. (Vgl. Hartmann, Bernhard, Die Kaufkraftparität von US-Dollar und DM-West mit besonderer Berücksichtigung des Bundesentschädigungsrechtes, Wiesbaden 1959, S. 82 ff.).
 - (3) Statistisches Bundesamt, Internationaler Vergleich, a.a.O., S. 5.

Sinn hat ein aus den beiden Ergebnissen gebildeter Mittelwert (1). Die Verbrauchergeld-Parität könnte uns also bei der Wahl des Währungsumstellungsverhältnisses nur mit Grenzwerten dienen. Außerdem muß jedoch folgendes berücksichtigt werden: Jede noch so sorgfältig errechnete Verbrauchergeld-Parität verliert nach der Eingliederung infolge der Preisanpassung ihre ursprüngliche Bedeutung (2). Denn es ändern sich die Preise und es ändern sich die Löhne, und auf Grund der veränderten Preise und der veränderten Löhne ändern sich auch die Verbrauchsgewohnheiten. Würde man aber versuchen, wie bei der Eingliederung Österreichs, die Verbrauchergeld-Parität mit Hilfe des Preisstops aufrecht zu erhalten, so müßte man notwendigerweise die Kaufkraftparität verändern, d.h. die Kaufkraft im einzugliedernden Gebiet mittels Qualitätsverschlechterung, Lieferfristen, Kundenlisten, psychologischer Verbrauchslenkung, Rationierung und ähnlichem mehr einschränken.

Die Verbrauchergeld-Parität spiegelt also keinesfalls das Umstellungsverhältnis wider, bei dem die Geldbesitzer und die Gläubiger, namentlich die Sparrer, keinen Kaufkraftverlust erleiden könnten. Andererseits aber stellt die Verbrauchergeld-Parität das einzige Hilfsmittel dar, um ein Umstellungsverhältnis zu finden, bei dem sich ein etwaiger Kaufkraftverlust derjenigen Geldbesitzer und Gläubiger, die bei der Berechnung zugrunde gelegten Verbraucherschicht angehören, in möglichst engen Grenzen hielte.

Könnte man nun in ähnlicher Weise verhindern, daß die Lohnempfänger in dem Fall einen übermäßigen Kaufkraftverlust erleiden, da die Preise der Lebenshaltungsgüter in wesentlich größerem Umfang als die Löhne ansteigen müssen, um den neuen Gleichgewichtsstand innerhalb der nunmehrigen Volkswirtschaft zu erlangen? Ließe sich dieses Ziel etwa dadurch erreichen, daß als Umstellungsverhältnis die Reallohnparität zwischen übernehmender Volkswirtschaft und einzugliederndem Gebiet gewählt wird? Grundsätzlich

(1) Jacobs versucht, das Problem der einheitlichen Verbrauchergeld-Parität dadurch zu lösen, daß er für jedes der zu vergleichenden Länder einen typischen Warenkorb bildet und beide Warenkörbe mit Hilfe gemeinsamer Nenner (z.B. Kalorien, Steinkohleneinheiten usw.) gleichwertig machen will. Die Schwierigkeit dieser Methode besteht darin, für die einzelnen Güter gemeinsame Nenner zu finden. (Jacobs, Alfred, Der internationale Vergleich der Lebenshaltungskosten, Eine methodologische Untersuchung, dargestellt an Deutschland-Frankreich, Berlin 1957).

(2) Vgl. Nöll v.d.Nahmer, Das Geld, a.a.O., S.148 f.

ist zwar diese Reallohnparität nichts anderes als das Verhältnis der Nominallohnparität zur Verbrauchergeld-Parität. Zu sinnvollen Ergebnissen führt eine solche Berechnung jedoch bestenfalls, wenn man das Bessergestelltsein bestimmter Lohnempfänger in dem einen oder anderen Land feststellen will (1). Ansonsten aber läßt sich aus den verschiedenartigen Löhnen zweier Länder kein aussagekräftiger Mittelwert errechnen. Technisch lösbar wäre dieses Problem nur für den hypothetischen Fall, daß in beiden Ländern annähernd dieselbe Lohnstruktur bestände und damit die Nominallohnparität beider Volkswirtschaften in etwa gleich dem Verhältnis der einzelnen Löhne wäre. Dann müßten nämlich zur Reallohnparität im einzugliedernden Gebiet die Löhne unter und die Preise über denen in der übernehmenden Volkswirtschaft liegen, so daß im Verlauf der Preisanpassung die Löhne steigen und die Preise fallen würden. Inwieweit das allerdings tatsächlich der Fall wäre, hinge von dem Größenverhältnis zwischen übernehmender Volkswirtschaft und einzugliederndem Gebiet bzw. von dem Umstand ab, ob die geringere Produktivität im einzugliedernden Gebiet, für die die Disparität der Löhne und Preise nur der äußere Ausdruck ist, gesteigert würde.

Nicht möglich ist es ferner, ein Umstellungsverhältnis aus der Summe der Erlös- und Kostengüterpreise zu ermitteln, bei dem die Verluste, die die Produzenten infolge der Preisanpassung erleiden, ein Minimum betragen. Die Standpunkte differieren in diesem Fall so stark, daß jeder errechnete Mittelwert sinnlos wäre. Der einzelne Produzent ist nur an der Preisentwicklung seiner meist wenigen Produkte und Kostengüter interessiert. Und selbst die Zusammensetzung der Kostengüter ist nicht nur in Industrie, Handwerk, Landwirtschaft, Handel und Verkehr sowie in deren einzelnen Zweigen eine andere, sondern weicht sogar in den Betrieben mit gleichem Fertigungsprogramm noch erheblich voneinander ab.

Ebenso unmöglich ist es, ein Umstellungsverhältnis zu ermitteln, das den Interessen von Import und Export im einzugliedernden Gebiet gleichermaßen Rechnung trägt (2), zumal ein solches ja infolge der Preisanpassung sowie der

(1) Zum Schrifttum über Reallohnvergleiche siehe Fett, Heinz Georg, Die Methoden regionaler Reallohnvergleiche in ihrer historischen Entwicklung, Diss., Marburg 1957.

(2) Vgl. hierzu Böhi, Hans, Grundsätze und Methoden zur Ermittlung der richtigen Währungsrelation zum Ausland, Untersuchungen des Instituts für Wirtschaftsforschung an der Eidgenössischen Technischen Hochschule, Zürich, Bern 1944.

durch die Eingliederung veränderten Bezugs-, Produktions- und Absatzverhältnisse sofort wieder überholt wäre.

Ungangbar ist schließlich auch der Weg, ein geeignetes Umstellungsverhältnis dadurch zu finden, daß man den Wechselkurs zwischen einzugliederndem Gebiet und übernehmender Volkswirtschaft sich einpendeln läßt. Einerseits könnte sich zwischen dem einzugliedernden Gebiet und der übernehmenden Volkswirtschaft infolge des erhöhten Risikos und der mangelnden Kalkulationsgrundlage kein regelrechter Warenverkehr entwickeln. Andererseits aber käme es zu spekulativen Kapitaltransaktionen und Warenbewegungen zwischen diesen Gebieten, so daß im Zusammenhang mit den sich selbst realisierenden Erwartungen überhaupt kein den Preisverhältnissen entsprechender Wechselkurs sich bilden könnte. Auch würden die Produzenten mit Käufen oder Verkäufen bis zur Währungsumstellung zurückhalten, wenn sie sich auf Grund des zu erwartenden Umstellungsverhältnisses einen Gewinn versprechen. Sowohl in der übernehmenden Volkswirtschaft wie auch im einzugliedernden Gebiet müßte während dieser Übergangszeit strengste Devisenkontrolle durchgeführt werden, um zu verhindern, daß die Arbitrage die internen Wechselkursschwankungen ausnutzt. Handelte es sich bei dem einzugliedernden Gebiet um den Teil einer anderen Volkswirtschaft, so hätte dieses dadurch während der Übergangszeit keinerlei Rückhalt bei der Notenbank seiner eigenen Währung. Dies alles aber würde das Preisgefüge der beiden zu verschmelzenden Gebiete eher voneinander entfernen als annähern.

Zusammenfassend können wir sagen: Es bestehen "theoretisch ebenso viele Kaufkraftparitäten, wie es Preise gibt, d. h. nicht nur eine für jede Waren- und Dienstleistungsart, sondern auch für jede abgrenzbare Qualität und Ausführung dieser Waren und Dienstleistungen. Auch die einzelnen Produktions- und Handelsstufen geben zur Entstehung verschiedener Kaufkraftparitäten Anlaß." (1) Jedes aus diesen Einzelpreisverhältnissen beider Volkswirtschaften gebildete Mittel ist standpunktdeterminiert. Je heterogener aber die unter einem Standpunkt zusammengefaßte Gruppe von Wirtschaftssubjekten in sich und gegenüber der Vergleichsgruppe des anderen Landes ist, um so weniger Aussagekraft hat die errechnete Parität. Selbst wenn wir uns auf einige Hauptgruppen beschränken, so können doch deren berechnete Interessen niemals gleichermaßen durch einen einheitlichen Währungsumstellungssatz gewahrt werden. Außerdem vereinigen sich vielfach in einem Wirtschaftssubjekt meh-

(1) Gleitze, Bruno, Methodik des Internationalen Kaufkraftvergleichs, in: Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung, Jg. 1953, S. 161.

rere Standpunkte mit unterschiedlicher Bedeutung für dasselbe. Last not least gelten solche Kaufkraftparitäten immer nur für einen Zeitpunkt und werden im Verlauf der alle wirtschaftlichen Daten verändernden Gebietseingliederungen hinfällig.

Wenn wir dies alles berücksichtigen, so erkennen wir, daß die sich aus einer Währungsumstellung ergebenden Anpassungsschwierigkeiten niemals - um es mit einem Wort des Goetheschen Mephistopheles zu sagen - "aus einem Punkte zu kurieren" sind. Andererseits aber berechtigt uns diese Tatsache zu der Hoffnung, daß wir dann keinen allzu großen Fehler begehen, wenn wir uns bei der Wahl des Umstellungsverhältnisses von möglichst vielen Gesichtspunkten leiten lassen, so daß die an sich unwägbaren Vor- und Nachteile die Tendenz haben, sich auf längere Sicht hin auszugleichen.

Neben der Berechnung von Verbrauchergeld-Paritäten für untere, mittlere und gehobene Verbraucherschichten käme hierbei noch ein statistisches Verfahren in Betracht, dem m.E. oft zu wenig Bedeutung beigemessen wird, nämlich die Bestimmung des häufigsten Wertes oder Modus. Dazu müßte zunächst eine möglichst große und viele Standpunkte tangierende Anzahl von Einzelpreisverhältnissen zweier Volkswirtschaften nach ihrer Größe geordnet und dann die Stelle gesucht werden, an der sich die Einzelwerte am dichtesten zusammendrängen. Wir brauchen wohl nicht zu betonen, daß es auch bei der Auswertung der Ergebnisse noch des statistischen "Taktgefühls" bedarf, zumal es in etwa mehrere solche Stellen geben kann. Gerade im Hinblick auf den angestrebten Zweck scheint uns aber ein sinnvoll ermittelter häufigster Wert besonders aussagekräftig zu sein, "weil er niemals eine Abstraktion, sondern stets Ausdruck einer unmittelbaren Wirklichkeit ist" (1). So fällt auch bei ihm das im Zusammenhang mit dem Währungsumstellungsverhältnis unlösbare Problem der "Gewichtung" weg. Außerdem werden die sich mit ihm deckenden Einzelpreisverhältnisse durch die Preisanpassung nicht mehr nennenswert verändert, wenn als Umstellungsverhältnis der häufigste Wert gewählt wird.

Nicht unberücksichtigt bleiben sollte ferner die Frage nach dem "Wertverhältnis" zweier Währungen, das sich im Bewußtsein der Bürger auf Grund von Reiseeindrücken, Berichten von im anderen Gebiet lebenden Verwandten usw. festgesetzt hat. Einmal kommen hier vielfach Preisverhältnisse zur Geltung, die

(1) Most, Otto, Allgemeine Statistik, 5. Aufl., Baden-Baden und Frankfurt a. M. 1955, S. 64.

von der Statistik vernachlässigt werden müssen. So wird der Reisende vor allem die Preisverhältnisse bei den Dienstleistungen, wie Eisenbahnfahrt, Hotelübernachtung, Kraftfahrzeugreparaturen, Trinkgelder usw., vergleichen. Er wird auch beim Schaufensterbummel mehr auf die Preisverhältnisse der Güter des gehobenen Bedarfs als der Güter des täglichen Bedarfs achten und kann hierbei sogar Qualitätsunterschiede gefühlsmäßig mit in seine gedankliche Kalkulation einbeziehen. Selbst, wenn wir nicht sagen können, daß diese Ergebnisse "richtiger" sind, so sollten sie doch nicht vernachlässigt werden, denn für den Erfolg einer Währungsumstellung ist es auch wichtig, daß das festgesetzte Umstellungsverhältnis von den Bewohnern des einzugliedernden Gebietes gleich am Anfang als "gerecht" empfunden wird. So waren z. B. die Elsaß-Lothringer bei der Rückgliederung an Frankreich ohne weiteres bereit, eine Abwertung der Mark um rd. 20 % hinzunehmen, während sie sich andererseits nach der Annexion von 1871 bitter darüber beklagt hatten, daß der Franc gegenüber der Metallparität um knapp 2 % schlechter bewertet worden war (1).

Wichtig für die Wahl des Umstellungsverhältnisses sind insbesondere aber auch Untersuchungen über die voraussichtliche Entwicklung. Dies gilt um so mehr, wenn in den zu vereinigenden Gebieten verschiedene Wirtschaftssysteme bestehen. Sind z. B. im einzugliedernden Gebiet die Preise bei nicht ausgeschöpftem "Volkswirtschaftlichen Kreditfonds" (2) stark gedrückt, so wird eine allgemeine Preisanpassung nach oben wesentlich zweckmäßiger sein, zumal auch der "soziale Besitzstand" letztlich durch Erhaltung des Arbeitsplatzes besser gewahrt wird als durch eine Erhaltung des Tauschwertes der Ersparnisse. Andererseits können sich auf Grund der veränderten Bezugs-, Produktions- und Absatzverhältnisse für viele Industriezweige Kostenermäßigungen ergeben, die es ohne weiteres gestatten, Preise zu senken, die durch den Umstellungssatz gegenüber dem Stand in der übernehmenden Volkswirtschaft überhöht worden sind. Das Gewicht, das den Ergebnissen solcher Untersuchungen bei der Wahl des Umstellungssatzes beizumessen ist, wird im übrigen immer durch die tatsächlichen Verhältnisse selbst bestimmt. Im Falle der Wiedervereinigung Deutschlands werden sie sogar von ausschlaggebender Bedeutung

-
- (1) Vgl. z. B. Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Deutschen Reichstages, 2. Legislatur-Periode, 2. Session 1874/75, 1. Bd., Berlin 1875, S. 74.
- (2) Vgl. hierzu Nöll v. d. Nahmer, Robert, Der volkswirtschaftliche Kreditfonds, Berlin 1934.

sein, da in Mitteldeutschland das Handelsvolumen zu den geltenden Preisen der vorhandenen Geldmenge nicht entspricht. Ein dem Preisstand und verschiedenen anderen Gesichtspunkten Rechnung tragendes Umstellungsverhältnis von 1 : 1 hätte also zur Voraussetzung, daß Teile des Geldvolumens solange blockiert werden, bis genügend Versorgungsgüter zur Verfügung stehen. Denn auf Grund der Größenverhältnisse zwischen den zu vereinigenden Gebieten muß dem Grundsatz der währungspolitischen Stabilität besondere Beachtung gezollt werden.(1)

Keinesfalls sollten jedoch rein fiskalische Gesichtspunkte bei der Festsetzung des Umstellungsverhältnisses eine Rolle spielen, wie sie dies bei der Valoration in Elsaß-Lothringen in so unheilvollem Maße getan haben. Die Versorgung des einzugliedernden Gebietes mit Zahlungsmitteln durch die übernehmende Volkswirtschaft ist kein fiskalisches, sondern ein wirtschaftliches Problem, das von der Forderung nach einem volkswirtschaftlich sinnvollen und deswegen auch einheitlichen Währungsumstellungsverhältnis nicht zu trennen ist.

Andererseits darf aber nicht verkannt werden, daß mit der Festsetzung des Umstellungsverhältnisses nur eine Ausgangssituation geschaffen wird. Die organische Verschmelzung beider Gebiete kann für die einzelnen Wirtschaftssubjekte noch erhebliche Schwierigkeiten bringen, die zu lindern der Staat auch in der Marktwirtschaft verpflichtet ist.

(1) Vgl. Meimberg, Rudolf, Über die Angleichung der Währungen in West- und Mitteldeutschland im Fall der Wiedervereinigung beider Gebiete, in: Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft, 74. Jg., 1954, I. Halbband, S. 221 - 234.

LITERATURVERZEICHNIS

Allgemeines

- Andreae, Wilhelm, Geld und Geldschöpfung, Mit einem Anhang: Der Staat und die Notenbanken, Stuttgart - Wien 1953.
- Böhi, Hans, Grundsätze und Methoden zur Ermittlung der richtigen Währungsrelation zum Ausland, Untersuchungen des Instituts für Wirtschaftsforschung an der Eidgenössischen Technischen Hochschule, Zürich, Bern 1944.
- Cassel, Gustav, Theoretische Sozialökonomie, 5. Aufl., Leipzig 1932.
- Decker, Günter, Das Selbstbestimmungsrecht der Nationen, Göttingen 1955.
- Egner, Erich, Versuch einer autonomen Lehre der Währungspolitik, Leipzig 1928.
- Fett, Heinz Georg, Die Methoden regionaler Reallohnvergleiche in ihrer historischen Entwicklung, Diss., Marburg 1957.
- Gilbert, Milton and Irving B. Kravis, An International Comparison of National Products and the Purchasing Power of Currencies, OEEC, Paris 1954.
- Gleitze, Bruno, Methodik des Internationalen Kaufkraftvergleichs, in: Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung, Jg. 1953, S. 159 - 176.
- Haberler, Gottfried, Der Sinn der Indexzahlen, Eine Untersuchung über den Begriff des Preisniveaus und die Methoden seiner Messung, Tübingen 1927.
- Hartmann, Bernhard, Die Kaufkraftparität von US-Dollar und DM-West mit besonderer Berücksichtigung des Bundesentschädigungsrechtes, Wiesbaden 1959.
- Jacobs, Alfred, Der internationale Vergleich der Lebenshaltungskosten, Eine methodologische Untersuchung, dargestellt an Deutschland-Frankreich, Berlin 1957.
- Keynes, John Maynard, Vom Gelde (A Treatise on Money), ins Deutsche übersetzt von Dr. Carl Krämer, München und Leipzig 1932, unveränderter Nachdruck, Berlin 1955.
- Knapp, Georg Friedrich, Staatliche Theorie des Geldes, 4. Aufl., München und Leipzig 1923.
- Meimberg, Rudolf, Über die Angleichung der Währungen in West- und Mitteldeutschland im Fall der Wiedervereinigung beider Gebiete, in: Schmollers Jahrbuch, 74. Jg. (1954), I. Halbband, S. 221 - 234.

Most, Otto, Allgemeine Statistik, 5. Aufl., Baden-Baden u. Frankfurt a. M. 1955.

Nöll v. d. Nahmer, Robert, Außenwirtschaft, Eine Einführung, Heidelberg 1959.

Ders., Das Geld, unveröffentlichter Rohdruck. - Das Buch wurde nicht veröffentlicht, da der fertige Satz zweimal, 1943 und 1944, infolge Zerstörung der Druckereien durch Luftangriffe vernichtet wurde. Zitiert wird nach einem geretteten Umbruchsexemplar.

Ders., Geld und Kredit, Die Verwaltung, Heft 32, Braunschweig 1957.

Ders., Der volkswirtschaftliche Kreditfonds, Berlin 1934.

Schopenhauer, Arthur, Preisschrift über die Grundlage der Moral, nicht gekrönt von der Königlich Dänischen Societät der Wissenschaften, zu Kopenhagen, am 30. Januar 1840, in: Arthur Schopenhauer's sämtliche Werke, hrsg. von Julius Frauenstädt, 2. Aufl., 4. Bd.: Schriften zur Naturphilosophie und zur Ethik, Leipzig 1891.

Statistisches Bundesamt, Wiesbaden, Internationaler Vergleich der Preise für die Lebenshaltung; Serie: Preise, Löhne, Wirtschaftsrechnungen; Reihe 9: Einzelhandelspreise im Ausland, Ergänzungshefte.

Stucken, Rudolf, Geld und Kredit, 2. Aufl., Tübingen 1957.

Wendt, Siegfried, Die Lehre vom Geldwert, Studienbogen, Volkswirtschaft, Reihe: Geld- und Kreditwesen, Minden i. W. 1948.

Winter, Lothar, Die Formen der Währungsvereinheitlichung im Falle der Wiedervereinigung Deutschlands, Diss., Freiburg i. Br. 1955.

Elsaß-Lothringen 1870 - 1875

Gall, Rolf, Garantie und Wahrung der Grundrechte während der Besetzung Frankreichs 1870 - 1873, Diss., Tübingen 1950 (Maschinenschrift).

Gieseke, Ludwig, Die Abnahme der französischen Kriegsentschädigung 1870/71 in Straßburg i. E., Berlin 1906.

Grad, Charles, Considérations sur les finances et l'administration de l'Alsace-Lorraine sous le régime Allemand, Paris-Strasbourg-Mulhouse 1877.

Gutmann, Franz, Das französische Geldwesen im Kriege (1870 - 1878), Straßburg 1913.

Helfferrich, Karl, Die Reform des deutschen Geldwesens nach der Gründung des Reiches, Leipzig 1898, Bd. I; Geschichte der deutschen Geldreform, Bd. II: Beiträge zur Geschichte der deutschen Geldreform.

Löning, Edgar, Die Verwaltung des General-Gouvernements im Elsaß, Straßburg 1874.

v. Lumm, Karl, Die Entwicklung des Bankwesens in Elsaß-Lothringen seit der Annexion, Jena 1891, Staatswissenschaftliche Studien, hrsg. von Ludwig Elster, 3. Bd., Heft 7.

Mitscher, Georg, Elsaß-Lothringen unter deutscher Verwaltung, Berlin 1874.

Raffalovich, Arthur, Banks of Alsace and Lorraine, after the annexation, New York 1896, in: A History of Banking in all the Leading Nations, edited by the Editor of the Journal of Commercial Bulletin, vol. III, New York 1896, p. 393 - 412.

Say, Léon, Die Zahlung der Kriegsentschädigung und die von ihr verursachten Bewegungen auf dem Geld- und Wertpapiermarkt, als Anhang übersetzt in: Gieseke, Ludwig, Die Abnahme der französischen Kriegsentschädigung 1870/71 in Straßburg i. E., Berlin 1906.

Schnéegans, A., La guerre en Alsace, Strasbourg; Paris-Neuchâtel (Suisse) (1871).

Sée, Henri, Französische Wirtschaftsgeschichte, 2. Bd., Jena 1936.

Wagner, Adolph, Das Reichsfinanzwesen, in: Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtspflege des Deutschen Reichs, hrsg. von Franz v. Holtzendorff, 3. Jg., Leipzig 1874, S. 60 - 252.

Kurze Bemerkungen über die Vorlage des neuen Münzgesetzes (Mülhausen 1873).

Bericht der vereinigten Kommissionen für Handel und Gewerbe betreffend die Verordnung vom 10. Juni 1871, in: Anlagen zu den Stenographischen Berichten über die Verhandlungen des Hauses der Abgeordneten während der 2. Session der 11. Legislatur-Periode 1871 - 1872, 2. Bd., Aktenstück Nr. 104.

Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Deutschen Reichstages, I. Legislatur-Periode, I. Session 1871, 2. Bd., Berlin 1871, S. 923 u. S. 992 f.

Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Reichstages, 8. Legislatur-Periode, I. Session 1890/91, 1. Anlagenband, Aktenstück Nr. 4.

Denkschrift zur Verordnung vom 10. Juni d. J., betreffend die Errichtung von Bank-Comtoiren, Commanditen und Agenturen im Elsaß und in Lothringen durch die Preußische Bank, in: Anlagen zu den Stenographischen Berichten über die Verhandlungen des Hauses der Abgeordneten während der 2. Session der 11. Legislatur-Periode, 1871-1872, 1. Bd., Berlin 1872, Aktenstück Nr. 5.

Das Elsass von 1870 - 1932, hrsg. von J. Rossé u. a., I. Band, Politische Geschichte, Colmar (1936), II. Band, Geschichte der politischen Parteien und der Wirtschaft, Colmar (1936), III. Band, Geschichte der kulturellen und religiösen Entwicklung, Colmar o. J., IV. Band, Karten, Graphiken, Tabellen, Dokumente, Sach- und Namenregister Colmar 1938.

Motive zum Gesetz wegen Einführung der Reichs-Münzgesetze in Elsaß-Lothringen, in: Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Deutschen Reichstages, 2. Legislatur-Periode, 2. Session 1874/75, 3. Bd., Berlin 1875, Aktenstück Nr. 16.

Projet de statuts de la Banque d'Alsace et Lorraine rédigé conformément aux prescriptions de la loi du 24 juillet 1867, qui régit les sociétés anonymes, Strasbourg 1871.

Das Staatsarchiv, Sammlung der officiellen Actenstücke zur Geschichte der Gegenwart, hrsg. von Ludwig Karl Aegidi und Alfred Klauhold, 19. Bd., Hamburg 1870, S. 175.

Übersicht über die Gesetzgebung sowie die Einrichtung und den Gang der Verwaltung in Elsaß-Lothringen für 1871/72, in: Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Deutschen Reichstages, 1. Legislatur-Periode, III. Session 1872, 3. Bd., Anlagen zu den Verhandlungen des Reichstages, Berlin 1872, Aktenstück Nr. 14.

Verordnungen und amtliche Nachrichten für Elsaß-Lothringen aus der Zeit von Beginn der deutschen Occupation bis Ende März 1872, hrsg. vom Oberpräsidial-Bureau, Straßburg 1872.

Elsaß-Lothringen 1918 - 1922

- Baumann, Carl, Die Valorisation in Elsaß-Lothringen und die Versicherungsverträge der schweizerischen Lebensversicherungsgesellschaften, Diss., Zürich 1928.
- Braun, S. C., Die Valorisation in Elsaß-Lothringen, Strasbourg (1922).
- Königs, Paul, Die Umstellung von Mark- in Frankenwährung, Diss., Frankfurt a. M. (1922) (Maschinenschrift).
- Laroche, Daniel, La valorisation du mark, Thèse, Paris 1923.
- Millerand, Alexandre, Le retour de l'Alsace-Lorraine à la France, Paris 1923.
- Nussbaum, Arthur, Das Ausgleichsverfahren, Ein Beitrag zur Kritik des Versailler Vertrages und seiner Durchführung, in Reihe: Recht und Staat in Geschichte und Gegenwart, Heft 25, Tübingen 1923.
- Rebourset, Marcel, Les arrêtés des 26 novembre 1918 et 4 avril 1919 sur la valorisation des marks en Alsace et Lorraine et la jurisprudence, Paris 1923.
- Weil, Bruno, Die Einführung der französischen Währung in Elsaß-Lothringen, Berlin (1921).
- Wilhelm, Eugène, A quel taux le débiteur allemand doit-il payer les créances françaises contractées avant l'armistice et énoncées en marks, in: Revue juridique d'Alsace et de Lorraine, 1^{re} année, Paris 1920, p. 49 - 64.
- Wittich, Werner, L'introduction du franc en Alsace et en Lorraine, in: Revue d'économie politique, 36 année, 1922, p. 20 - 44; 37 année, 1923, p. 500 - 548.
- Annuaire Statistique (Bas-Rhin, Haut-Rhin, Moselle) Nouvel Série, Premier Volume, 1919 - 1931, Strasbourg 1932.
- ## Österreich 1938/39
- Adler-Düring-Schmaltz, Die Umstellung der Bilanzen in der Ostmark, Leipzig 1939.
- Bartsch, Robert, Fortschritte der Rechtsvereinheitlichung, in: Der österreichische Volkswirt, 30. Jg. (1938), S. 753.

Baudisch, Roman, Marktschutz der Ostmark, in: Die deutsche Volkswirtschaft, 8. Jg. (1939), S. 321 - 323.

Blessing, Karl, Die währungs- und wirtschaftspolitische Eingliederung Österreichs, in: Die Reichsbank im größeren Deutschland (Schriftenreihe der "Staatsbank", Bd. 3), Berlin 1938, S. 24 - 39.

Celowvsky, Boris, Das Münchener Abkommen 1938, Stuttgart 1958.

v. Coler, Edit, Reichsbeihilfen für die österreichische Landwirtschaft, in: Braune Wirtschafts-Post, 7. Jg. (1938), S. 430 - 432.

Eichstädt, Ulrich, Von Dollfuß zu Hitler, Geschichte des Anschlusses Österreichs, 1933 - 1938, Wiesbaden 1955.

Fritsch, Ernst, Die Bilanzumstellung der Kapitalgesellschaften, in: Der österreichische Volkswirt, 30. Jg. (1938), S. 833 - 834.

Gabriel, S. L., Österreich in der großdeutschen Wirtschaft, in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Bd. 147 (1938), S. 641 - 694.

Gelinek, Das Ende der Schillingwährung, in: Die Staatsbank, hrsg. v. Hauptamt f. Beamte der NSDAP, Fachschaft 6 (öffentliche Banken), Berlin 1940, S. 55 - 56.

Grosse, Wolfram, Preisangleichung Österreichs, in: Die nationale Wirtschaft, 6. Jg. (1938), S. 172 - 175.

Heitmann, Wolf, Die Umwandlung der Goldschillingschuldverhältnisse, in: Bank-Archiv, Jg. 1939, S. 354 - 356.

Jessen, Jens, Österreich in der Großdeutschen Volkswirtschaft, Wien 1938.

Lohr, Eckhard, Wirtschaftliche Hauptprobleme bei der Eingliederung neuer Gebiete, dargelegt am Anschluß der Ostmark und des Sudetenlandes, Diss., Hamburg 1944.

Merkle, F., Steuerrechtliche Sonderfragen bei der Umstellungsbilanzierung in der Ostmark, in: Der Wirtschaftstreuhänder, 8. Jg. (1939), S. 27 - 31.

Oeftering, Heinz, Umstellung der Bilanzen und Umwandlung von Kapitalgesellschaften in der Ostmark, in: Bank-Archiv, Jg. 1939, S. 148 - 153.

Prossinagg, Ernst, Zellstoff- und Papierindustrie im Waldland Österreich, in: Die deutsche Volkswirtschaft, 8. Jg. (1939), S. 418 - 420.

Schacht, Hjalmar, Die Reichsbank im größeren Deutschland, in: Der Vierjahresplan, Jg. 2 (1938), S. 196 - 197.

Ders., 76 Jahre meines Lebens, Bad Wörishofen 1953.

Scholze, Herbert, Die Kredithilfe des Reiches für die gewerbliche Wirtschaft in Österreich, in: Die Bank, II. Hj. 1938, S. 1003 - 1006.

Schulte-Wissermann, Die Preispolitik in der Ostmark, in: Die deutsche Volkswirtschaft, 8. Jg. (1939), S. 400 - 403.

Seebauer, Georg, Volks- und betriebswirtschaftliche Bestandsaufnahme in der Ostmark, in: Der deutsche Volkswirt, 13. Jg. (Okt.-Dez. 1938), S. 333-336.

Seidel, Die Eingliederung Österreichs in das deutsche Zollgebiet, in: Zeitschrift für Zölle und Verbrauchsteuern, 18. Jg. (1938), S. 233 - 235.

Sklenar, Otto, Die ostmärkische Wirtschaft im Zahlungsverkehr mit dem Ausland, in: Der österreichische Volkswirt, 30. Jg. (1938), S. 758 - 760, S. 772 - 775, S. 791 - 792.

Teufel, Harald, Die Voraussetzungen der Preisangleichung, in: Der österreichische Volkswirt, 30. Jg. (1938), S. 740 - 742.

Turowski, L., Die Stellung des Landes Österreich in der deutschen Devisenbewirtschaftung, in: Devisenarchiv, 3. Jg. (1938), S. 266.

Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918 - 1945. Aus dem Archiv des deutschen Auswärtigen Amtes, Serie D (1937 - 1945), Bd. I: Von Neurath zu Ribbentrop (September 1937 - September 1938), Baden-Baden 1950, Nr. 309, Nr. 313.

Die öffentlichen Aufträge im Wirtschaftsaufschwung der Ostmark, in: Monatsberichte des Wiener Institutes für Wirtschafts- und Konjunkturforschung, 13. Jg. (1939), S. 127 - 129.

Die österreichische Auslandsverschuldung 1932 - 1937, in: Monatsberichte des Wiener Institutes für Wirtschafts- und Konjunkturforschung, 12. Jg. (1938), S. 230 - 235.

Die wirtschaftliche Bedeutung der Maßnahmen im Rahmen der Wiedervereinigung der Ostmark mit dem Deutschen Reich, in: Monatsberichte des Österreichischen Institutes für Konjunkturforschung, 12. Jg. (1938), S. 120 - 129.

Bericht über die laufende Entwicklung, in: Monatsberichte des Oesterreichischen Instituts für Konjunkturforschung, 12. Jg. (1938), S. 129 - 130, 159 - 167, 180 - 189, 202 - 205, 236 - 239.

Bericht über die Wirtschaftsentwicklung in der Ostmark, in: Monatsberichte des Wiener Institutes für Wirtschafts- und Konjunkturforschung, 13. Jg. (1939), S. 122 - 124.

Der weitere Einbau der österreichischen Wirtschaft und die Gebietsschutzabkommen, in: Monatsberichte des Wiener Institutes für Wirtschafts- und Konjunkturforschung, 12. Jg. (1938), S. 217 - 222.

Die handelspolitische Eingliederung Österreichs, in: Der deutsche Volkswirt, 12. Jg. (Juli - Sept. 1938), S. 2001 - 2004.

Die Entwicklung der ostmärkischen Wirtschaft seit der Wiedervereinigung mit dem Reich, in: Monatsberichte des Wiener Institutes für Wirtschafts- und Konjunkturforschung, 13. Jg. (1939), Sonderheft.

Die Entwicklung der ostmärkischen Wirtschaft, in: Monatsberichte des Wiener Institutes für Wirtschafts- und Konjunkturforschung, 13. Jg. (1939), S. 187 - 193.

Die Entwicklung des ostmärkischen Arbeitseinsatzes im Winter 1938/39, in: Monatsberichte des Wiener Institutes für Wirtschafts- und Konjunkturforschung, 13. Jg. (1939), S. 125 - 127.

Entwicklung und Struktur des Verbrauches in der Ostmark, in: Monatsberichte des Wiener Institutes für Wirtschafts- und Konjunkturforschung, 13. Jg. (1939), S. 129 - 134.

Groschen-Glück, in: Die Bank, 31. Jg. (1938), I. Hj., S. 652 f.

Die Kreditgarantie des Reiches für die Ostmark, in: Bank-Archiv, XXXVII. Jg. (1937/38), S. 746 - 748.

Die Kreditwirtschaft in der Ostmark und im Altreich, in: Monatsberichte des Österreichischen Instituts für Konjunkturforschung, 12. Jg. (1938), S. 138 - 159.

League of Nations, Money and Banking 1938/39, vol. II: Commercial and Central Banks, Geneva 1939, p. 77.

Lohnerhebung in der Ostmark, in: Jahrbuch 1938, hrsg. vom Arbeitswissenschaftlichen Institut der Deutschen Arbeitsfront, Berlin o. J., II. Bd., S. 227 - 280.

Das Miet- und Wohnungsproblem in der Ostmark, in: Jahrbuch 1938, hrsg. vom Arbeitswissenschaftlichen Institut der Deutschen Arbeitsfront, Berlin o.J., II. Bd., S. 197 - 226.

Österreich=Kunde. Land, Volk, Geschichte, Kultur, Bildung, Landwirtschaft, Gewerbliche Wirtschaft, Energie- u. Verkehrswirtschaft, Außenhandel, Währung, Kreditwesen, Verschuldung, Rechtswesen. Eine Gemeinschaftsarbeit von H. Berking u.a., hrsg. von Walther H. Herbert, Stuttgart 1938.

Die Ostmark im Rahmen der großdeutschen Wirtschaftsgebiete, in: Monatsberichte des Wiener Institutes für Wirtschafts- und Konjunkturforschung, 13. Jg. (1939), S. 233 - 239.

Neue Preisbildung in der Ostmark, in: Die deutsche Volkswirtschaft, 8. Jg. (1939), S. 317.

Die landwirtschaftliche Preisschere in der Ostmark, in: Monatsberichte des Wiener Institutes für Wirtschafts- und Konjunkturforschung, 13. Jg. (1939), S. 193 - 203.

Preisvergleich Ostmark-Altreich, in: Jahrbuch 1938, hrsg. vom Arbeitswissenschaftlichen Institut der Deutschen Arbeitsfront, Berlin o.J., II. Bd., S. 169 - 189.

Zu den Problemen der Eingliederung der österreichischen Wirtschaft in die des Reiches, in: Monatsberichte des Institutes für Konjunkturforschung, Zweigstelle Wien, 12. Jg. (1938), S. 174 - 180.

Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Gerichtshof Nürnberg, 14. November 1945 - 1. Oktober 1946, Nürnberg 1947 - 1949, Bd. XXXVI: Dokument 421-EC, Bd. XII: S. 566, Bd. XIII: S. 76, Bd. XV: S. 688.

Struktur und Entwicklung der Wirtschaft in den ostmärkischen Gauen, in: Monatsberichte des Wiener Institutes für Wirtschafts- und Konjunkturforschung, 13. Jg. (1939), S. 161 - 176.

Die österreichisch-ungarischen und Südost - Renten, in: Börsen- und Wirtschaftskalender 1940, S. 85 - 91.

Die Verkehrslage der Ostmark vor und nach dem Anschluß, in: Monatsberichte des Institutes für Konjunkturforschung, Zweigstelle Wien, 12. Jg. (1938), S. 198 - 202.

Wiener Börse umgewandelt, in: Börsen- und Wirtschaftskalender 1939, S. 56 f.

Wirtschaftsentwicklung in der Ostmark, in: Monatsberichte des Wiener Institutes für Wirtschafts- und Konjunkturforschung, 13. Jg. (1939), S. 7-18.

Die Wirtschaftslage in Österreich, in: Monatsberichte des Österreichischen Institutes für Konjunkturforschung, 12. Jg. (1938), S. 82 - 89.

Sudetenland 1938/39

Aust, Hans W., Die Wirtschaft des zerfallenen Tschechenstaates, in: Der deutsche Volkswirt, 13. Jg. (Jan. - März 1939), S. 1149 - 1153.

Chmelar, Leopold, The economic aspects of the German occupation of Czechoslovakia, Prague 1948.

Frentzel, G., Der Sudetengau als Deviseninland, in: Deutsche Wirtschafts-Zeitung, 35. Jg. (1938), S. 1385 - 1388.

Hofmann, Die Einführung der Reichsmarkwährung und das Kursausgleichsverfahren in den sudetendeutschen Gebieten, in: Devisenarchiv, 4. Jg. (1939), S. 241 - 250.

Krebs, Paul, Das Devisenrecht in den sudetendeutschen Gebieten, in: Devisenarchiv, 3. Jg. (1938), S. 589 - 593, S. 625 - 631.

Lorch, Wilhelm, Sudetendeutsches Tempo, in: Der deutsche Volkswirt, 13. Jg. (Jan. - März 1939), S. 995 f.

Wolf, Kurt, Zur Neuordnung des Bankwesens im sudetendeutschen Gebiet, in: Bank-Archiv, Jg. 37/38 (1938), S. 709 - 711.

Rasche Anpassung der Kreditwirtschaft im Sudetenland, in: Bank-Archiv, Jg. 37/38 (1938), S. 703 - 704.

Die Banken in der Tschechoslowakei, in: Bank-Archiv, Jg. 37/38, (1938), S. 647 - 653.

European Currencies under German Control, in: Economic Intelligence Service, World Economic Survey, Ninth Year, 1939/41, League of Nations, p. 150 - 159.

Der ostmärkische Gebietszuwachs, in: Monatsberichte des Wiener Institutes für Wirtschafts- und Konjunkturforschung, 12. Jg. (1938), S. 225 - 230.

League of Nations, Economic Intelligence Service, Money and Banking 1939/40, vol. I., Monetary Review, Geneva 1940, p. 69.

Lebenshaltung im Altreich und Sudetenland, in: Der deutsche Volkswirt, 13.Jg. (Jan.-März 1939), S. 941 f.

Preise im Sudetenland, in: Die deutsche Volkswirtschaft, 7.Jg. (1938), 2. Hj., S. 1148.

Vorläufige Regelung des Zahlungsverkehrs zwischen der Tschechoslowakei und dem Sudetenland, in: Devisenarchiv, 3.Jg. (1938), Sp. 1128 - 1130.

Reichsgarantie für Sudeten-Kredite, in: Die Bank, II. Hj. 1938, S. 1455 f.

Umbau der sudetendeutschen Bankorganisation, in: Der deutsche Volkswirt, 13.Jg., (Okt.-Dez. 1938), S. 168 f.

Der kreditwirtschaftliche Umbau im sudetendeutschen und tschechoslowakischen Raum, in: Bank-Archiv, Jg. 37/38 (1938), S. 685 - 686.

Die Umbildung der Preise im Sudetenland, in: Wirtschaft und Statistik, 18. Jg. (1938), S. 956 - 958.

Die Verdienstverhältnisse der Arbeiter in der Woll-, Baumwoll- und Halbwollindustrie des Sudetenlandes, in: Jahrbuch 1939, II. Bd., hrsg. vom Arbeitswissenschaftlichen Institut der Deutschen Arbeitsfront, Berlin, S. 169-181.

Währung, Preise, Löhne im Sudetenland, in: Der deutsche Volkswirt, 13.Jg. (Okt. - Dez. 1938), S. 5.

Die Währungsumstellung und ihre Durchführung, in: Deutsche Wirtschafts-Zeitung, 35.Jg. (1938), S. 1281 f.

Die sudetendeutsche Währungsumstellung, in: Die Bank, II. Hj. 1938, S. 1363 - 1365.

Die sudetendeutsche Wirtschaft und ihre Probleme, in: Die nationale Wirtschaft, 6.Jg. (1938), S. 349 - 353.

Der Zusammenbruch der tschechischen Finanzwirtschaft, in: Bank-Archiv, Jg. 37/38 (1938), S. 623.

LEBENS LAUF

Am 19. Oktober 1921 wurde ich als Sohn des Apothekers Arnold Hynitzsch und seiner Ehefrau Gerlinde, geb. Wallesch, in Schwarzenberg im Erzgebirge geboren.

Nach dem Besuch der Grundschule trat ich in die Oberschule ein und legte im Februar 1941 an der Dietrich-Eckart-Schule in Dresden die Reifeprüfung ab. Anschließend war ich bis zu meiner Entlassung aus amerikanischer Kriegsgefangenschaft im November 1945 Soldat. In den folgenden Jahren war ich bei den amerikanischen Streitkräften beschäftigt. Vom Sommersemester 1952 an studierte ich Wirtschaftswissenschaften an der Johannes Gutenberg-Universität in Mainz und bestand dort am 9. November 1955 das Diplom-Volkswirt Examen. Seit März 1956 bin ich als Assistent von Herrn Professor Dr. Dr. R. Nöll von der Nahmer an der Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Johannes Gutenberg-Universität tätig. Am 16. Dezember 1959 bestand ich die mündliche Doktorprüfung.



BERICHTIGUNGEN

- S. I 4. Maßnahmen zur Linderung des Geldmangels ... S.16
lies: S. 15
- S. 29 Anm. (2): Verhandlungen
lies: Verhandlungen
- S. 36 3. Abs., 2. Zeile: Tageskurs
lies: Tageskurs
3. Abs., 9. Zeile: ajoutèrent
lies: ajoutèrent
- Anm. (1): Thèse
lies: Thèse
- S. 37 3. Zeile: espèces
lies: espèces
- S. 50 2. Abs., 15. Zeile: Person
lies: Personen
- S. 63 3. Abs., 7. Zeile: Goldklauses
lies: Goldklausel
- S. 67 2. Abs., 4. Zeile: unzutreffendes
lies: unzutreffendes
- S. 107 3. Abs., 2. Zeile: gelöste
lies: gelöst



